Heft 11 November 1982 5,- DM C 4143 E

Konkret

KONKRET-Extra:
Deutsche Manager und ihre Pleiten

KAMPFGAS GEGEN BÜRGER

In Vietnam erprobt, jetzt bei uns im Einsatz

in konkret November 1982

von Manfred Bissinger

an Konkret

Wenn der Weltgeist sich ins Knie schießt von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Für die Dummen ein Fingerzeig aus der Bibel von Oskar Lafontaine
Nachrichten

Wenn der Staat nicht weiter weiß: GAS von Thomas Tielsch, Hans-Günter Meyer-Thompson
Der Kampfstoff CS soll den Polizeiknüppel ergänzen

Wo, bitte, geht´s zum Führer? von Sabine Rosenbladt
Die Grünen, daran besteht kein Zweifel, sind auf dem Sprung in den Bundestag. Doch wachsende Stimmengewinne bringen auch Streit ins Haus: Müssen sie eine ökologische Reformpartei werden, die sich von der guten alten SPD an die Hand nehmen läßt? Werden sie nach dem Hinsiechen der blau-gelben FDP jetzt das grüne Zünglein an der Waage? Oder bleiben sie bei dem Vorsatz, weiter die »alternative Partei« zu sein: Repräsentant der außerparlamentarischen Opposition In den Parlamenten, Fundamentalopposition, kompromißloser Widerstand in den »Lebens- und Überlebensfragen«?

Modell Liverpool von Werner Heine
In der englischen Hafenstadt gab es immer Arbeitslose. Seit die Konservativen mit Margaret Thatcher regieren, werden es jeden Tag mehr. Die Stadt verkommt, wird zur Ruine. Der Hafen ist verschlammt. Die Schiffe können hier nicht mehr anlanden, wozu auch? Die neu angesiedelten Betriebe sind wieder verschwunden, nachdem sie die Subventionen kassiert haben. Mrs. Thatchers Politik gilt auch als Vorbild für Helmut Kohl

»Sprüche helfen uns nicht weiter« von Peter Glotz
KONKRET sprach mit SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz über die Zusammenarbeit mit den Grünen, die Friedenspolitik, des Verhältnis zu den Gewerkschaften, den kommenden Wahlkampf und das Godesberger Programm

Israelische Legenden von Kai Hermann
Was unsere Zeitungen über den Libanon berichten, ist von der Realität weit entfernt. Verteidigungsminister Sharon spielt die Rolle des Bösewichts, Drahtzieher von Krieg und Massakern sind aber Reagan und Begin

Konkret-ExtraTeure Nieten: Geschichten aus der deutschen Marktwirtschaft von Otto Köhler
Vergleich, Konkurs, Geschäftsaufgabe - Bundesdeutschlands Wirtschaft steht 1982 vor einem neuen Pleitenrekord. Die Schuld daran wird den machthungrigen Gewerkschaften, den faulen Arbeitnehmern, den raffgierigen Ölscheichs und vor allem der sozialliberalen Regierung in die Schuhe geschoben (»Sozis können nicht mit Geld umgehen«). Über die Bankrotteure selbst, über das Miß- und Miesmanagement deutscher Unternehmensführer spricht kaum einer. KONKRET dokumentiert die Pleite eines Berufsstandes

Der häßliche Deutsche : »Bei Gott« von Otto Köhler
Der Landshuter Abgeordnete Friedrich Zimmermann trat am 4. Oktober zum Schwören an. Bei Gott leistete er einen Eid auf unser aller Wohl. Ob Gott, der alles

weiß, das auf Dauer hinnimmt?

Einfach liquidieren von John Mittelstrass
KONKRET enthüllt: Geheime Mord- und Terrorpläne des Bayrischen Innenministerium

Radikale Texte, radikale Töne von Sabine Bredy
MW englische Band »Gang of Four« macht politische, sarkastische, linke Texte. Ihre Musik ist, dabei nicht altbacken und/oder einschläfernd. Im November gibt es eine Tournee durch die BRD, auf der sich die »Gang« auch mit deutschen Texten vorstellt.

Plattentips: Lebensmittel in Vinyl von Thomas Doberstein

Altersheim – Nein Danke von Viola Roggenkamp
Im Eifeldorf Stadtkyll haben alte Leute Schwierigkeiten mit den Behörden, weil sei in einer Wohngemeinschaft leben. Die Behörden möchten sie ins Altersheim stecken. Die Alten wollen ihr Leben aber lieber selbst bestimmen.

»Heute wir, morgen ihr...« von Trude Unruh

Kulturnotizen

Dichter mit doppeltem Film von Hartmut Schulze
Eine Gruppe von ehemaligen DDR-Autoren rennt gegen die bundesdeutsche Friedensbewegung und den Schriftstellerverband VS an. Seit sich Wolf Biermann an Ihre Spitze gestellt hat, bekommt die Kampagne hysterische Züge

Holocaust ist kein Geschäft mehr von Friedrich Knilli, Siegfried Zielinski
Diesen Monat wird die US-Fernsehserie »Holocaust« wiederholt. Nicht wiederholen wird sich jedoch das Medienereignis, das bei der Erstsendung die Nation in Wallung brachte.

Bücher: Was war nach Mussolini? von Franca Magnani
Erich Kubys Geschichtsreportage »Verrat auf deutsch« ist mehr als die Anatomie einer faschistischen Epoche

Bücher: Ich hatt' einen Kameraden von Tom Schimmeck
Von Lotsen, Fuhrmännern und Kleeblättern – Klaus Bölling beschreibt, warum die letzten Tage im Kanzleramt auch die letzten sein mußten

Bücher: Apropos Tauben von Hark Bohm
Im Zickzack-Flug durch »das Taubenbuch« des Kulturpolitikers Hilmar Hoffmann

Bücher: Die neue Väterlichkeit von Ingrid Klein
»Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr«: Die Softie-Bewegung hat eine Biertisch-Weisheit zur Sammlung von Bekenntnistexten und Diskursen ausgewalzt

Bücher: Gar nicht selbstlos von Michael Rutschky
»Ein Buch, das jeder mal geschrieben haben muß« (Verlagswerbung) ist Robert Gernhardts Roman »Ich Ich Ich«

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/82, S. 3

Manfred Bissinger

Helmut Kohl ist für 156 Tage ins Kanzleramt gezogen. Am 6. März nächsten Jahres soll sich der Erbe der Machtwirtschaft zur Wahl stellen. Da gibt's was zu entscheiden: Ein bißchen Freiheit oder knallharten Kapitalismus. Die Diktatur des großen Geldes etabliert sich auf längere Zeit, wenn Strauß, Zimmermann und ihr Kohl die absolute Mehrheit bekommen oder wenn Genscher und sein Graf wider Erwarten die fehlenden Prozente herbeischaffen. Trotz allen Schmidt-Leids: Daß die SPD die absolute Mehrheit erreicht, ist auszuschließen. Die Chance, in der Regierung wiedergutzumachen, was in 13 Jahren Herrschaft versprochen (»Mehr Demokratie wagen«) und verbrochen (»Reparaturbetrieb des Kapitalismus«) wurde, haben die Sozialdemokraten nur, wenn ein starker, kritischer Partner sie fordert - die Grün/Alternativen. Die Qual der Wahl hat auch uns beschäftigt. Acht Themen in diesem Heft handeln davon:

Welche Rolle das Kapital für die SPD vorgesehen hat. *Hermann L. Gremliza* analysiert, warum Helmut Schmidt zurückgetreten wurde (Seite 6).

Welche Probleme die grüne Partei mit der Macht hat. *Sabine Rosenbladt* beschreibt, wie es die Alternativen auf dem Weg nach Bonn beutelt (Seite 18).

Welche Folgen die Wirtschaftspolitik hat, die Kohl sich zum Vorbild nimmt. *Werner Heine* war im Thateher-zerstörten Liverpool (Seite 24).

Welche Figuren aus dem Christlich Demokratischen Untergrund (CDU) aufgestiegen sind. *Michael Schilling* portraitiert das neue Kabinett (Seite 34). Für Innenminister Friedrich (»Schwurathlet«) Zimmermann brauchten wir mehr Platz: Der häßliche Deutsche auf Seite 59.

Welche Schwierigkeiten sich die SPD mit den Grünen macht. *Peter Glotz,* der Bundesgeschäftsführer, sucht auf 49 Fragen von KONKRET nach Antworten (Seite 36). Parteifreund *Oskar Lafontaine* sagt, was jetzt von Nöten ist (Seite 9).

Welche Möglichkeiten sich Unternehmer nehmen, statt Steuern zu zahlen Steuergelder zu verschleudern. *Otto Köhler* dokumentiert Geschichten aus der deutschen Marktwirtschaft und wer dabei auf der Strecke bleibt. Das KONKRET-Extra auf den Seiten 47 bis 58.

Wozu absolute Mehrheiten führen, belegen zwei weitere Berichte dieser Ausgabe. Eine staatlich inspirierte Terrortruppe wurde im bayerischen Innenministerium geplant. Mit dabei war wieder CSU-Spezi Dr. Hans Langemann (Seite 60). Die Pläne kamen in geheimer Sitzung des Untersuchungs-Ausschusses zur Sprache. Der muß jetzt - nach erfolgter Wahl - wieder zusammentreten. Hoffen wir, daß die CSU-Mehrheit diesmal an der Wahrheit mehr Interesse hat. Einer der am meisten belasteten Akteure würde jetzt rückversetzt - Gerold Tandler ist nicht mehr Innenminister, sondern Fraktionsvorsitzender der CSU. Er gehörte als Innenminister auch zu den Unionspolitikern, die gern Giftgas gegen demonstrierende Bürger einsetzen wollen. Wenn der Staat nicht weiter weiß, drückt er seinen Polizisten Flaschen mit dem in Vietnam erprobten Reizgas CS in die Hand (Seite 10). In Niedersachsen wird jetzt der erste Todesfall untersucht.

Fazit aus allen zehn Artikeln: Bis zum 6. März nicht vergessen und bewußt wählen.

PS. Unter all den schrecklichen Geschichten der letzten Wochen kam eine gute Nachricht aus Bonn: Klaus Bölling soll Freunden erzählt haben, daß er mit seinem Ruhegeld von rund 10.000 Mark im Monat durchaus zufrieden sei. Die Viertel-Million, die er mit der Veröffentlichung seiner Bunker-Memoiren aus dem Kanzleramt (Seite 94) im »Spiegel« und bei Rowohlt bekomme, wolle er dem von Einstellung bedrohtem »Vorwärts« spenden. Also doch ein ehrenwerter Sozialdemokrat?

Konkret 11/82, S. 4

an Konkret

Viel zu positiv

KONKRET 10/82: »PCP -Die gemeine chemische Droge« - Günter Amendt über die neue 'Killer-Droge'

Der Bericht über die neue 'Killerdroge' Angeldust war zwar außerordentlich interessant - er birgt in meinen Augen jedoch eine Gefahr: Er ist viel zu positiv - und ich hätte eigentlich nicht übel Lust, mir auch diese Chemikalien zu besorgen. Ich gehöre zwar nicht zu den ständigen Drogenkonsumenten, könnte mir aber gut vorstellen, daß dieser Bericht für einen solchen Menschen einen ungeheuren Anreiz bietet. Zumal fast die ganze Herstellung recht genau beschrieben ist. Abschreckend wirken diese Schilderungen nicht, eher ein bißchen verharmlost aufklärend.

MICHAEL WENTZEL

WOHLTORF

Wenig Linke mit aufrechtem Gang

KONKRET-Extra 10/82: Gespräch Klose-Ebermann über eine neue Mehrheit links von der Mitte

Wird Ulli Klose jetzt Psychologe? Motivforschung als letzte Bemäntelung sozialdemokratischer Verfehlungen? Also, sprach Klose, Schmidt habe »schlicht einen Fehler gemacht - und so etwas kommt vor ... « Die urplötzliche Entdeckung einer »Raketenlücke« war gemeint. Na dann, vergelt's Gott. Fazit: wir bitten einfach den alten und neuen Kanzlerkandidaten der SPD auf die Couch, und dieser sinniert ein wenig über den »ewigen Frieden« oder seine Kindheit, o.k.?

BERNHARD FALTIN

REUTLINGEN

Es kann keine sozialdemokratisch-grüne Mehrheit links von der Mitte gegen rechts geben, solange die SPD nicht (wieder?) links denkt und handelt. Doch diesbezüglich sieht's sehr trist aus. Scheitern dürften alle Bemühungen um eine linke Mehrheit besonders daran, daß es hierzulande von jeher zu wenig Linke gibt, die ihren »aufrechten Gang« (Ernst Bloch) unter *keinen* Umständen verleugnen. Jochen Steffen sagte einmal, während er parteipolitisch aktiv war, habe es ihn am härtesten getroffen, sehen zu müssen, wie SPD-»Linke« immer wieder »umkippten«.

Wirklich und dauernd, das heißt nicht tendenzwetterwendisch, links sein wollen - dafür ist in Deutschland leider nach wie vor keine Mehrheit zu haben. Mit der wenigstens halblinkspolitischen Schönwetterperiode in der BRD ist es seit der frühen Kanzlerschaft Willy Brandts vorbei.

HANS WITTEK

LEUTKIRCH

Tränen gelacht

KONKRET-Titel 10/82: Willy Brandt mit grünen Haaren

Als ich das Titelbild sah, mußte ich so lachen, daß mir die Tränen nur so liefen, aber nicht etwa aus Häme, nein, es ist einfach urkomisch, ja lustig! Ich sag's ja immer: Ideen muß der Mensch haben! Auch alle meine Bekannten haben herzlich gelacht. In dieser Zeit, wo es kaum Grund zum Lachen gibt, ist unsereins dankbar für jeden Auslöser. PEN-FREUNDESKREIS

CHRISTA BREMER

BREMEN

Fehleinschätzung

KONKRET 10/82: »Konkurs nach 13 Jahren« - Winfried Wolf über 13 Jahre sozialliberale Koalition

Die Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen, die nicht nur politisch höchst bedrohlich ist, konnte bisher jeden demokratischen Willensprozeß unterlaufen und auch manipulieren. Ob es eine gerechte Gesellschaftsordnung war, bleibt weiterhin höchst fraglich. Es war zumindest sehr leicht, daß die Verteidiger dieser Gesellschaftsordnung ihre linken Kritiker allzu leicht als »Verfassungsfeinde« denunzieren konnten und damit mundtot machten. Dies scheint auch von den Sozialdemokraten zu wenig beachtet worden sein.

KARL KIRCHNER

WÜRZBURG-ZELLERAU

KONKRET macht mir Angst in letzter Zeit, und bald hab ich die Nase voll. Dieser Artikel über die Sozialdemokratie strotzte wieder einmal vor Fehlentscheidungen. Wer wirklich annimmt, große Teile der Lohnabhängigen würden in der Krise von der Sozialdemokratie abspringen und sich eine eigene sozialistische Bewegung schaffen, oder zu den Grünen überlaufen, kann nicht mehr alle Tassen im Schrank haben. Bestenfalls gehen viele nicht mehr wählen, werden apathisch, schlechtestenfalls wechseln sie zu den Reaktionären. Die Intellektuellen, die die SPD als historischen Fehler sehen, überlassen die Arbeitnehmer dem ständig wachsenden Einfluß der Rechts-Sozialdemokraten.

Für mehr sozialistische Betrachtung, für weniger wischi waschi.

WERNER FABER

BERLIN

Birnefeindliche Grüße

KONKRET 10/82: »Birne ist doof« - Kohl und andere Birnen in der Karikatur

Bei Eurem Vergleich zwischen Birne 1. und Birne II. versteigt Ihr Euch zu der Behauptung, Louis Philippe habe seinen Machtseiltanz »nicht lang« durchgehalten. Ob man die fast 18 Jahre dauernde Regierungszeit von Birne 1. (1830-1848) als »nicht lang« bezeichnen darf, mag ja noch Ansichtssache sein, aber stellt Euch einmal vor, die doofe Birne aus der Pfalz und ihre - um im fruchtigen Bild zu bleiben - Pflaumen blieben möglicherweise 18 Jahre lang am Drücker (bis in das Jahr 2000; zur Veranschaulichung: vor 18 Jahren herrschte über Lübke und Erhard noch der dickste Adenauer-Mief). Da kann man dann nur noch an Kompott denken, denn schließlich haben Leute wie Cäsar. Napoleon, Hitler, Nero und Adenauer in weniger als 18 Jahren allerhand anstellen können.

CORD SIEBERNS

BREMEN

Motto: »Ein jeder freut sich, wenn Birne weiß, was er will.«

Ich nicht, weil ich ab 1983 kein BAföG mehr bekomme. Da ich nun ab nächstem Jahr die von Lambsdorff initiierten Birn'schen Haushaltspläne unterstützen muß, werde ich dazu gezwungen, zähneknirschenderweise mein KONKRET-Abo zu kündigen. Mein ohnehin schon dürftig ausgestattetes Portemonnaie läßt dann kein Jahresabo mehr zu.

Mit birnefeindlichen Grüßen

P.S. Nach dem nächsten Regierungswechsel bin ich wieder dabei!

REINHOLD FRANK

BRACKENHEIM

Bin zwar klein,

doch nicht hohl.

Niemals will ich sein

wie Kohl.

Ich bin klein

wie 'ne Maus.

Niemals will ich sein

wie Strauß.

Ich bin klein

mein Herz halt rein

will niemals wie

der Genscher sein.

Amen

CHRISTIAN REHS

SCHWALMSTADT

Fehlende Präzision

KONKRET 10/82: »Buchmesse Extra« - Kritiker und ihre Bücher

Ingrid Strobl, die sich in der österreichischen Frauenbewegung nicht gerade wegen der Präzision ihrer Emma-Berichterstattung ausgezeichnet hat, nominiert das Buch »Arbeiterbewegung und Feminismus« als schlechtestes des Jahres. Gut. Das ist ihre Ansicht. Indem sie es aber Ernest Bornemann in die Schuhe schiebt, leistet sie der Frauenbewegung einen schlechten Dienst. Gerade weil auch ich nicht immer mit Bornemann übereinstimme, möchte ich drauf hinweisen, daß das Buch keineswegs von ihm stammt, sondern die Referate der 14. Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung enthält - Berichte aus der BRD, der Schweiz, Österreich, Dänemark, Holland, Luxemburg, Frankreich, Spanien, Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien, Polen, UdSSR und Japan. Ich halte es für das uneingeschränkt beste Buch über die Geschichte der organisierten Arbeiterin.

Die meisten der Autorinnen gehören den kommunistischen Parteien ihrer Länder an. Das mag ein guter Grund der Ablehnung sein, wenn man Antikommunistin ist. Aber 22 Autorinnen und Autoren en bloc der Inkompetenz, des Eigendünkels und des Diffamierungsbedürfnisses zu bezichtigen, nur weil der von der Konferenz beauftragte Herausgeber hier und da mit Ingrids Arbeitgeberin gerauft hat, bringt die ganze Frauenbewegung in Verruf.

Nach allem, was ich von Ingrid Strobl weiß, vermute ich allerdings, daß sie das Buch überhaupt nicht aufgemacht, geschweige denn gelesen hat.

EVELYN GOLD

SOZIALISTISCHE FRAUENBEWEGUNG ÖSTERREICHS; MÄNNERGRUPPE OBERÖSTERREICH LINZ, ÖSTERREICH

Enthaltsamkeit ist besser

KONKRET 10/82: »Frust vor Lust« - Martin Buchholz aber Verhütungsmittel

Von der Frauenbewegung schon lange angeregt, wenn auch vorerst noch aus der unmittelbaren Betroffenheit auch als empfängnisverhütende 'Negativlösung' angeboten, ist die Frage nach der grundsätzlichen und individuellen Definition von Sexualität.

Ist es nicht an der Zeit, das Gleichheitszeichen zwischen Sexualität und Penetration aufzuheben?

Enthaltsamkeit, schreibt Leah Jackson in ihrem Buch 'Bewußt fruchtbar sein' »erscheint einem gar nicht so drastisch, wenn man berücksichtigt, daß sie eigentlich nichts anderes bedeutet, als eine Akzentverlagerung von Zuwendungsformen und sexuellem Austausch, die mehr sein können als bloßes Bumsen. Enthaltsamkeit bedeutet also nicht notwendigerweise einen Verzicht auf etwas, sondern kann für bewußte empfindsame Partner durchaus eine umfassende Bereicherung sein.«

EVA STIEBING

RÜTHEN/ALTENRÜTHEN

Monatlicher Gesprächsstoff

Eigentlich wollte ich Euch nach jedem Heft mindestens einen Leserinbrief schreiben - über einen Artikel, den ich aufregend fand, über ein Vorwort oder die »häßlichen Deutschen«, die mich herzlich und nachhaltig zum Lachen brachten - über Zeilen und Seiten, die mich stinkwütend machen, weil ich sie so daneben fand, über Euren Mut (der wahrscheinlich

nur so auffällt, weil die Feigheit so unglaublich verbreitet ist) - über Themen, die mich weiter interessieren würden, über vieles, was mich brennend interessiert - bei Euch fehlt - *aber* ich bin bisher nie dazu gekommen, weil wir viel zu viel selber darüber geredet haben. Und in einer Zeit, wo andere und anderes versuchte n, uns das Reden und Denken abzunehmen, finde ich Euren monatlichen Gesprächsstoff - Eure Kopf(Herz) und Bauch-Spitzen sehr wichtig und gut. Wir wünschen uns sehr, daß Ihr in unserem Land – was ja nur noch finsterer zu werden scheint - weitermachen könnt.

CLAUDIA ROT

FÜR TON STEINE SCHERBEN CARAMBOLAGE FRESENHAGEN

Konkret 11/82, S. 6

Hermann L. Gremliza

Wenn der Weltgeist sich ins Knie schießt

Mainz ist die Rache, spricht der HErr
Wolfgang Neuss

Bundeskanzler Helmut K. Man könnte sagen, daß Geschmack und Nerven an Hubert Kah und der neuen deutschen Welle schon genug hätten und dieser da da da so unnötig war wie ein Ohrwurm. Man könnte fragen, ob die Bundesrepublik am Beginn der letzten Vorkriegskrise der kapitalistischen Ordnung wirklich dem geischtigen und moralischen Führungsanspruch der Frau Strubbelich unterworfen werden mußte. Man könnte klagen, daß wir unsern alten andern Helmut wiederhaben wollen, aber den mit der Tolle.

Man könnte, aber man sollte nicht. Helmut Kohl ist kein Objekt der Satire. Er ist Satire. Es steht zivilisierten Menschen ja durchaus nicht frei, über ihn zu lachen oder nicht: »Zu viele haben zu lange auf Kosten anderer gelebt... Nur wenn verstärkt Menchen Menchen helfen, wächst die menchliche Qualität unseres Gemeinwesens ... Gesellschaft mit menchlichem Gesicht ... Menchen in der Famillje ... Geborgenheit der Famillje ... partnerschaftliche Famillje ... «

Und er hält nicht nur Regierungserklärungen auf die Famillje, er handelt auch und bringt sie ins »hohe Haus des Deutschen Bundestags« mit: die first lady, zuletzt eine mit Botanisiertrommel, ist dieser nun entstiegen (obwohl man sich fragt, warum Loki neben Nieswurz und Schachtelhalm auch seltene Barbie-Fehlpressungen gesammelt hat); und dazu zwei Stück Söhne, die sich wahrlich gewaschen und gekämmt haben (»Jetzt muß eschtemal de Baba sein Tschop gud mache«).

Was aber in der Famillje recht ist, meint der Kanzler, kann auch in der Politik nicht unrecht sein, nämlich, daß die Frau zum Mann aufblickt, die Jungen die Älteren verehren und mit sauberen Fingernägeln bei Tisch erscheinen, wo der treusorgende Ernährer von des Tages Müh und Lohn erzählt. Von der Birne heiß/rinnen muß der Schweiß/Ist der Feierabend da/Hausschuh Marke Romika.

Gewiß war es nicht nur der Schreck über einen Nachfolger, dem Deutsch die erste und einzige Fremdsprache bleiben wird, der dem US-Botschafter Arthur Burns beim Abschied von Helmut Schmidt Tränen in die Augen trieb, Margaret Thatcher trauern und den Herren vom Bundesverband der deutschen Industrie schon das erste Glas Schampus nach Katzenjammer schmecken ließ. Schmidt war einfach *ihr Mann.* Einer, der das Bündnis zusammenhielt und die Rüstungsindustrie ankurbelte, der den Antikommunismus in der Arbeiterbewegung schürte und Ruhe an der Klassenfront herstellte, der die Industrie verdienen ließ und ihre Opfer bei Laune hielt, der es fertigbrachte (übrigens, was Regierungstätigkeit angeht, vor allem durch Nichtstun - aber der Zweck heiligt auch dieses Mittel), daß in seinem Reich zwei Jahre hintereinander die Einkommen der Arbeiter gesenkt wurden, ohne daß es zu sog. Arbeiterunruhen kam.

Warum aber, da sich das internationale Kapital und seine Regierungsausschüsse (und, bei aller Meckerei, auch das deutsche) von Schmidt so gut bedient fühlen konnten wie von keinem Reagan und keiner Thatcher, dann trotz alledem Helmut Kohl? Warum dieser albern-reaktionäre Aufguß, dem das Zentralorgan der werbenden Wirtschaft, der »Spiegel«, schon jetzt Rat-und Hilflosigkeit bescheinigt und ein ökonomisches Desaster voraussagt? Es muß doch, bei Hegel, irgendein vernünftiger Sinn auch in dieser Geschichte stecken.

Es erscheint: Hans-Dietrich Genscher. Doch nun einmal nicht als Objekt einer Charakterstudie (»Der fiese Möp in Vergangenheit und Gegenwart«), sondern als geschichtsphilosophische Größe. Er ist einer der Männer, »deren eigene partikulare Zwecke das Substantielle enthalten, -welches Wille des Weltgeistes ist; dieser Gehalt ist ihre wahrhafte Macht; er ist in dem allgemeinen bewußtlosen Instinkte der Menschen« (G.W.F. Hegel).

Hängen wir's etwas niedriger - Genscher ist nicht gerade einer »der großen Menschen in der Geschichte«, die Hegel im Blick hatte, und der Weltgeist fühlt sich in Bonns AA auch nicht wie's Kind im Haus -, so bleibt: daß das Notwendige, das dem herrschenden System Bekömmliche sich seine Macher sucht. Aus dem von bewußtlosen Instinkten getriebenen, seine partikulären Interessen verfolgenden Genscher muß der Systemgeist gesprochen haben.

Was mag er gewollt haben, der Geist, der Herr Genscher hieß? Eine Regierung Kohl anstelle einer Regierung Schmidt bestimmt nicht. Das war nur das partikuläre Interesse des FDP-Vorsitzenden mit den bewußtlosen Instinkten und das - freilich unvermeidliche - Abfallprodukt bei der Herstellung einer ganz anderen, der eigentlichen Qualität: einer sozialdemokratischen Opposition. Sie ist das Substantielle, welches Wille des Systemgeistes ist.

Außerparlamentarische Bewegungen für Abrüstung, für die Befreiung der Frau, für den Schutz der natürlichen Umwelt, und eine grün-bunte Partei, die sich nicht von ihrer Basis trennen und in die parlamentarische Korruption zwingen lassen will, gefährden das repräsentative System. Die Gefahr ist - mit 400.000 in Bonn und acht Prozent in Hessen - so drohend,

daß nur noch Gewalt und/oder massive Integration. helfen. Einer oppositionellen CDU/CSU fehlt zum ersten die Macht und zum zweiten die Nähe. Einer regierenden SPD auch. Also mußte die SPD in die Opposition, wo sie frei von dem Zwang, auf Worten Taten folgen zu lassen, mit radikalen Reden Emotionen auf sich ziehen kann. »Frankfurter Rundschau« vom 19. Oktober- »Schmidt sieht Klassenkampf... Der Ex-Kanzler beschwor die Gefahr, daß die Wende in Bonn 'eine Neuauflage des Klassenkampfs von oben' einläuten könnte: 'Ich möchte als Sozialdemokrat nicht zum Klassenkampf von unten gezwungen werden.'« Vier Wochen zuvor wäre dieses Vokabular noch Grund für einen Parteiausschluß gewesen.

Brandt, Glotz, Dohnanyi, Ehmke (ja, auch er sagte - und sogar im Bundestag - »Klassenkampf«) haben in der Nacht vom 17. auf den 18. September mehr Neues entdeckt, als auf eine Kuhhaut geht. Plötzlich finden sie die Friedensbewegung, an deren Demonstrationen teilzunehmen sie ihren Mitgliedern noch vor ein paar Monaten verbieten wollten, eher positiv und lehrreich, und Peter Glotz überlegt schon, ob die SPD bei den DGB-Kundgebungen gegen Sozialabbau, die noch gegen die Regierung Schmidt beschlossen worden waren, haufenweise mitmarschieren sollte. Wenn das so weitergeht, dauert es nicht ein Jahr und Karsten Voigt wird öffentlich Marx zitieren.

Wenn das auch noch Erfolg hat, wenn es diesen peinlichen Fürzefängern gelingt, dem Widerstand gegen *ihre* dreizehnjährige Politik den Wind aus den Segeln zu nehmen, dann hat Genschers Geist gesiegt, und Schmidt oder Wischnewski oder - unmöglich ist kein deutsches Wort, also: - Ehmke in ein paar Jahren mithilfe einer von Mischnick geführten FDP dort weitermachen, wo Schmidt vor ein paar Wochen aufgehört hat. Die Regierung Kohl/ Genscher ist ein Unglück. Aber sie ist kein so großes, daß um ihrer raschen Ablösung willen die Zerstörung der Widerstandsbewegungen in Kauf genommen werden dürfte.

Im übrigen ist es mit dem Weltgeist so eine Sache: Marx hat Hegel vom Kopf auf die Füße gestellt. Machen wir's mit Genscher auch so, das heißt: umgekehrt.

Konkret 11/82, S. 8

Nachrichten

Gnade für Bombenbastler

Erst hatte Hans-Dieter Lepzien, Agent des niedersächischen Verfassungsschutzes, im Herbst 1977 im Auftrag der Behörde die Braunschweiger Neonazi-Gruppe um den »Gauleiter« Paul Ernst Otte gegründet. Dann war das frühere NPD-Mitglied dem Verfassungsschutz von der Fahne gegangen: Er besorgte Sprengstoff für den Bau von Bomben, die dann in Hannover und Flensburg explodierten. In der Öffentlichkeit entstand der Eindruck, es habe sich um Terroranschläge von links gehandelt. Die knapp 300 beamteten Staatsschützer in Hannover merkten angeblich erst ein Jahr später von dem Doppelspiel des untreuen Agenten.

Das Oberlandesgericht Celle warf der Behörde deshalb vor, sich nicht genügend um ihren Mitarbeiter gekümmert zu haben. Jetzt wird es nachgeholt: Obwohl Aktivist Lepzien im Frühjahr 1981 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde (und der Bundesgerichtshof das Urteil auf zweieinhalb Jahre heruntersetzte), brauchte Lepzien als einziger seine Strafe bislang nicht anzutreten. Der niedersächsische Innenminister Egbert Möcklinghoff (CDU) hat bei Bundespräsident Karl Carstens obendrein ein Gnadengesuch für den Neonazi eingereicht.

Friedensritt

Die Stadt Marl sorgt für Wirbel: Am 30. September beschloß der Rat der Ruhrpott-Gemeinde mit den Stimmen von SPD und Grünen, »im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Produktion, dem Transport, der Stationierung und Lagerung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungsmitteln dienen«. Der Beschluß versetzte den Oberkreisdirektor in Recklinghausen, Rudolf Pezely (SPD), in Angst und Schrecken. Er meldete die Katastrophe an den Regierungspräsidenten Erwin Schleberger (CDU) in Münster weiter. Für den ist der Fall klar: der »rechtswidrige Beschluß« muß wegen »Verletzung der Bundestreue« verschwinden, »einer trojanischen Sowjetkavallerie« sei »aufs Pferd geholfen« worden.

Inzwischen muß sich selbst der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor mit dem Anti-ABC-Waffen-Beschluß beschäftigen. Der Marler Bürgermeister Eckerland, seit 22 Jahren im Amt und durch eigene Kriegserfahrungen Pazifist, versteht die Aufregung nicht: »Wovor haben die eigentlich Angst?« Einer Entscheidung im Ministerium, die den Vorgang »ohne Hast und Eile« prüfen werde, sieht er gelassen entgegen. »Ich kann mir nicht vorstellen, daß unser Innenminister nicht so liberal ist wie es der Tandler in Bayern war. Und der ist gegen Nürnberg und Lindau auch nicht vorgegangen.« Dort gibt es ähnliche Beschlüsse.

Vorbildlicher Konzern

Zum dritten Male verleiht die Stiftung »Sozialer Wandel in der unternehmerischen Wirtschaft« am 25.11.1982 im Steigenberger Hotel in Bonn den »Partnerschaftspreis für die vorbildliche Gestaltung der Beziehungen zwischen Unternehmen und ihren Mitarbeitern«. Diesjähriger Preisträger: Die Bertelsmann AG, Gütersloh. Nach der Festrede des CDU-Wirtschaftsführers Kurt Biedenkopf und vor dem Imbiß bekommt unter anderem der Mehrheitsgesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzende des Medienkonzerns Reinhard Mohn die »Partnerschaftsplakette« verliehen. Zu Recht.

Seit Mitte Juli ist bekannt, daß der Medienriese, der sich nach den Worten des Gründers Mohn als »Vorreiter auf dem Felde der gesellschaftspolitischen Innovation« versteht, in seiner Buchbinderei mit innovativen Methoden Arbeitskräfte einsparen will. 130 Frauen sollen, weil sie verheiratet sind, »freiwillig« nur noch halbe Tage arbeiten. Zum halben Lohn, versteht sich. Da die Konzernleitung an ihren Vorschlag selbst nicht glaubt, hat sie vorsorglich dem Betriebsrat 49 Kündigungen auf den Tisch gelegt. Der hat vorsorglich widersprochen.

Neuer Sessel

Die von Ex-Kanzler Helmut Schmidt erbetene Bedenkzeit für eine erneute Kanzlerkandidatur soll einen sehr handfesten, allerdings parteifernen Hintergrund haben. Aus seiner Umgebung wird vertraulich mitgeteilt (wie so etwas geht, wissen wir seit Klaus Böllings Nähkästchenstunde, siehe Seite 94), der Weltökonom habe das Angebot, als Nachfolger von Robert McNamara Präsident der Weltbank in Washington zu werden. Damit dürfte der Weg (nach oben?) für den Kandidaten Hans-Jochen Vogel, jetzt Oppositionsführer in Berlin, frei sein.

Volles Rohr

Es muß ja nicht immer gleich CS-Gas sein: Beiden Anti-AKW-Demonstrationen am 4. und 5. September in Gorleben und Uelzen setzte die niedersächsische Polizei einen neuen Wasserwerfer-Typ »WaWe 9000« ein, dessen Strahl auf lebensbedrohliche 15 bis 17 atü Druck eingestellt werden kann. Offenbar hieß das Kommando »volles Rohr«: Mehrere Demonstranten mußten mit Prellungen, Blutergüssen ins Krankenhaus. Eine Frau wurde so stark zu Boden geschleudert, daß Backen- und Kinnknochen brachen, ihre Brille zersplitterte und das Brillenglas ihr Auge zerfetzte. in Hamburger trug fünf gebrochene Rippen und eine Herzquetschung davon. Die Grünen im niedersächsischen Landtag wollen jetzt in einer Anfrage von der Landesregierung wissen, ob diese Wasserwerfer noch als »Hilfsmittel der körperlichen Gewalt« oder nicht doch vielleicht konkreter als »Waffen« einzustufen seien.

CDU-Abstinenz

Die Verkäufer kommerzieller Werbeflächen für Wahlplakate haben vergeblich bis zum letzmöglichen Termin (15. Oktober) auf Reservierungen der CDU für die angekündigten Bundestagswahlen am 6. März gewartet. Die SPD hatte bereits unmittelbar nach dem angekündigten Mißtrauensvotum ihre Werbeflächen geordert. Die SPD-Wahlkampfprofis können sich die CDU-Abstinenz nur damit erklären, daß die Christdemokraten nicht daran denken, den angekündigten Wahltermin auch tatsächlich einzuhalten. Bei dem marktbeherrschenden Aufsteller von Plakattafeln sind von der CDU bislang lediglich Bestellungen für Schleswig-Holstein eingegangen. Dort wird im Frühjahr auf jeden Fall gewählt - allerdings nur der Landtag.

Zitat

»Westliche Hilfe für Dritte Welt läßt erschreckend nach - 18 Milliarden Dollar könnten Welthunger beseitigen«

»Überernährung ist größtes Problem der Industriegesellschaft«

Zwei Artikelüberschriften aus der »Frankfurter Rundschau« vom 16. Oktober 1982, Seite 1 und Seite 13.

Konkret 11/82, S. 9

Oskar Lafontaine

Für die Dummen ein Fingerzeig aus der Bibel

Nachrichten

Dem Tagebuch des Klaus Bölling mit dem Titel: »Die letzten 30 Tage« entnehmen wir: »Klar, daß alle Beteiligten als Charakterhelden in die Geschichte eingehen möchten.« So ist es.

Jetzt geht es darum, die fundamentalen Widersprüche der Nachkriegsrepublik aufzuarbeiten.

Solidarität - so lesen wir - ist ein Grundwert der etablierten Parteien. Wie aber Solidarität in unserer Konkurrenzgesellschaft gelebt werden kann, darauf wurde bisher keine überzeugende Antwort gegeben. .

Solidarität wendet sich allen Menschen zu. Sie ist unvereinbar mit einer Rüstungspolitik, die, um die eigene Haut zu retten, die Hungertoten in der dritten Welt am Wegesrand liegen läßt. Wer diese Folge sogenannter Sicherheitspolitik hinnimmt, wirkt wenig glaubwürdig, wenn er seine Solidarität mit den Arbeitslosen im eigenen Land bekundet.

Solidarität ist ebenso nicht vereinbar mit den festgefahrenen Feindbildern, die die Voraussetzung der Bündnis- und Sicherheitspolitik sind. Wer den »Feind« mit der totalen Vernichtung bedroht, muß auf ein totales Feindbild zurückgreifen. Die Unfähigkeit zu trauern führte zur bundesrepublikanischen Zentralideologie des Antikommunismus und zur Totalidentifikation mit einer Siegermacht. Die Ost- und Entspannungspolitik, die es trotz Reagan wiederzubeleben gilt, ist der Versuch, diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ländern des Ostens hilft nicht nur den Menschen, die dort leben, sondern auch den Arbeitslosen im eigenen Land.

Für die Dummen hat die Bibel einen Fingerzeig parat. Sie erläutert, daß Nächstenliebe Feindesliebe ist. Ob es diejenigen, die sich christliche Politiker nennen, aber alles andere sind, je begreifen werden?

Solidarität verpflichtet uns auch den zukünftigen Generationen. Die Entfaltung der Produktivkräfte ist in unserem Industriezeitalter an ihre Grenzen gestoßen. Heute geht es um die Entfaltung der Produktivkräfte des Menschen. Der industrielle Größenwahn muß der Einsicht weichen, daß es nicht verantwortbar ist, technische Apparate zu bauen, die im Falle des Versagens ganze Landschaften unbewohnbar machen. Heute baut unsere Gesellschaft auf den Kinderglauben, Technik werde schon nicht versagen. Umweltfreundliche Kohlekraftwerke haben drei nicht gering zu achtende Vorteile: sie verseuchen im Falle des Versagens nicht große Gebiete, sie ermöglichen es, zur Beheizung der Häuser Wärme auszukoppeln, und sie sichern im Vergleich zu anderen Kraftwerken eine größere Zahl von Arbeitsplätzen. Kohls Kernenergieausbauprogramm ist ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm.

Freiheit ist die Lieblingsformel unserer Festredner. Die Frage ist nur, ob unsere Gesellschaft, die einen Mann als Kanzler hervorbrachte, der Freiheit als frei Reisen und frei Einkaufen können bestimmte, noch einen Begriff von Freiheit hat. Freiheit ist das Recht jedes Menschen, sein Leben, seine Existenz selber zu bestimmen. Die atomare Abschreckung, die uns zu Todeskandidaten auf Abruf macht, ist die größte Verhöhnung der menschlichen Freiheit.

Bei dieser geistigen Verirrung wundert es nicht, daß die bürgerlichen Parteien CDU/CSU und FDP das Recht des Menschen, seine Existenz zu bestimmen, aus dem Arbeitsleben ausklammern. Gerade jetzt aber bleibt der Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer auf der Tagesordnung. Bei stagnierenden Wachstumsraten, die nicht zulassen, soziale Konflikte durch die Verteilung des Zuwachses des Realproduktes zu entschärfen, ist der Ausbau der Rechte der Arbeitnehmer wichtiger denn je. Andernfalls wird unsere Gesellschaft die Verteilungskonflikte durch Freisetzung lösen.

Am Anfang der Bundesrepublik 1946 stand auch die CDU-Parole: »Der Kapitalismus ist zusammengebrochen. Wir sind die Letzten, die ihm eine Träne nachweinen. Die Zukunft wird sozialistische Züge tragen.« Heute heißt die Formel Sozialabbau und Marsch in den Unternehmerstaat. Diese Formel sollte all diejenigen zum Widerstand aufrufen, die den Grundwert der Solidarität nicht zur Sprechblase verkommen lassen wollen, all diejenigen, die das Bekenntnis des Bürgers Thomas Mann neu entdecken wollen, daß die Demokratie »heute nur noch in der Gestalt des Sozialismus eine moralische Existenz hat«.

Konkret 11/82, S. 10

Thomas Tielsch, Hans-Günter Meyer-Thompson

Wenn der Staat nicht weiter weiß: GAS

Der Kampfstoff CS soll den Polizeiknüppel ergänzen

Dem Herrn Minister standen die Tränen in den Augen. Der unerbittliche Law-and-Order-Mann weinte. Dann wischte er sich die Augen aus und schniefte den umstehenden Journalisten zu: »Nur Politik ist schöner.«

Uwe Barschel, inzwischen Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, zuvor Innenminister, hatte sich in einem publicityträchtigen Selbstversuch mit CS-Gas besprühen lassen - im Freien und aus sicherer Distanz, versteht sich. Danach befand er, daß »sein« Bundesland künftig einfacher »Störer«-frei zu halten sei: Wer stört, wird weggegast. Deutsche Tradition.

Der 19jährige Michael R. war kein »Störer«, sondern Polizist. Auch er nahm an einem »freiwilligen Selbstversuch« mit CS-Gas teil. Bei einer Übung auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei in Niedersachsen wurde er mit dem Gas eingenebelt. Einen Tag später war er tot. Er ertrank beim Baden. Herzversagen - so die offizielle Auskunft. Ist Michael R. das erste bundesdeutsche CS-Opfer im Giftgas-Krieg der Staatsgewalt gegen seine Bürger? Der Verdacht ist bis heute nicht ausgeräumt. Die Leiche des Michael R. war schon drei Monate unter der Erde, bevor der Fall öffentlich wurde. Ein Obduktionsbefund dürfte nach Ansicht des Kieler Toxikologen Prof. Ottmar Wassermann in solchen Fällen nicht länger als drei Wochen auf sich warten lassen. Mögliche Spuren von CS im Gewebe seien nach so langer Zeit gar nicht mehr festzustellen (siehe auch Interview auf dieser Seite). »Wir arbeiten eben mit besonderer Sorgfalt«, antwortet pikiert der für die Untersuchungen zuständige Dr. Hülser vom Gerichtsmedizinischen Institut in Hannover.

Prof. Wassermann: »Aus Tierversuchen mit Affen und Hunden ist bekannt, daß die Tiere, die dem CS-Gas ausgesetzt waren, nach einer vorübergehenden symptomfreien Erholungsphase von etwa einer Woche noch sterben können.« Er spricht von einer »lebensgefährlichen Unkenntnis über die Toxizität dieser Substanz«. Keiner kann sagen, wie giftig dieses Giftgas wirklich ist, das in CDU/CSU-regierten Bundesländern gegen Demonstranten eingesetzt werden soll.

Doch man weiß, daß es tödlich wirken kann - spätestens seit dem Pariser Mai 1968. Damals war eine Rentnerin das Opfer. Vor ihrer Wohnung im Erdgeschoß hatte die Polizei CS- und CN-Gas gegen Demonstranten eingesetzt. Durch CS wird das Atemsystem völlig überreizt. Das empfindliche Muskelsystem der Lunge zieht sich sofort zusammen. Prof. Wassermann: »Die Natur hat sozusagen vorgesehen, Giftstoffe, die den Bronchialbereich reizen und schädigen, nicht länger einzuatmen. Dieser Krampfzustand ist nicht vorauszuberechnen, in Hinblick auf Dauer und Schweregrad. Er kann von Individuum zu Individuum außerordentlich schwanken. Es ist durchaus möglich, daß empfindliche Personen daran zugrunde gehen.«

»Was wollen Sie denn? Zigaretten schädigen schließlich auch die Gesundheit.« So rechtfertigt der niedersächsische CDU-Innenminister Möcklinghoff die Einführung des »Sprühmittels«, wie er es nennt. Ansonsten wird das Kampfgas als »Reizstoff« umschrieben.

Bislang sind es einfache Polizisten, die am meisten unter diesem »Reizstoff« zu leiden haben. Ein Polizeibeamter, der nicht genannt werden will, berichtet, daß er als Mitglied einer Sondereinheit von seinen Vorgesetzten mehrfach gezwungen worden sei, am eigenen Leibe das CS-Gas zu testen. Er und seine Kollegen mußten sich in Autos setzen, durch deren Lüftungsschlitze CS, in anderen Fällen auch CN-Gas gesprüht wurde. Auch in anderen geschlossenen Räumen wurde er den Gasen mehrfach ausgesetzt. Die Folge: Der Mann leidet inzwischen unter einer beidseitigen Augenlinsen-Trübung, die zum allmählichen Erblinden führen kann. Seine Dienststelle will ihn jetzt wegen dieser Sehstörungen vom Polizeidienst befreien. Auch ein anderer Polizeibeamter mit einem beginnenden Augenleiden ist Professor Wassermann bekannt. Der Kieler Gutachter empfiehlt jedem, ob Polizist oder nicht, der mit diesen Gasen in Berührung gekommen ist, sofortige und längerfristige augenärztliche Untersuchungen,

Auch Bundeswehr-Soldaten sind betroffen. »Die haben das CS in einer Baracke in Tablettenform verbrannt, und da sollten wir dann rein. Über die Konzentration des CS in dem Raum hatte niemand einen Überblick.« So schildert der Reservist Karl W. sein Erlebnis während einer Reserve-Übung im August letzten Jahres in Koblenz. Es sollte überprüft werden, ob die Gasmasken der Soldaten dicht sind. Karl W. weigerte sich gemeinsam mit einigen Kameraden, diesen gefährlichen Test mitzumachen. »Erst auf ausdrücklichen Befehl und unter Hinweis auf den Tatbestand der Befehlsverweigerung und Meuterei ließ ich mich dazu überreden, den Gasraum zu betreten«, berichtet der Reservist dem Wehrbeauftragten in einem Beschwerdebrief.

Das Bundesverteidigungsministerium verteidigte sich: »Da CS nicht krebserregend und am wenigsten toxisch ist, wurde es 1976 für Dichtigkeitsprüfungen in der Bundeswehr eingeführt.« Und: Im Übungsraum würde lediglich eine Konzentration von 10 Milligramm CS-Gas pro Kubikmeter Luft entstehen. »Diese Konzentration ist nicht gesundheitsschädigend, hat jedoch Reizwirkungen, die von manchen Personen als sehr unangenehm empfunden werden.«

In der wissenschaftlichen Literatur wird hingegen schon 0, 1 Milligramm pro Kubikmeter als »Reizschwelle« genannt, Werte zwischen 5 und 20 Milligramm als »Unerträglichkeitsgrenze«. Da CS chemisch zu den alkylierenden Substanzen gehört und diese wiederum im Verdacht stehen, krebserregend zu sein, warnen Wissenschaftler auch vor Krebsgefahren im Zusammenhang mit CS.

Der Reservist Karl W. hatte Glück: Seine Gasmaske war dicht. »Bei den anderen Kameraden war das nicht so, und die sahen bös' aus hinterher. Die Bindehaut-Entzündungen hielten bis zu 24 Stunden an.«

In den Niederlanden haben die Polizeigewerkschaft und die Soldaten-Gewerkschaft im September dieses Jahres gemeinsam durchgesetzt, daß CS-Gas nicht mehr zum normalen Waffen-Arsenal gehört. Nur noch bei besonderen Schwerverbrechen wie Geiselnahmen darf das Gas eingesetzt werden. Und auch damit gibt sich der »Nederlandse Politiebond« noch nicht zufrieden: Er verlangt, daß CS keinesfalls in geschlossenen Räumen benutzt werden darf und vor dem Einsatz eine öffentliche Warnung erfolgen muß. Wolfgang Dicke, Waffenexperte und Pressesprecher der bundesdeutschen Gewerkschaft der Polizei (GdP) kennt das niederländische Dekret gar nicht. Das sei alles nur eine Frage der Konzentration, meint er, denn selbst Heilmittel seien ja von einer bestimmten Dosis an giftig.

Der niedersächsische Polizeiart Dr. Sasse legt Wert auf die Feststellung, daß ausschließlich junge und körperlich gesunde Polizisten an Versuchen teilgenommen haben, bei denen zum Beispiel aus vollen Wasserwerfer-Rohren CS verspritzt wurde: »Bei den Versuchen mit dem Wasserwerfer wurde festgestellt, daß die Beeinträchtigungen durch den Reizstoff kurzzeitig sind, daß die Wirkung schnell abklingt, wenn man das Gesicht mit Wasser abwäscht. Mehr sollte auch nicht untersucht werden.«

Immer wieder berufen sich Polizeiärzte, Polizeigewerkschafter, Polizeipräsidenten und natürlich auch die Innenminister auf eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Fraunhofer-Instituts für Toxikologie und Aerosolforschung in Grafschaft (Sauerland). Dieses private Institut finanziert seine Arbeit fast ausschließlich durch Aufträge aus dem Verteidigungsministerium. Hauptaufgabe: Militärische Kampfgas-Forschung.

Von dort wurde prompt die »wissenschaftliche« Legitimation für die Einführung des Giftgases geliefert. Ein Gas, das der ehemalige bayerische Innenminister Gerold Tandler dann auch gleich auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau testen ließ. Mit Erfolg, versteht sich. Als Ungeziefervertreibungs- und Vernichtungsmittel wirkt es absolut sicher gegen »Ratten und Schmeißfliegen«.

Aber auch Politiker und Polizisten, die den Einsatz von CS bislang ablehnten, geben lediglich taktische Gründe dafür an. Karl-Heinz Neuwerk von der Hamburger Innenbehörde, der die Hansestadt in der Technischen Kommission des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz vertritt, hält CS-Einsätze in Großstädten für ungeeignet. Ihn beunruhigt, daß Panik unter Demonstranten und Unbeteiligten ausbrechen könnte, wenn es keine Möglichkeit zum Davonlaufen gäbe.

Auch der ehemalige Innenminister Gerhard Baum wollte noch zusätzliche Untersuchungen über die Wirkung von CS in engen Straßen und über die psychischen Auswirkungen auf Menschenmassen abwarten, bevor er den Bundesgrenzschutz damit ausrüsten wollte. Daß CS zu den in der Genfer Konvention geächteten chemischen Kampfstoffen gehört, auf deren Herstellung und Lagerung die Bundesrepublik noch 1969 ausdrücklich und feierlich verzichtet hat, ist hingegen nicht weiter hinderlich. Denn in Fragen der »inneren Sicherheit« sind sich alle Regierungen einig: »Unbestritten ist, daß die Verwendung für polizeiliche Aufgaben durch das kriegsvölkerrechtliche Verbot nicht berührt wird«, erklärte die alte Bundesregierung Anfang des Jahres dem Bundestag. Und die neue wird noch mehr Gas geben.

Zur Zeit wird gemeinsam mit den Toxikologen des Fraunhofer-Instituts der Einsatz von CS in einem Sprühgerät (Chemische Keule) und im tragbaren »Reizstoffgroßgerät« (mit einem Tank auf dem Rücken) erprobt. Gewerkschaftssprecher Dicke berichtet, daß solche Erprobungen auch in geschlossenen Räumen laufen - »für die nächste Wirtshaus-Keilerei«. Über den Einsatz von CS in geschlossenen Räumen gibt es eine als »Verschlußsache« geheimgehaltene Studie mit dem Titel »Möglichkeiten spezieller Einsatzmittel gegen Geiselnehmer/Chemische Mittel«. Sie wurde im Januar 1976 vom Bundeskriminalamt vorgelegt. CS wird darin (ebenso wie CN) als »hinsichtlich der für die Geiseln entstehenden gesundheitlichen Risiken gerade noch vertretbares Mittel« eingestuft. Es heißt da: »Der Einsatz ist, besonders in geschlossenen Räumen nicht ungefährlich. Er kann zu Herzversagen und Lungenödem führen.«

In einem bisher unveröffentlichten Gutachten des Fraunhofer-Instituts vom März dieses Jahres, das die Technische Kommission der Bundesinnenministerkonferenz auf ihrer nächsten Sitzung am 1. und 2 * Dezember in der Polizeiführungsakademie in Hiltrup diskutieren wird, wurde die »Unerträglichkeitsgrenze« bei CS in einem Raum von 2 x 3 x 2 Meter mit 0,38 Milligramm pro Minute und Kubikmeter errechnet. Acht beamtete »Versuchskaninchen« nahmen an dem Test teil: Kriterium für die »Unerträglichkeit«: Wenn mehr als die Hälfte der Versuchspersonen den Raum verläßt, weil der CS-Nebel unerträglich wird, ist der Durchschnittswert erreicht. »Die von uns gefundenen Unverträglichkeitswerte sind relativ gering«, kommentieren die Gutachter. Relativ?

in einer vertraulichen Studie, die im letzten Herbst von der Forschungs- und Entwicklungsstelle der Polizei-Akademie Hiltrup den Innenministern vorgelegt wurde, stellen die freiheitlich-demokratischen Gasmänner die Waffenarsenale ihrer Wünsche vor. Einige dieser Träume werden Wirklichkeit: Gegen die »zunehmende Kleingruppentaktik bei gewalttätigen Demonstrationen«, sowie gegen »die Häufung von relativ kleinen Demonstrationen mit vorher nicht erkennbarem Gewaltpotential« soll der »Reizstoffwerfer« helfen. Eine überdimensionale Kampfgas-Spritze, Reichweite 30 Meter, »relativ unauffällig und leicht beweglich«, wird in Kleinbussen installiert. Dieses Gerät wird zur Zeit mit der Firma Minimax entwickelt. Gegen Personen schließlich, die sich all dem zu entziehen versuchen, zum Beispiel durch Schutzmasken, werden »gefärbte, klebrig-schmierige Stoffe« erwogen, um »die Orientierung durch Verkleben der Sichtscheiben zu erschweren.

Ein besonderes Gas soll schließlich gegen Hausbesetzer helfen: »Durch übelriechende Stoffe soll die Wiederbesetzung von geräumten Häusern, Plätzen o.a. verhindert werden.« Nach Erfahrungen in Zürich empfiehlt man auch hierzulande »den Stinkstoff Butylmercaptanlösung, der aus einem umgebauten Flammenwerfer verspritzt wird«. Es handelt sich hier um den »Wirkstoff des Stinktieres«.

Kasten Seite 15

»Schwere Bedenken gegen CS«

KONKRET: Herr Professor Wassermann, Sie sind der einzige Toxikologe, der sich bislang in der Bundesrepublik öffentlich gegen das CS-Gas ausgesprochen hat.

Wassermann: Ich habe schwere Bedenken gegen eine öffentliche Äußerung des Kieler Innenministeriums erhoben, wonach der »Einsatz von CS auch in weit höheren Konzentrationen als vorgesehen zu keinen Gesundheitsschäden führt«. Diese Behauptung ist nicht haltbar. Meine Bedenken wird jeder gewissenhafte Toxikologe teilen.

KONKRET: Nun berufen sich die Befürworter von CS auf das Gutachten des Fraunhofer-Instituts, wonach CS nicht nur weniger giftig sei als CN, sondern bei sachgerechter Anwendung völlig unbedenklich. Die Wissenschaftlichkeit dieses Gutachtens wird stark angezweifelt.

Wassermann: Völlig zu Recht. Es ist ein von einer abhängigen Institution angefordertes Gutachten und als solches von vornherein anfechtbar, da die Wissenschaftler solcher Institutionen nicht unabhängig sind.

KONKRET. Ein Gefälligkeitsgutachten?

Wassermann: Manche Formulierungen sprechen dafür. Entscheidungen, die bei der Bevölkerung - zu der schließlich auch Polizeibeamte gehören - erhebliche Gesundheitsschäden nach sich ziehen können, dürfen nicht ausschließlich aufgrund einseitiger Informationen aus »hauseigenen« Instituten getroffen werden. Diese Informationen hätten durch unabhängige Wissenschaftler überprüft werden müssen. Von den Innenministern ist dieses Minimum an Verantwortungsbewußtsein für die Bevölkerung zu fordern.

KONKRET.- Worin liegen die Unterschiede von CS und CN?

Wassermann: Zur Zeit wird vermutet, daß CS im Vergleich zu CN weniger giftig ist. Aber es besteht der Verdacht, daß CS mindestens gleich giftig wirkt wie CN. Einmal, weil unter den meist turbulenten, emotionsgeladenen Einsatzbedingungen die Auflagen nicht eingehalten werden, z.B. der Sicherheitsabstand von drei bis vier Metern beim Sprühen. Auch der viel zu kurze Erfahrungszeitraum ist als ein schwerwiegendes Argument gegen die zu günstige Bewertung des CS anzuführen.

KONKRET: Man müßte also über längere Zeit prüfen, um von einer Substanz behaupten zu können, sie sei ungefährlich?

Wassermann: Ganz ohne Zweifel! Wenn z.B. ein neues Arzneimittel eingeführt werden soll, so werden den Herstellern umfangreiche Prüfungsauflagen gemacht. Wenn man diese mit den dürftigen Daten vergleicht, die über eine Substanz bekannt sind, die praktisch die ganze Bevölkerung bedrohen könnte, dann wird die groteske Situation noch deutlicher.

KONKRET: Die akuten Wirkungen des CS hängen von der Dosierung ab. Das Gutachten behauptet, eine Dosierung in gefährlichem Umfang könne es gar nicht geben, weil das CS so »unangenehm wirkt«, daß die Leute rechtzeitig davonlaufen. Gleichzeitig wird aber eine fast sofortige Handlungsunfähigkeit der Betroffenen als ein Hauptunterschied zum CN genannt.

Wassermann: Das ist einer der Widersprüche. Wenn jemand sich nicht durch Flucht aus einem gewissen Bereich entziehen kann, dann kann er auch nicht die Dosis, die auf ihn einwirkt, begrenzen. Dann liegt er eben in einer CS-haltigen

Wasserlache, und entsprechend mehr CS gelangt in den Organismus.

KONKRET: Könnte eine solche Situation tödlich enden?

Wassermann: Die tödliche Dosis von Cyanid liegt für den Menschen, gemessen an der möglichen CS-Aufnahme im Körper, sehr hoch. Es ist unwahrscheinlich, solange diese Substanz im Wasserwerfer eingesetzt wird, daß ein Mensch so viel CS aufnimmt, daß diese Cyanid-Konzentration im Körper erreicht wird. Es sei denn, die Betroffenen sind immobilisiert, vielleicht sogar noch aus kürzestem Abstand von erregten Polizeibeamten - die ja bekanntlich auch nur Menschen sind - besprüht worden.

Ottmar Wassermann, 48, ist Leiter des Toxikologischen Instituts der Christian-Albrecht Universität in Kiel

Konkret 11/82, S. 18

Sabine Rosenbladt

Wo, bitte, geht´s zum Führer?

Die Grünen, daran besteht kein Zweifel, sind auf dem Sprung in den Bundestag. Doch wachsende Stimmengewinne bringen auch Streit ins Haus: Müssen sie eine ökologische Reformpartei werden, die sich von der guten alten SPD an die Hand nehmen läßt? Werden sie nach dem Hinsiechen der blau-gelben FDP jetzt das grüne Zünglein an der Waage? Oder bleiben sie bei dem Vorsatz, weiter die »alternative Partei« zu sein: Repräsentant der außerparlamentarischen Opposition In den Parlamenten, Fundamentalopposition, kompromißloser Widerstand in den »Lebens- und Überlebensfragen«?

Plötzlich prominent zu sein, kann ganz schön auf die Nerven gehen. Das bekommen auch die Bonner Grünen zu spüren, seit sie der diskrete Charme der Macht umgibt: In ihrer Parteizentrale (schon das ein völlig falscher Ausdruck) in der Colmantstraße drängeln sich neugierige ausländische Journalisten. Jeder will »The Greens« sehen, diesen erst dreijährigen parlamentarischen Nachzügler, der die FDP gerade schwungvoll aus zwei Landtagen gekegelt und ihr zu etlichen neuen Namensdeutungen verholfen hat: »Fast Drei Prozent« oder »Frühere Dritte Partei«.

»But who is the leader?« fragt ungeduldig der Regierungsreporter aus Jamaika, zum drittenmal; es will ihm nicht in den Kopf, daß Eberhard Walde, stellvertretender Bundesgeschäftsführer der Grünen, einfach keinen »leader« dieser Partei anzubieten hat. Mißtrauisch gleitet sein Blick von der Tchibo-Lampe auf dem Schreibtisch übers Ikea-Regal und Eberhards selbstgestrickten Pullover, während der die parteiinternen Strukturen zu beschreiben versucht: Drei gleichberechtigte Bundesvorsitzende, elfköpfiger Bundesvorstand, Bundeshauptausschuß...

Der Reporter ist ziemlich ratlos. Er versucht einen Trick: »And what's the name of your Executive Commissioner?« Bundesgeschäftsführer sei Lukas Beckmann, sagt Eberhard. Großes Aufatmen: Endlich ist ein Name gefallen. In der nächsten Viertelstunde notiert der Jamaikaner sorgfältig alle Lebensdaten Lukas Beckmanns; zweifellos wird er seinem karibischen Publikum diesen Mann als »the leader of The Greens« vorstellen.

Eine besonders markante journalistische Fehlleistung wäre das noch nicht mal; auch bundesdeutsche Medien haben einen Hang zum Personenkult. Die erste Bonner Pressekonferenz nach der Hessenwahl endete damit, daß Lukas Beckmann den hinauseilenden Pressemenschen hinterherrief, ob das alles sei, was sie wissen wollten: ganz offensichtlich war es das. Basisdemokratische Inhalte scheinen uninteressanter zu sein als der »Star« Petra Kelly, was wiederum den Unmut der grünen Basis erregt und von inhaltlichen Auseinandersetzungen ablenkt. Die »grundlegende Alternative zu den herkömmlichen Parteien«, wie die Grünen sich selbst nennen, wird zur Zeit auf bundesdeutsches Normalmaß zurechtgestutzt.

Aber sie wehren sich. Die Organisation, die mehr als 1.000 Abgeordnete in Bezirks-, Kommunal- und Länderparlamenten sitzen hat, verfügt in Bonn über nur fünf hauptamtliche Mitarbeiter: zwei Geschäftsführer, drei Verwaltungsdamen (die als »Sekretärinnen« zu bezeichnen sorgfältig vermieden wird), außerdem zwei halbtags beschäftigte Drucker. In der Küche der Villa an der Colmantstraße wird mittags noch selbst gekocht, mit Bio-Gemüse, versteht sich.

Dabei sind die Grünen beileibe nicht arm: Von ihrer Finanzkraft her könnten sie sich mittlerweile einen ganz anderen Apparat leisten. Allein der Europawahlkampf 1979, ihr erster großer Erfolg, hat ihnen rund vier Millionen Mark an Wahlkampferstattungsgebühren eingetragen, die Hessenwahl wird an die 800.000 Mark bringen. Und da sie für Wahlkämpfe grundsätzlich sehr viel weniger Geld ausgeben als die anderen Parteien, ruht ein Großteil der »Knete«, schön festverzinslich angelegt, auf der Bank.

Die Bonner Bescheidenheit hat Methode. Hier soll eben kein zentraler Wasserkopf entstehen, solange sich das irgendwie verhindern läßt: Die 23.000 Mitglieder der Grünen sind in den einzelnen Landesverbänden, nicht im Bundesverband organisiert; schon jetzt ärgern sich manche über die »Macht« eines Lukas Beckmann, »der ja fast wie ein Generalsekretär der Partei auftritt«; und die Monatsbeiträge (eine Mark pro Mitglied), die an den Bundesverband abgeführt werden sollen, »kommen manchmal, manchmal auch nicht«, sagt Eberhard Walde.

Was jedoch bestimmt kommt, sind die nächsten Bundestagswahlen. Mit kleinen Verfassungsverbiegungen vielleicht sogar am 6. März 1983. Und dann stellt sich auch in Bonn die Frage, die Frankfurter Spontis gerade für Hessen so formuliert haben: Sollen sich die Grünen nun zur ollen Tante SPD ins Bett legen oder nicht? Und wenn ja, wie dicht dürfen sie sich kuscheln? Geht's jetzt um reformerische Fundamentalopposition oder im Gegenteil um fundamentaloppositionellen Reformismus?

Einige Antworten liegen bereits vor. Etwa die des grünen Baden-Württemberger Landtagsabgeordneten Winfried Kretschmann, der in einem Artikel »für einen grünen Reformismus« plädiert und die Grünen endlich hoffähig machen will: »Aktionen bürgerlichen Ungehorsams«, bedauert der ehemalige Lehrer, mittlerweile ganz Staatsmann, seien ja »leider nicht verzichtbar«, aber »wenn man Programme von Grünen und SPD gegenüberstellt, und nicht nur Personen wie Holger

Börner und Petra Kelly, so dürfte ein inhaltlicher Kompromiß zwischen uns und der SPD keineswegs schwieriger sein, als es zwischen SPD und FDP war.«

Schimmert da tatsächlich schon die grüne FDP durchs alternative T-Shirt? Verlockt Willy Brandts »linke Mehrheit« zum Traum vom grünen Ministersessel?

»Das wäre für mich das Ende dieser Partei.« Petra Kellys Meinung steht da stellvertretend für die vieler Grüner, die nach jahrelangem Frust über sozialdemokratische Politik nun nicht plötzlich umschwenken und zum Mehrheitsbeschaffer für eben diese »olle Tante SPD« werden wollen.

Zwar gibt es auch einigermaßen seltsame Bekundungen grüner Politik. Helgo Bran etwa (der mit den unterirdischen Atomkraftwerken), grüner Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg, schickte dem scheidenden Bundeskanzler Schmidt ein Kondolenztelegramm. Und sein Fraktionskollege Wolf-Dieter Hasenclever ließ sich samt Gattin in einer siebenteiligen »Praline«-Serie als »wirklich nettes junges Paar, und eine liebe junge Familie« feiern. Nicht nur Eberhard Walde »schlackert mit den Ohren«, wenn er an die Baden-Württemberger Grünen denkt, sondern ganz allgemein werden die Hasenclevers und Kretschmanns in den Reihen der Partei nicht gerade als Musterbeispiel grüner Parlamentarier angesehen.

»Das Problem ist,« sagt Petra Kelly, »daß auch viele Grüne auf einmal sentimental werden und Mitleid mit der SPD kriegen. Da fallen sie dann drauf rein, wenn Willy Brandt politische Gemeinsamkeiten entdeckt. Es wird sehr schwer werden, immer wieder deutlich zu machen: Wo sind die Unterschiede?«

Für sie selbst heißt das: »Ich bekämpfe gerade auch die Epplers und die Duves bei den Sozialdemokraten, denn das sind die, die auf den Parteitagen immer wieder umkippen. Jahrelang haben sie mich ausgelacht wegen meines Engagements bei den Grünen - jetzt, wo es um Machterwerb geht, sind wir plötzlich wieder attraktiv. Nein danke.«

»Numerisch,« meint Lukas Beckmann, »gibt es wohl eine Mehrheit links von der CDU. Wenn sie auch zur politischen Mehrheit werden soll, bedarf es allerdings eines nicht unerheblichen Regenerationsprozesses bei den Sozialdemokraten. Denn die sind so mit der Wirtschaft und der Ministerialbürokratie verflochten, daß ein paar Statements nicht reichen werden für eine Tolerierung oder gar Koalition.«

»Fundamentalopposition« heißt für Grüne wie Petra Kelly und Beckmann »Kompromißlosigkeit in Lebens- und Überlebensfragen«. Beckmann: »Der schnelle Brüter, die NATO-Nachrüstung, die Stationierung von A- und C-Waffen, die gesamte zivile und militärische Nutzung von Atomenergie sind für mich nicht kompromißfähig. Die Grünen werden erst dann zu Koalitionen bereit sein, wenn es gelingt, mit anderen Parteien Mehrheiten für grüne Politik zu erreichen.«

Was »grüne Politik« nun genau ist oder mal sein wird, ist im Moment noch schwer auszumachen: In Bremen eine scharf nach rechts abgewanderte, gespaltene Parlamentsfraktion und eine linke grüne Basis, die wechselseitig nichts mehr voneinander wissen wollen; in Hamburg eine GAL, deren Tolerierungsverhandlungen gerade an der SPD-Kanalarbeiterriege gescheitert sind; in Baden-Württemberg Politik nach Gutsherrenart; in Berlin einen AL-Baustadtrat; in Schleswig-Holstein Koalitionsverhandlungen zwischen linken Grünen und rechter GLSH; in Hessen sich abzeichnende Fundamentalopposition, und so weiter.

Garniert wird das Ganze zudem noch durch eine verwirrende Vielfalt von Programmen und Perspektiven. Die einen wollen »eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse an Kapital und Produktionsmitteln« (ohne allerdings zu sagen, wie), die anderen wollen Unternehmergewinne durch Lohnsteuersenkungen bei Ressourcenbesteuerung. Die einen reden von der »ollen Kamelle 'Sozialstaat'«, die anderen kritisieren, daß »gerade in Krisenzeiten nun meist bei denen gespart wird, die am dringendsten auf solidarische Hilfe aller angewiesen sind«. (»Ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei« lauten im übrigen die vier Grundprinzipien der Grünen). Während die einen die Arbeiterbewegung schlicht für »gescheitert« erklären, betonen die anderen, dem »Vorrang der Produktivität« könne »nur eine organisierte Arbeitnehmerschaft wirkungsvoll entgegentreten«.

So nebeneinandergestellt, kann einen solche Meinungsvielfalt das Gruseln lehren. Aber zu Gruselgefühlen bekennen sich auch grüne Sprecher sehr freimütig: Für Winfried Skupnik etwa, den stellvertretenden Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, wäre ein »grüner Wirtschaftsminister« zu diesem Zeitpunkt eine »abenteuerliche Vorstellung«. Petra Kelly sagt offen, daß »diese Bundestagswahl für uns viel zu früh kommt. Wir müßten ständig miteinander reden, aber vor lauter Wahlkampf kommen wir ja nicht dazu.«

Das Verblüffende daran: Hier scheint eine neue Partei von ihrer Wählerschaft geradezu überrollt zu werden. Kaum haben die Grünen, durchaus skeptisch, die ersten vorsichtigen Schritte in die Parlamente gemacht, da erwarten (laut EMNID-Umfrage vom März 1982) schon zwei Drittel ihrer Wähler eine Zusammenarbeit mit der SPD, also offenbar auch die Übernahme von Regierungsverantwortung!

Wenn das so stimmt, dann würde das erstmal nichts anderes beweisen als ein stark ausgeprägtes politisches Konsumverhalten auf Seiten der Wähler. Offenbar will man sich, nachdem man durch Ankreuzen der Grünen auf dem Wahlzettel seine politische Handlungsfähigkeit demonstriert hat, zuhause gemütlich in den Fernsehsessel kuscheln und auf dem Bildschirm mitverfolgen, wie grüne Minister die BRD ganz sanft und gewaltfrei zur »anderen Republik« ummodeln...

Gegen solche Ansprüche wehren sich Grüne, zu Recht. Sie haben immer gesagt, daß sie die repräsentative Demokratie überhaupt nicht für optimal halten und in Richtung direkte Demokratie verändern wollen: Also kann man von ihnen nicht erwarten, daß sie plötzlich zu begeisterten Repräsentanten und regierenden Staatsmännern und -frauen werden. Sie haben häufig betont, daß sie die Interessen der Bürger »nicht stellvertretend für sie, sondern mit ihnen« wahrnehmen wollen: Also können sie nicht erfreut sein, wenn ihnen eben diese Bürger ihre Interessenvertretung komplett und umfassend allein überlassen wollen.

Ein grüner Wirtschaftsminister hätte erst dann einen Sinn«, sagt Lukas Beckmann, »wenn in der Bevölkerung die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür da sind: Solange es nicht genug Menschen gibt, die sich lange genug mit alternativen Wirtschaftskonzepten auseinandergesetzt haben, wäre es fatal, einen Minister zu haben, der doch immerzu nur neuen EG-Sanierungskonzepten zustimmen muß. «

Natürlich gibt es in der Partei, die sich als »alternative parlamentarische Kraft der außerparlamentarischen Bewegung« sieht, auch Leute, die die Rolle des weisen Parlaments-Pappis gern übernehmen würden, wenn die Wähler es denn unbedingt wollen.

Und es gibt Leute wie den Bundesvorständler Ernst Hoplitschek von der AL Berlin, der sich unermüdlich nach links abgrenzt und davor warnt, daß die Grünen zur »linken Sekte« werden könnten. Von ihm stammt das Wort über die Demokratischen Sozialisten als »Subsystem der DKP«, was er zwar nicht so gesagt haben will, aber genau so meint: Auch wenn sie es selbst nicht wüßten, seien Teile der Demokratischen Sozialisten, der linken Sozialdemokratie und der Gewerkschaften eher »bündnisfähig« mit der DKP und hätten deshalb in den Reihen der Grünen nichts zu suchen.

Hoplitschek gehört zu jenem Kreis von Grünen, die sich »als Reflex auf die Gruppe 'Z' des KB« ihrerseits zur »BUS« (»Basisdemokratische Undogmatische Sozialisten«) zusammengeschlossen hatten: »Wir waren der Auffassung, daß Wertkonservative wie Gruhl in der Partei drinbleiben sollten, damit die Grünen nicht auf ein 'linkes Spektrum' eingeengt würden und eine Ghettobildung entstünde.«

Gruhl ging trotzdem raus und gründete die (völlig bedeutungslose) ÖDP*. Und ehemalige »BUS«-Grüne wie Hoplitschek, Klaus Wolschner von der »taz«, Milan Horacek (Frankfurt) und Jan Kuhnert (Marburg) geben jetzt ein Monatsmagazin heraus, das in der »taz« als »grünes KONKRET« angekündigt wurde: Den »Staatsanzeiger«.

Solche Abgrenzungsstrategen. scheinen jedoch bei den Grünen in der Minderheit zu sein (NRW-Vorstandsmitglied Skupnik über Hoplitschek: »Unheilvolle Rolle«). Für die Bundesversammlung vom 12. bis 14. November in Hagen, auf der Strategiefragen für die Bundestagswahlen besprochen werden sollen, zeichnet sich eine Tendenz zu »offenen Listen« ab, auf denen auch Nicht-Mitglieder kandidieren können, »wenn sie eine Basis haben,« so Lukas Beckmann. »Oben- und Quereinsteiger wird es bei uns nicht geben. «

Petra Kelly hat bereits angekündigt, daß sie »rotieren«, also nach dem in der Grünen-Satzung festgelegten Prinzip nach zweijähriger Amtszeit aus dem Bundesvorstand ausscheiden wird. Außerdem will sie »die Grünen öffentlich angreifen«, wenn auf den Listen keine Frauenparität erreicht wird. Denn auch in diesem Punkt wird sich zeigen, wie weit die Grünen wirklich die »alternative Partei« sind, die sie sein wollen.

Die Frauenbewegung gehört ja - neben den Bürgerinitiativen, der Friedens-, Menschenrechts-, Umweltschutz-, Arbeiter- und Dritten-Welt-Bewegung - zu den »neuen demokratischen Bewegungen«, von denen die Grünen ihre Herkunft ableiten. Da wäre es fatal, wenn eine grüne Bundestagsfraktion doch wieder nur noch nach dem altbekannten Strickmuster zusammengesetzt wäre: 80 Prozent Lehrer, ein paar Alibi-Arbeiter und Alibi-Frauen, die die Roßkur der Kandidatenkür durchgestanden haben. Petra Kelly: »Dies darf keine Partei werden, wo die Männer die Politik machen und die Frauen das ökologische Brot backen!«

Im bayrischen Wahlkampf hat sie sich geweigert, auf Podien zu gehen, wo sie die einzige Frau gewesen wäre. Für diese Kompromißlosigkeit wird sie dann zwar bisweilen selbst von Frauen angegriffen, etwa von jener »grünen« Nürnbergerin, die in der »taz« maulte: »Da war eine Podiumsdiskussion, wir sollten mit raufgehen. Es war auf die Petra ausgerichtet, sie hat viel mehr geredet. Ich hab' mir gedacht: So eine Politikerin wie Petra möchte ich nicht werden, die ist für mich schon wieder ein Mann. Die kann zu jedem Thema, egal wie ausgeweitet das ist, einfach was sagen.«

Auch die grüne Partei kann eben nur so emanzipiert sein wie ihre Basis (oder ihre Wähler), und das gilt für Männer wie Frauen. »Lernfähigkeit« ist deshalb ein wichtiges Wort bei den Grünen. »Wir waren bisher in der Phase, über Reizworte

die Position der Grünen deutlich zu machen«, sagt Lukas Beckmann. »Jetzt wird es darauf ankommen, die Position der Anti-Partei-Partei inhaltlich zu konkretisieren. Aber das darf nicht heißen, daß die Grünen durch den Prozeß der Parlamentarisierung zu einem Auffangbecken der außerparlamentarischen Bewegung werden. Es ist besser, eine breite außerparlamentarische Opposition zu haben *ohne* parlamentarische Vertretung als eine mit, die ständig Kompromisse macht.«

Beispiel Bayern: Schon vor der grünen Wahlniederlage fand Wahlkämpferin Petra Kelly, daß der grüne Wahlkampf dort viel zu brav sei. Von der grünen Basis (»die kann manchmal grausam sein«) bis an den Rand der physischen Erschöpfung getrieben, absolvierte sie da insgesamt 76 allesamt sehr nette, sehr konventionelle und sehr langweilige Wahlkampfauftritte nach Schema F.

Für »Widerstand«, für Aktionen »zivilen Ungehorsams« war kein Platz. Petra Kelly: »Ich glaube nicht, daß gesellschaftliche Veränderungen über Parlamente laufen. Das heißt für mich: Unsere Parlamentsarbeit muß zwar effizient, darf aber nicht alles sein. Auf die Basis kommt es viel mehr an.«

Die Basis, das sind keineswegs nur die 23.000 »grünen« Mitglieder, sondern auch die rund 300.000, die in mehr als 1.000 Bürgerinitiativen arbeiten und über die Gruppenmitgliedschaft im »Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz« (BBU) zusammengeschlossen sind. Das ist das Potential, über das FDP-Mann Günter Verheugen neidvoll sagt: »Keine politische Organisation in der Bundesrepublik bringt so viele Menschen auf die Beine wie die Grünen/Bunten/Alternativen. Ob nun 300.000 oder 400.000 bei der Friedensdemonstration am 10. Juni in Bonn waren, spielt überhaupt keine Rolle. Kein anderer könnte auch nur entfernt mithalten, nicht einmal der DGB.«

Kein Wunder, daß da mancher linke Sozialdemokrat, manch ein frustrierter Judo begehrlich auf diese Massen schielt, nun, da sie auch noch parlamentarisch salonfähig zu werden scheinen. Im gesamten europäischen Ausland wird fasziniert beobachtet, was sich da in der Bundesrepublik abspielt, es laufen die ersten Koordinationstreffen zwischen den Grün/Alternativen aller EG-Länder, zur nächsten Europawahl 1984 soll es ein gemeinsames Programm geben. »Von der politischen Relevanz«, sagt Lukas Beckmann, »spielen wir Grünen aber die weitaus größte Rolle.«

Wenn sie erst im Bundestag sitzen, wird sich zeigen, ob FAZ-Mann Friedrich Karl Fromme recht behalten wird mit seiner Definition der Grünen: »Es handelt sich nicht um eine neue Partei innerhalb des 'Systems', mit welchen abschätzigen Worten die Grünen ebenso wie die Alternativen unsere Staatsordnung gerne belegen. Es handelt sich vielmehr um die politisch organisierte Ablehnung des Systems.«

---

*ÖDP = Ökologische Demokratische Partei

Konkret 11/82, S. 24

Werner Heine

Modell Liverpool

In der englischen Hafenstadt gab es immer Arbeitslose. Seit die Konservativen mit Margaret Thatcher regieren, werden es jeden Tag mehr. Die Stadt verkommt, wird zur Ruine. Der Hafen ist verschlammt. Die Schiffe können hier nicht mehr anlanden, wozu auch? Die neu angesiedelten Betriebe sind wieder verschwunden, nachdem sie die Subventionen kassiert haben. Mrs. Thatchers Politik gilt auch als Vorbild für Helmut Kohl

Mit Fotos von Alberto Venzago

Mann, ich sage dir, Liverpool ist tot«, klagt der Reisende gegenüber nach einem langen Blick aus dem Fenster. Der Zug fährt von der Linie Street Station nach Südosten, taucht aus rußschwarzen Unterführungen wieder auf in die grauen Hinterhöfe der Fabriken und Arbeiterwohnblocks von Edge Hill. Der Mann mit dem blonden Seemannsbart fragt, woher ich komme und was ich hier mache, und wir stellen erfreut fest, daß wir Landsleute sind und daß die Welt wohl doch sehr klein sein muß. Peter Benz ist vor 40 Jahren in Bremen geboren, lebt seit 15 Jahren in Liverpool, war hier verheiratet, hat zwei Kinder und ist gerade unterwegs, sich um einen Job zu kümmern - das alles erfahre ich noch, bevor wir uns für den Abend verabreden und ich in Mossley Hill aussteige.

Penny Lane is in my ears and in my eyes... Penny Lane ist hier gleich um die Ecke. Aber der Vorstadthimmel ist heute grau, der freundliche Friseur muß verzogen sein, keine hübsche Schwester, die Poppies verkauft, überhaupt kaum Leute auf der Straße. Ab und zu eine silberhaarige Hausfrau hinter der Gardine und immer wieder die Schilder *To sell - zu* verkaufen - an den Türen der bunten zweigeschossigen Reihenhäuser. Es war ja auch nur so eine Idee.

Irgendwo in dieser Stadt müßte doch die liebenswerte Vorstadtwelt, der die Beatles vor 15 Jahren ihre Ballade widmeten, zu finden sein. Stattdessen auch hier beginnende Armut, und die ersten Spuren von Zerstörung, eingeschlagene Fensterscheiben in verlassenen Wohnungen, zugenagelte Haustüren. Das ist nun ein schon fast vertrautes Bild. Wer mit dem Zug nach Liverpool kommt, muß nicht lange danach suchen. Gleich neben der Lime Street Station im Stadtzentrum stehen ganze Häuserzeilen leer. Blocks mit Bürgerhäusern aus dem 19. Jahrhundert verfallen. In den Straßenzügen mit Neubauten hinunter zur Fußgängerzone wechseln noch florierende Geschäfte mit verlassenen Läden ab. Verkaufsraum ist eine häufig angepriesene Ware.

Ich fahre zurück in die City, um Jim Mowatt zu treffen, den Bildungsreferenten der *Transport and General Workers Union* (TGWU), einer der mächtigsten Gewerkschaften in Liverpool. Jim will mir erklären, warum die einstmals blühende Hafenstadt an der breiten Förde des River Mersey so offensichtlich auf den Hund gekommen ist. Am Vortag haben Gewerkschafter in der Stadtverwaltung der Lokalpresse einen vertraulichen Bericht zugespielt: In der Grafschaft Merseyside - das ist Liverpool mit seinen Nachbarstädten beiderseits der Förde - sind jetzt 129.000 Menschen arbeitslos - 20 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung. 305.000 Menschen haben ein Einkommen unter der offiziellen Armutsgrenze. Die Arbeitsbelastung des öffentlichen sozialen Dienstes ist in den letzten zwei Jahrein um 70 Prozent gestiegen. Rund 100.000 Merseysider haben deshalb ihre Rechtsansprüche an den Sozialdienst nicht durchsetzen können. Die Verwaltung befürchtet den Zusammenbruch des Sozialsystems.

Die Schwierigkeiten am Mersey, erzählt Jim Mowatt, begannen nach dem Krieg. Die Hafenwirtschaft, von der Liverpool lebt, kam nie wieder so recht in Schwung. Der Handel mit Amerika verlor an Bedeutung, weil sich England nach Europa orientierte. Liverpool wurde »ein Hafen auf der falschen Seite des Landes«.

Bereits Anfang der 60er Jahre mußte der Staat massiv eingreifen, um die Region zu stützen. Damals brachten Labour-Regierungen mit viel Geld die Auto-Industrie nach Liverpool, Ämter und Verwaltungen wurden angesiedelt. Trotzdem blieb die Arbeitslosigkeit stets über dem Landesdurchschnitt. Vor einem Jahrzehnt arbeiteten immerhin noch 25.000 Docker im Hafen, heute sind es knapp 3.500. Der Niedergang des Hafens und der mit ihm verbundenen Industrien und Gewerbebetriebe wurde durch den Einsatz öffentlicher Mittel nur verschleiert, nicht aufgehalten. Liverpool wurde zur Pilgerstätte nationaler und internationaler Konzerne, die hier bei geringem Einsatz von Eigenkapital die angebotenen Steuermillionen aufsammelten.

Produktionsstätten wurden eröffnet und wieder geschlossen, wenn die Investitionsbeihilfen kassiert waren. In einem Bau-Boom ohnegleichen entstanden rings um Liverpool neue Städte auf der grünen Wiese. Dahin wurden die Familien der arbeitslos gewordenen Docker umgesiedelt, deren Wohnungen in den Slums der Stadtteile Bootle und Toxteth wurden einplaniert - insgesamt 30.000. Und in der Innenstadt schuf man Platz für geplante Verwaltungsgebäude, die dann nicht mehr gebaut wurden, und für ein breit betoniertes Straßennetz, das so nicht gebraucht wird.

Diese Politik war schon nicht gut, aber dann kamen die Konservativen und der Thatcherismus. Jetzt war nicht mehr die Beschäftigungspolitik wichtig, jetzt galt es, die Inflation zu bekämpfen, die nach Ansicht des führenden »konservativen« Nationalökonomen Milton Friedman, Chefberater zwischen Washington und Santiago de Chile, als Erzfeind zu behandeln

ist. Das Mittel gegen Inflation heißt Geldmengenbegrenzung und hat zwei Vorteile. Wenn man es hartnäckig anwendet, wirkt es manchmal. Und man erreicht in jedem Fall damit eine brutale und andauernde Umverteilung des Volkseinkommens von den Armen zu den Reichen.

Diese zweite Wirkung ist ausdrücklich beabsichtigt und wird weder in London noch in Bonn verschleiert, sie steht in Frau Thatchers Reden wie in Lambsdorffs Papieren: Man muß die Wirtschaft dem freien Spiel der freien Kräfte des freien Marktes überlassen, damit die Starken überleben, das Schwache stirbt und irgendwie was Gesundes dabei herauskommt. Das Ziel dieser Politik steht unter dem alten Motto: Je mehr die Reichen essen, umso mehr Krümel werden für die Armen abfallen.

Diese Politik war in Liverpool ein Volltreffer -die Trümmer liegen überall herum. Als das Geld knapp wurde, zuckte das Kapital die Achseln und verließ die Stätte seiner Verwüstungen. Als Begründung wurde regelmäßig hinterlassen, die Lage sei durch sozialistische Mißwirtschaft prekär geworden, man müsse sich leider gesundschrumpfen. Es gingen (ganz oder teilweise) Dunlop und Kraft, Massey-Fergusonund British Leyland, General Motors und ICI. »Im Jahre 1979«, erinnert sich Jim Mowatt, »gab es keinen freien Tag in der Berichterstattung über Betriebsschließungen.«

Bevor ich zu ihm ging, hatte ich die Rede des Arbeitsministers auf dem Parteitag der Konservativen gelesen und wußte schon, wer schuld hatte. Minister Norman Tebbit hatte die Delegierten in Brighton am Vortag unter anderem gefragt: »Wer war verantwortlich für die Arbeitslosigkeit in der Motor-Industrie - Sir Michael Edwards, der Kanzler, oder die Gewerkschaftsbarone und Militanten, die unsere Kunden verjagten und sie ins Ausland schickten?« Mit dieser »kraftvollen Ansprache« (»Daily Telegraph<) verdiente sich der Minister eine *standing ovation - s*owie mit der Ankündigung, die Wahl-Satzungen der Gewerkschaften gesetzlich zu ändern, damit auch die »Besonnenen«, mal eine Chance hätten.

Der Gewerkschafter Mowatt berichtet dagegen von den Schwierigkeiten der Sozialarbeiter. Bestandteil der Geldverknappungspolitik ist immer die Streichung bei den Sozialausgaben. In Liverpool sind Planstellen gekürzt worden, und frei werdende Stellen wurden nicht mehr besetzt. Immer weniger Helfer müssen immer mehr Opfer versorgen. Die Kriminalität steigt. Es gibt *No-go-areas* in der Stadt. Nach Toxteth wagt er sich nachts nicht alleine: »Wir haben jetzt ein Lumpenproletariat.« An die entstehenden sozialen Kosten denken die Geldverknapper nicht, auch nicht an die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit. »Wenn die Schulabgänger vier, fünf Jahre lang keine Arbeit finden, dann werden sie nie mehr arbeiten. Dann sind sie unfähig zu einer industriellen Disziplin. Dann werden sie nie den Rhythmus der Arbeit begreifen.« 1981 waren für 9.500 Schulabgänger in Liverpool zwölf freie Stellen beim Arbeitsamt ausgewiesen.

Seit sechs Jahren organisiert die TGWU arbeitslos werdende Mitglieder. Das gelingt aber nur selten, denn allein seit 1978 haben die Gewerkschaften in Liverpool 30.000 Mitglieder verloren, nur rund 300 Arbeitslose blieben dabei. Aber die sind sehr aktiv und politisch wichtig.

Heute, Freitagabend, ist eine Veranstaltung dieser Gruppe sein. Wir sind eingeladen.

Die Abendzeitung »Liverpool Echo« berichtet an diesem Tag auf Seite eins über den Plan der Gesundheitsbehörde, ein Pflegeheim zu schließen und 200 Hilfsarbeiter zu entlassen. Auf Seite sieben wird die Schließung von zwei Betrieben gemeldet. Eine Kranfabrik wird »als Teil eines Rationalisierungsplans« 200 Arbeiter entlassen. Ein Zuliefererbetrieb für Fiat mit 24 Arbeitern macht dicht.

Wir treffen Peter Benz im Hotel. Er bietet an, uns übers Wochenende zu begleiten. Ob er Glück gehabt habe mit seinem Job? Selbstverständlich, alles okay. Peter war mittags bei einem Vermittler für Montage-Arbeit. Der bereitet jetzt den nächsten Vertrag' vor. Diesmal geht's nach Dubai, an den Persischen Golf. Davor war er acht Monate in Südafrika, er ist Werkzeugmacher und, wie er sagt, bei der *legion of Iabour.* Denn »hier ist doch nichts mehr los, die armen Schweine haben keine Chance«. Eigentlich hatte er vorgehabt, übers Wochenende einen draufzumachen, Saufen und Weiber. Aber Gewerkschaft ist auch gut, er ist schließlich seit 15 Jahren Mitglied.

Im TGWU-Haus werden wir als *our comrades from Germany* vorgestellt. Etwa dreißig Frauen und Männer sind gekommen, junge, ältere. Zwei Stundenlang wird diszipliniert gearbeitet. Ein Delegierter muß gewählt werden, Berichte der Arbeitsgruppen werden verabschiedet, Solidaritätsveranstaltungen für einen seit acht Jahren einsitzenden Arbeiter in Südafrika sind zu organisieren, Berichte aus Betrieben werden vorgetragen.

Seit Monaten kämpfen Englands Krankenschwestern um höhere Löhne. Die Thatcher-Regierung hat von Anfang an klargemacht, daß sie hier exemplarisch hart bleiben würde, und deshalb Sympathie-Streiks mit den Schwestern verboten. Bei Ford hat die TGWU dennoch einen 24-stündigen Sympathie-Streik organisieren können. Denn eine Gewerkschaft, die nicht bereit wäre, diesen Fehdehandschuh anzunehmen, hätte bei diesen Menschen, deren Überleben aus der Solidarität erwächst, schnell verloren. »Hätten wir diesen Streik nicht führen können, dann wäre es in Liverpool bald so tot wie auf dem Friedhof«, sagt Bob Owens, der Bezirksvorsitzende der TGWU, und niemand widerspricht.

Nach der Sitzung geht eine Gruppe noch in das Pub an der Ecke gegenüber. Die von ihrem Arbeitsminister verhöhnten Linksaußen besprechen die nächsten Wochenendseminare, die sie regelmäßig mit Arbeitslosen veranstalten. Dabei geht es um Themen wie Neue Technologien oder die Rolle der multinationalen Unternehmen. Und immer wieder wird da den Betroffenen das komplizierte Recht der Sozialversicherung eingepaukt unter dem Leitsatz: Wenn du deine Rechte nicht kennst, dann hast du keine.

Peter, der schon so lange draußen ist, läßt sich von Bobby Lam, einem TGWU-Sekretär, auf den Stand bringen. Die Mieten drüben in Kirkby, jener neuen Stadt im Nordosten, in der viele der Umgesiedelten wohnen, sind in den letzten Jahren von 18 auf 25 Pfund in der Woche geklettert. Das sind 110 Mark. Der wöchentliche Durchschnittslohn in Liverpool liegt bei 144 Pfund, etwa 630 Mark. Aber die Arbeitslosen- oder die Sozialhilfe betragen nur ein Viertel des Durchschnittslohns. Ein Ehepaar ohne Kinder hat zum Beispiel 34 Pfund die Woche. »Wie leben die denn?« fragt Peter, und Bobby sagt: »Unter äußersten Schwierigkeiten. «

Am nächsten Morgen melden die Zeitungen: »Zwei tote Fallschirmjäger aus dem Falkland-Krieg erhalten posthum das Victoria-Kreuz, sowas hat es noch nie gegeben. Die Regierung steht fest zur Gewerkschaft - der in Polen. Und eine Gruppe konservativer Politiker ist aufgebracht über eine Unmenschlichkeit. Sie will noch heute nach Irland fliegen, um dort das Abschlachten der Seehunde zu verhindern, wenn es sein muß »mit körperlichen Mitteln«.

Peter holt uns früh vom Hotel ab. Er hat die Nacht schlecht geschlafen, hat darüber nachgedacht, ob das richtig ist, wenn die beiden Söhne, 16 und 10 Jahre alt, in dieser Stadt aufwachsen. Er hat alles getan, um sie zu versorgen. Das Haus in einer guten Wohnlage ist nach der Scheidung von Patricia auf die Kinder überschrieben, er zahlt ihnen die Privatschule. Natürlich sollen sie es »einmal besser haben als ich«. Er hat sein Leben lang geschuftet wie ein Tier. Als es anfing, mit den Fabriken bergab zu gehen, hat er sich selbständig gemacht und LKWs repariert, hauptsächlich am Wochenende. Jetzt weiß er nicht mehr, wofür er noch arbeitet.

Wir fahren mit dem Auto runter zum Hafen. Südlich von Pier Head, wo die Wahrzeichen der Stadt stehen - das Liver Building, das Gebäude der Cunard Line -, liegen die Häuser wie nach einer langen, tödlichen Seuche. Kilometerweit verlassene Slums auf der Stadtseite der breiten leeren Hafenstraße. Zum Wasser hin trockengelegte Docks und endlose hohle Hallen, die Ruinen der Warenhäuser, in denen bis vor zehn Jahren die Importe aus dem Westen umgeschlagen wurden, bis der Fluß versandete und die wenigen Schiffe nur noch den Container-Hafen im Norden anliefen.

Vor drei Jahren glaubte Mrs. Thatcher dann doch, für dieses Gebiet etwas tun zu müssen. Sie ernannte ihren Umweltminister Michael Heseltine zum Beauftragten für die Merseyside. Kurz darauf tauchten in der Presse Meldungen über die Wende im Liverpooler Hafen auf. Die »Financial Times« schrieb, es sei gelungen, neue Mieter für die Hafenanlagen zu finden. Inzwischen ist davon nicht mehr die Rede. Jetzt soll ein Teil des Gebiets zum Gelände der internationalen Gartenbau-Ausstellung 1984 werden. In den Zeitungen stand, daß die Liverpudlians dort baden, segeln und surfen werden, wenn alles planiert und begrünt ist.

Wir fahren nach Norden und biegen dann in Bootle ein. Auf der Stanley Road, der Hauptverkehrsstraße, herrscht noch Hochbetrieb. Die Leute erledigen die letzten Wochenendeinkäufe. Hier ist jedes vierte, fünfte Haus mit Brettern zugenagelt, aus leeren Fensterhöhlen wächst das Gras. Schaut man um die Ecke, sieht es schlimmer aus: halb abgerissene Häuser, verfallene Dächer und bröckelnde Fassaden, leere Fundamente neben noch bewohnten Blocks und Reihenhauszeilen, auch viele Neubauten auf den ehemals planierte n Flächen. Aber in diesen Neubauten schon wieder Verfall, Fenster mit Platten abgedeckt, Spuren von Bränden an den Wänden, wo nebenan der Nachbar noch den Vorgarten pflegt.

Dann ist Ladenschluß. Die Geschäftsleute aus der Stanley Road verrammeln ihre Schaufenster mit dicken Maschendrahtgittern oder Metalljalousien. Jetzt kann man in Liverpool nur noch wenigen Geschäften in die Auslagen schauen. Panzerglas und Alarmanlagen haben nur die Kaufhäuser der Innenstadt.

Wir fahren nach Kirkby, und da ist das Elend noch unverhüllter und brutaler. Hier ist mit den billigsten Mitteln an den Schwächsten der Stadt sehr schnell sehr viel Geld verdient worden. Kein Trost zu hören, daß der hiesige Baulöwe Leatherbarr und ein paar Freunde aus dem Gemeinderat wegen Korruption und anderer Delikte zeitweilig eingesperrt gewesen sein sollen. Hier müssen 50.000 Menschen hausen. 40 Prozent der erwachsenen Bevölkerung sind arbeitslos, bei den Jugendlichen unter 18 sind es über 90 Prozent. Hier führt die Regierung Ihrer Majestät Krieg gegen das Volk.

Wer konnte, ist von hier weggezogen. In Liverpool lebten vor zwölf Jahren noch über 750.000 Menschen, heute sind es unter 500.000, die Zahl sinkt weiter. Die bleiben mußten, wehrten sich auf die ihnen vorbehaltene Weise - sie rissen die Häuser ab. Peter erzählt, wie die Kinder von Tower Hill mit den Händen die Hochhäuser zerstörten, die vor zehn Jahren hier gebaut wurden und deren Betonskelette die Stadt vor kurzem sprengen lassen mußte. Zum erstenmal in diesen Tagen erleben wir Feindseligkeit. Die Leute in der Trinkhalle wollen wissen, warum wir fotografieren. An den letzten verlassenen

Blocks, dort wo Liverpool auf der Wiese endet, will uns ein uniformierter Wachmann das Fotografieren auf der Straße verbieten.

Sonntagmorgen geht es nochmal raus nach Town Hill. Christine und Tony leben dort, beide in der TGWU organisiert, beide arbeitslos, beide aktiv in der Arbeitslosen-Bewegung, die sich in den letzten Jahren gebildet hat. Tony gehört da zum harten Kern. Er wurde vor zwei Jahren mit 500 Kollegen vom kanadischen Multi Massey Ferguson entlassen, als der nach dem Inkasso aller staatlichen Subventionen in Kirkby schloß und die Arbeitsplätze vernichtete, die die Leute von der Merseyside mit ihren Steuern alle vorher bezahlt hatten. Tony hat heute Gewerkschafts-Meeting. Aber Christine erzählt uns von ihrer Arbeit im *Unemployed Centre* von Kirkby. Das ist eine Selbsthilfe-Gruppe der Arbeitslosen, die mit ein paar Hundert Pfund Gewerkschaftsgeldern gestartet wurde und sich jetzt selbst erhält. Die Gemeindeverwaltung stellte die Räume, Christine und andere machten sich sachkundig, und jetzt beraten sie die Arbeitslosen aus dem ganzen Stadtteil. Wer nicht weiß, was er zu beanspruchen hat, aber auch, wer nicht weiß, wovon er die Stromrechnung bezahlen soll, kommt in die Sprechstunden. Christine verhandelt dann mit dem Elektrizitätswerk über Sondertarife.

Die Arbeitslosen von Kirkby in den Häusern mit den dünnen Wänden verbrauchen reichlich Strom, denn zum großen Teil müssen sie damit heizen. Auch in England will die Atomindustrie weiter Kernkraftwerke bauen, und deshalb hat man auch dort den Häuserbauern empfohlen, die Energie aus der Steckdose zu benutzen, damit der Bedarf steigt und die Argumente besser werden. Als die zentralheizungslosen Neubauten standen, stiegen die Strompreise.

In Kirkby wie in den anderen Elendsgettos von Liverpool gehört deshalb das Umgehen des Zählers in der Leitung zu den weitestverbreiteten Fähigkeiten. Wer dabei erwischt wird, wie die Nachbarin Norma, muß mit Gefängnisstrafen rechnen. Dann hilft Christine bei der Beschaffung der dafür vorgesehenen Beihilfen. Die Fahrt zum Gefängnis ist auf Antrag frei, besuchende Verwandte haben Anspruch auf Verpflegungssätze, die Perversion hat Regularien.

Christine bringt uns mit Kevin und Susan zusammen. Susan war mal Typistin, Kevin war mal Fabrikarbeiter. Seit etwa zwei Jahren besteht keine Chance auf einen Job. Susan tütet heute in Heimarbeit Prospekte für eine Saatgut-Firma ein. Dabei kommt sie in zwölf Stunden Arbeit auf drei Pfund. Das hat den Vorteil, daß sie dabei Kevin jr. beaufsichtigen kann, der jetzt 20 Monate alt ist. Nach Abzug von Strom, Gas und Miete bleiben ihnen knapp 100 Mark in der Woche zum Leben. Susan schämt sich, weil sie es nicht schafft, mit dem Rauchen ganz aufzuhören. Kevin jr. ist durch falsche Ernährung krank geworden. Er lebt wie die Eltern von Chips und Bohnen, Fleisch ist nur selten möglich. Das Einkaufen macht ihr »jedesmal furchtbare Kopfschmerzen«. Dann schaut sie hoch und ihren Mann an und sagt: »Um offen zu sein: Kevin stiehlt manchmal.«

Mitleid tragen selbst die Konservativen wieder zur Schau. Jetzt, wo das Kampfziel in Sicht ist - die Inflationsrate liegt bei acht Prozent, mit sinkender Tendenz -, redet Michael Heseltine vor dem Kongreß in Brighton von *compassion* mit den Randgruppen. Dafür gilt der für die Zerstörung von Merseyside direkt Verantwortliche dann als Linker unter den Thatcheristen. Auf Glaubwürdigkeit in Kirkby muß es ihm nicht ankommen. Liverpool wählt links, »selbst, wenn Labour hier ein Schwein aufstellte«, sagt Christine.

Daß London die Zügel nicht lockern wird, erklärt Schatzkanzler Howe an diesem Sonntag in der BBC. Zwar klappe das mit den Preisen jetzt besser, aber nun bleibe das Wachstum aus, und da heiße es weiter sparen. Howe schlägt vor: beim Gesundheitsdienst.

Wir fahren zurück in die Stadt. Vor der Liverpooler Kathedrale findet ein Vorbeimarsch von Pfadfindergruppen aus Merseyside statt. Die Pfadfinder feiern heute 75jähriges Jubiläum. Ein ordensgeschmückter Vertreter der Queen nimmt die Parade ab, der Oberbürgermeister mit der schweren Goldkette ist mit dem Rolls vorgefahren. Nur Schritte weiter liegt die Upper Parliament Street, wo im Juli letzten Jahres die Jugendlichen aus Toxteth Barrikaden bauten. Unter den Verhafteten waren damals Acht-und Zwölfjährige. Das Innenministerium kündigte daraufhin ein Gesetz an, das Eltern bestraft, deren Kinder nachts auf die Straße gehen.

In Speke, im Süden Liverpools, klettern die Kinder auf die Dächer verlassener fünfstöckiger Neubaublocks. Als wir dort fotografieren, fliegen Steine. Ein junger Mann aus der Nachbarschaft rät uns, im Wagen zu bleiben. Sonst würden die Reifen aufgeschlitzt.

Wir gehen noch mal runter zum Pier Head und trinken einen Tee in der Cafeteria der Bus-Endstation. Graue Menschen warten hier auf die Fähre oder einfach auf nichts.

Auf der anderen Seite des Mersey, hinter den Schornsteinen von Birkenhead, geht die Sonne unter. Peter erzählt, daß er nun erstmal auf Urlaub nach Schottland fahren will. Am Kai steht ein Stahlgerüst mit der Aufschrift: »Der erste internationale Platz in Groß-Britannien und Italien gegen Dunlop-Pirelli und den multinationalen Kapitalismus«. Daneben eine Plakette: »Die Einheit der Arbeiter hat keine Grenzen.«

Peter sagt: »Du mußt es nicht glauben, aber diese drei Tage haben mich verändert.«

Konkret 11/82, S. 36

Peter Glotz

»Sprüche helfen uns nicht weiter«

KONKRET sprach mit SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz über die Zusammenarbeit mit den Grünen, die Friedenspolitik, des Verhältnis zu den Gewerkschaften, den kommenden Wahlkampf und das Godesberger Programm

KONKRET: Willy Brandt hat am Abend der Hessenwahl von einer Mehrheit links von der CDU gesprochen. Da fragt sich natürlich jeder: Wie will die SPD diese Mehrheit eigentlich unter einen Hut bringen?

Glotz: Willy Brandt hat, da muß man ihn genau zitieren, von einer numerischen Mehrheit gesprochen. Das macht deutlich, daß auch er daran zweifelt, ob man sie so leicht unter einen Hut bringen kann. Zweitens hat er nicht von einer Mehrheit links von der CDU, sondern diesseits der CDU gesprochen, was für die Einordnung der Grünen als einer in sich ganz unterschiedlichen Bewegung ja sehr wichtig ist.

KONKRET: Was ist der Unterschied zwischen links und diesseits?

Glotz: Ich kann die Grünen nicht einfach als links bezeichnen. Das ist eine heterogene Bewegung, die sicher in vielen Elementen links und radikaldemokratisch ist, in der aber durchaus auch Leute drin sind, die nach einiger Zeit nach rechts umkippen können, in einen demokratischen Konservativismus. Von daher würde ich den Begriff links gar nicht so ungebrochen verwenden, schon gar nicht, wenn sie links vom Marxismus her definieren.

KONKRET: Aber ist es nicht so, daß die SPD jetzt mit allen Mitteln versuchen will, das kritische Potential in der Republik - sprich Friedens-, Ökologie-, Frauenbewegung - wieder in die Partei zu integrieren. Ist das nach den 13 Jahren Regierungsbeteiligung überhaupt möglich?

Glotz: Es gibt innerhalb der Sozialdemokratie zwei unterschiedliche Schulen. Ich sehe mal von denen ab, die sagen, wir wollen mit den Grünen nichts zu tun haben, weil die gegen die industrielle Gesellschaft sind. Das halte ich für falsch und für zu grob.

Ich nehme mal die beiden ernsthaft miteinander diskutierenden Schulen. Die einen, wie Peter von Oertzen oder Egon Bahr, die sagen, die SPD muß sich stärker auf die Mitte hin orientieren, um zu verhindern, daß Arbeiterwähler zur CDU weglaufen. Dies würde zur Folge haben, daß Arbeiter als Partei sich eher konsolidieren, und dann muß man im Laufe der 80er Jahre den Versuch machen, diese Gruppe zu parlamentarisieren und längerfristig zu einer Zusammenarbeit kommen. Die anderen, wie etwa ich, die sagen, wir müssen versuchen, jedenfalls die Wähler der Grünen wieder zu Wählern der Sozialdemokratie zu machen. Dies heißt nicht, daß ich mit dem Schmetterlingsnetz alle Funktionäre der Grünen einfangen und zu Ortsvereinsvorsitzenden der SPD machen möchte. Das kann nicht funktionieren, weder von den Grünen aus noch von der SPD aus. Aber in der Tat möchte ich die Wähler wiederbekommen.

KONKRET: Was spricht denn gegen die andere Theorie?

Glotz: Das ist mir zu strategisch vom grünen Tisch geplant. Es ist die Vorstellung, die Strauß immer mit der vierten Partei hatte. Nur jetzt ist es ein anderes Spektrum, sozusagen von rechts zur anderen Seite verschoben, und diese Strategie berücksichtigt nicht all die psychologischen Probleme, die in solchen Prozessen ablaufen. Wie Strauß nicht berücksichtigt hat, daß die Gründung der vierten Partei tiefen Haß in seiner eigenen Union erzeugen wird, wenn Funktionäre, die mal miteinander gearbeitet haben, plötzlich gegeneinander stehen, so berücksichtigt auch dieses Modell nicht die psychologischen Prozesse, die zwischen sozialdemokratischen Funktionären und Gewerkschaftsfunktionären und grünen Funktionären und Bürgerinitiativen ablaufen. Ich meine, wir müssen die wieder an uns binden, und zwar durch inhaltliche Politik. Und keine Koalitionspackeleien. Wir müssen über die Sache reden und nicht über die Frage, wann wer mit wem vielleicht welche Bündnisse schließen könnte.

KONKRET: Sie bauen auf eine Koalition mit den grünen Wählern und nicht mit der grünen Partei?

Glotz: So ist es.

KONKRET: Sicher gibt es zwei oder drei Prozent grün/alternativer Wähler, die kurzfristig mit oppositionellen Sprüchen zurückzuholen sind, so wie das in diesen Tagen im Parlament geübt worden ist. Aber...

Glotz:... richtig. Nur daß es nicht um »Sprüche« geht. Wir müssen eine in sich geschlossene Oppositionspolitik machen. Das ist jetzt möglich, Kompromisse mit der Lambsdorff-FDP sind nicht mehr angesagt.

KONKRET: Mal abgesehen davon, daß die SPD das so schnell nicht hinbekommen wird, zwischen fünf und sieben Prozent der Wähler sind einfach nicht mehr zurückzuholen.

Glotz: Das bestreite ich. In der gegenwärtigen Situation bin ich unsicher, ob bei einer Bundestagswahl die Grünen über fünf Prozent bekommen. Ich glaube eher, es bleiben zwischen drei und vier Prozent übrig, die vermutlich gar nicht oder nur

sehr langfristig für die SPD zu gewinnen sind. Aber was tun denn solche Leute, wenn erst mal acht Jahre lang Strauß Außenminister war?

KONKRET: Strauß acht Jahre Außenminister? So defätistisch sind Sie?

Glotz: Oberhaupt nicht. ich will es nicht. Aber man darf sich doch nicht die Augen zubinden. Wenn wir Mist machen, können die acht Jahre regieren, wenn wir gut sind, können wir sie auch sehr viel schneller ablösen. Aber wir müssen eben gut sein.

KONKRET: Das kann doch gar nicht so schwer sein. Am Hamburger Beispiel wird doch deutlich, daß viele der Forderungen, die dort von der GAL aufgestellt werden, durch Parteitagsbeschlüsse der SPD längst gefordert werden.

Glotz: Das scheint Dohnanyi anders zu sehen. Für mich macht das Papier, das er jetzt zum Scheitern der Verhandlungen vorgelegt hat, zweierlei deutlich: Im Bereich des konkreten Umweltschutzes und der Elbsanierung etwa kann die SPD viel dazulernen und muß kompromißfähig sein. Einfach weil die anderen da sehr gute Argumente haben und häufig auch viel besser informiert sind. Aber von der Hafenerweiterung bis zur Außen- und Verteidigungspolitik gibt es doch eine ganze Reihe von grundsätzlichen Unterschieden zur SPD. Und zwar nicht zur SPD der sozialliberalen Koalition, sondern zur SPD des Münchner Parteitages. Nehmen wir mal den Nato-Doppelbeschluß und die Probleme, die mit Friedens- und Abrüstungspolitik zu tun haben. Da denkt die GAL ganz anders, weil sie ihre Position nicht mit den Maßstäben praktischer Politik mißt. **KONKRET:** Der SPD-Beschluß zur »Nachrüstung«, das singt einem nun doch inzwischen fast jeder SPD-Mann vor, würde so nicht mehr gefaßt werden.

Glotz: Ich weiß nicht, wer Ihnen das vorsingt, aber die, die das singen, sind auf der falschen Melodie. Den Münchner Beschluß halte ich nach wie vor für absolut richtig. Es hängt doch alles von der Verhandlungsführung der Sowjets und der Amerikaner ab. Sie unterstellen offenbar, und das würde ich auch unterstellen, daß die jetzige amerikanische Administration in einer Weise verhandeln wird, die nicht zu akzeptierten Ergebnissen kommt, weil die USA Zugeständnisse blockieren und stehenbleiben bei der sogenannten Reaganschen Null-Lösung. Nur für diesen Fall bestätige ich Ihre Prognose.

KONKRET: Aber was dann?

Glotz: Die SPD würde bei einer nicht ernsthaften Verhandlungsführung in Genf der Stationierung neuer Raketen nicht zustimmen. Deshalb haben wir beschlossen: Vor einer Raketenstationierung wird ein SPD-Parteitag erneut sein Votum abzugeben haben.

KONKRET: Dann geht die SPD mit der Friedensbewegung auf die Straße?

Glotz: Welche Möglichkeiten es gäbe, unser Votum politisch wirksam zu machen, wird man sehen.

KONKRET: Was spricht gegen Demonstrationen? Die letzte mit 400.000 Menschen in Bonn war sehr eindrucksvoll.

Glotz: Das ist vollkommen richtig. Ich hab' ja auch nur, weil in Deutschland der Begriff »auf die Straße gehen« leicht mißdeutbar ist und weil ich weiß, was Springer daraus macht, hab' ich ja nur eine mir sozusagen schon zur zweiten Natur gewordene Differenzierung angebracht.

KONKRET: In den letzten 13 Jahren zur zweiten Natur geworden...

Glotz: Wie Manfred Bissinger genau weiß, war ich im Jahre 1967 noch viel konservativer als im Jahre 1982.

KONKRET: Das ist richtig. Neben dem Amt als Bundesgeschäftsführer arbeiten Sie nun für die SPD auch noch als Randgruppen-Glotz.

Glotz: Randgruppenvertreter haben eine wichtige Funktion, solche Leute braucht man in der Partei. Die kann man aber nicht auf den Stuhl des Bundesgeschäftsführers setzen. Sonst sagen die Kerngruppen, wir haben den falschen Mann.

KONKRET: Ein halbes Jahr vor Willy Brandt hat Erhard Eppler in einem KONKRET-Interview die Formel von der Mehrheit links von der Mitte schon mal gebraucht. Er hat aber ausdrücklich Mehrheiten in inhaltlichen Fragen gemeint: Atom-Programm und die zunehmende ökonomische Verwüstung der Republik. Meint das auch Willy Brandt? Oder gibt es nur die diffuse Vorstellung, es könnte politische Gemeinsamkeiten geben von Egon Franke bis Thomas Ebermann?

Glotz: Das geht wirklich ein bißchen weit. Also, zuerst mal die Atom-Frage: Die SPD wird, hoffe ich, mit aller Kraft bei ihrem Differenzierungsvermögen an diesem Punkt bleiben. Sie wird weder die verrückte Politik von Strauß und der Union mitmachen - wir pflastern das Land voller Kernkraftwerke - noch wird sie die Position der Grünen mitmachen, jedes Kernkraftwerk ist Sünde. Wir wollen uns endgültig Ende der 80er Jahre entscheiden, wieviel unseres Primärenergiebedarfs wir durch Kernenergie decken wollen, oder ob wir aussteigen. Dasselbe gilt in der Frage der Abrüstung. Zwischen einem prinzipiellen Pazifismus und sozialdemokratischer Verteidigungspolitik gibt es einen deutlichen Unterschied. Das heißt nicht, daß wir nicht auch Pazifisten in unserer Partei immer gehabt haben und auch künftig weiter haben werden. - *

KONKRET: ... haben wollen?

Glotz: ... ja, auch haben wollen und auch akzeptieren. Nur - die Politik der SPD wird nicht prinzipiell pazifistisch sein und wird es auch nie werden. Wer sich darüber irgendwelche Illusionen macht, der soll von vornherein die Finger von der SPD lassen. In der Ökologiefrage können wir noch viel lernen.

KONKRET: Bleiben wir mal bei Atom. Was ist mit dem AKW Brokdorf. Einer der sozialdemokratischen Befürworter dieses sinnlosen Baus war Helmut Schmidt. Der ist nicht mehr im Amt. Wird da jetzt Klartext gesprochen?

Glotz: Der Ausstieg aus Brokdorf war mit den Parteitagsbeschlüssen der SPD zu diesem Thema von 1979 vereinbar. Solche Einzelentscheidungen werden nun an allen Ecken und Enden in der SPD kontrovers diskutiert, und selbstverständlich wird auch häufig eine Entscheidung revidiert.

KONKRET: Also, auch die SPD in Schleswig-Holstein bleibt nicht nur im Wahlkampf bei ihrem Anti-Brokdorf-Beschluß?

Glotz: Der Bau in Brokdorf ist nicht mehr zu verhindern. Dafür wird die CDU-Landesregierung schon bis Ende dieses Jahres mit der letzten Baugenehmigung gesorgt haben. Mitverantwortung dafür tragen die Grünen, die 1979 dazu beigetragen haben, daß Klaus Matthiesen nicht Ministerpräsident wurde. Jetzt kann es nur noch darum gehen, in der Frage der Betriebsgenehmigung hart zu bleiben. Das wird geschehen.

KONKRET: Aber steckt dahinter nicht auch ein anderes Problem, wenn wir die Fähigkeit oder besser gesagt die Unfähigkeit handelnder Politiker betrachten, sich aus fehllaufenden technischen Großprojekten wieder rauszuziehen. Auch dann, wenn Milliarden investiert sind und das erkennbare Ergebnis gesellschaftsschädlich ist.

Glotz: Dieses Problem gibt's natürlich. Ein klassisches Beispiel ist der Rhein-Main-Donau-Kanal, wo man ganz deutlich sieht, daß man nicht aus ökologischen Gründen, sondern auch aus ökonomischen Gründen - ich nenne das Beispiel Rentabilität der Bundesbahn - wirklich dagegen sein kann, und ich persönlich würde sogar sagen, dagegen sein muß, und wo natürlich trotzdem dabei Diskussionen und Schwierigkeiten entstehen. Im konkreten Fall sind viele für Abbruch des Projekts, die bayerische SPD aber will weitermachen.

KONKRET: Ein Wahnsinnsprojekt dieser Art ist doch auch der Schnelle Brüter. Da steht ein klares Wort aus.

Glotz: Ja. Die SPD wird auf dem Kleinen Parteitag am 19. November zu Kalkar einen Beschluß fassen.

KONKRET: Wie wird der aussehen?

Glotz: Ich kann Parteitagsbeschlüsse nicht voraussagen. Der Beschluß wird jedenfalls vom Vorstand gut vorbereitet.

KONKRET: Gehen wir mal davon aus, daß am 6. März Neuwahlen sind. Das Ergebnis wird im Bund Hamburger Verhältnisse bringen. Wir meinen damit nicht eine Unregierbarkeit, wie Springer und die CDU uns immer weismachen wollen. Wird es in so einem Falle auch auf Bundesebene Gespräche mit den Grünen geben?

Glotz: Sie unterschätzen die CDU, die könnte durchaus die absolute Mehrheit bekommen, und überschätzen die Grünen, die müssen gar nicht reinkommen. Und Sie müssen auch die FDP mit einbeziehen. Wenn sie am 6. November die Partei zusammenhalten, was allerdings unwahrscheinlich ist, will ich nicht ausschließen, daß sie auch noch eine Chance haben.

KONKRET: Die FDP wird Genscher behalten. Was ist denn mit den Grün/Alternativen?

Glotz: Selbstverständlich müßte die SPD auf Bundesebene genauso Gespräche führen, wie sie in Hamburg geführt worden sind. So lange zu wählen, bis die Bürger gefälligst das tun, was wir gern hätten, das ist absolut unakzeptabel. Das gilt für Hamburg nach den Neuwahlen eben so wie für Hessen. Man kann eben nicht einfach sagen, das Wahlergebnis paßt uns nicht, jetzt wählen wir neu. Das ist es doch, wie die CDU mit den Grün/Alternativen verfahren will. Motto. Mit denen reden wir nicht, die gucken wir nicht an, das sind Unberührbare, wir versuchen auch gar nicht, sie zu parlamentarisieren, das sind Verrückte, und weg, weg, pfui, pfui, mit den Schmuddelkindern wird nicht gespielt. Das ist eine absolut absurde Position, die sich spätestens an dem Tag als absurd erweisen wird, wenn nach der Neuwahl in Hamburg prinzipiell keine anderen Verhältnisse entstehen. Ich hoffe zwar, daß Dohnanyi die absolute Mehrheit gewinnt, aber wenn er sie nicht gewinnt, bedeutet das automatisch, daß dann das Thema ständige Neuwahlen vom Tisch ist.

KONKRET: Wenn Dohnanyi in Hamburg nicht die absolute Mehrheit bekommt, dann also läßt er sich von der CDU tolerieren?

Glotz: Erstmal gehen dann die Gespräche mit allen Parteien, die in der Bürgerschaft vertreten sind, weiter. Wenn sich herausstellt, daß es so bleibt wie jetzt, dann erst muß eine andere Lösung gefunden werden.

KONKRET: Ist denn denkbar, daß die CDU im Bund als stärkste Partei von der SPD, nur weil die mit Grünen nicht zusammenarbeiten will, toleriert wird?

Glotz: Wenn die Grünen kommen, was ich vermute, und erklären, die Bundesrepublik muß aus der NATO austreten; es wird nicht mehr gewartet, wie die in Genf verhandeln, sondern der NATO-Doppelbeschluß muß weg; alle Kernkraftwerke

werden abgeschaltet - wenn solche Forderungen gestellt werden, ist es ganz selbstverständlich, daß die SPD in aller Ruhe sagen muß, Freunde, dies werden wir nicht machen.

KONKRET: Dann also lieber den Vizekanzler Strauß?

Glotz: Die SPD wird weder für Strauß noch für die Grünen ihre Prinzipien über Bord werfen. Das ist selbstverständlich.

KONKRET: Will die SPD wirklich Neuwahlen?

Glotz: Ja. So schnell wie möglich.

KONKRET: In einem Wahlkampf werden Sie aber nicht allein mit der Verrats-These leben können. Sie müssen auch politisch argumentieren, schon gar, wenn sie auf grüne Wähler spekulieren.

Glotz: Natürlich. In der Verteidigung der inneren Liberalität, in der Forderung der sozialdemokratischen Ost- und Friedenspolitik, in der Betonung von sozialer Gerechtigkeit, beispielsweise Ergänzungsabgabe für die Gutverdienenden. Das sind Positionen, die viele Grüne Wähler für richtig halten. Natürlich werden die Grünen sagen, das müßt ihr jetzt spezifizieren, natürlich ist das, was Helmut Schmidt in seiner Abschiedsrede in zwölf Punkte gefaßt hat, denen nicht genug, und auf manchen Feldern müssen wir da auch offen sein.

KONKRET: Wird es denn im Vorfeld der Neuwahlen Kontakte mit den Grünen geben?

Glotz: Kontakte gibt es ständig und muß es auch geben, geheime Koalitionsgespräche in Hinterzimmern nicht.

KONKRET: Ist es denkbar, daß sozialdemokratische Politik sich verändert, daß aber die Gewerkschaften so weitermachen wie bisher? Und es dann daran scheitert?

Glotz: Das ist weder denkbar, noch ist es der Fall. Bei den Gewerkschaften tut sich genausoviel. Die IG-Metall zum Beispiel steigt tief in die Friedensfrage ein. Und daß es in der ÖTV zum Thema Ökologie heftige Diskussionen gibt...

KONKRET: ... an der Basis ja, aber im Funktionärsbereich nicht.

Glotz: Es reicht in den Funktionärsbereich hinein, der mag nur etwas straffer geordnet sein, als das in politischen Parteien der Fall ist.

KONKRET: Die Gewerkschaften haben ja noch zu Zeiten der sozialliberalen Koalition große Demonstrationen gegen die Demontage des Sozialstaats beschlossen. Mit der neuen Regierung hat sich die Situation nicht verbessert. Was macht die SPD nun. Wird sie mitmarschieren?

Glotz: Es gibt doch Anlaß, gegen eine ganze Reihe von Maßnahmen zu protestieren, die von der sozialliberalen Regierung nicht vorgeschlagen worden sind. Ich sage mal ein Beispiel, das mir naheliegt, das ich jetzt nicht aus Propaganda-Gründen anführe: die Zerschlagung der Ausbildungsförderung, die wirklich einen wesentlichen Teil von Bildungsgerechtigkeit kaputt macht. Ich würde mich nicht scheuen, dagegen mitzumarschieren. Um auf den Kern der Frage zu kommen. Was wir nicht mehr vertreten, sind die unsinnigen Dinge, zu denen uns die FDP gegen unseren eigenen Willen gezwungen hat. Ich nenne das Beispiel: 5 Mark Krankenhausgeld, was sie jetzt ja sogar noch verdoppelt haben.

KONKRET: Da ist die SPD lernfähig?

Glotz: Da muß sie gar nicht lernfähig sein, sondern sie hatte immer schon gewußt, daß das Unsinn ist. Sie hat nur, um die Koalition zu retten, dem zugestimmt. So gibt es einige solcher Maßnahmen, die die SPD nicht mehr weiter vertritt. Es gibt aber auch andere Maßnahmen, die sie getroffen hat, die nicht populär sind, an denen sie aber festhält. Beispiel: Krankenversicherungsbeitrag für Rentner, den die SPD weiterhin vertritt, auch wenn die Gewerkschaften dagegen sein sollten.

KONKRET: SPD und Gewerkschaften marschieren also im November zusammen?

Glotz: Das Wichtige ist, daß wir gemeinsam Politik machen. In welchen Formen, wird sich zeigen.

KONKRET: Ist nicht problematisch, wenn zum Beispiel Willy Brandt im »Vorwärts« geschrieben hat, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, das Bündnis mit der organisierten Arbeiterschaft zu festigen und auszubauen. Der DGB mobilisiert jetzt. Wenn er nun nach zehn Jahren Pause auf die Straße geht, sollte da die SPD 'nicht rechtzeitig, eben nicht erst im letzten Moment entscheiden, ob sie mitläuft?

Glotz: Das ist überhaupt keine Frage, die in einer demokratischen Partei wie der SPD im Erich-Ollenhauer-Haus entschieden wird. Selbstverständlich werden viele mitmarschieren. Was ich nur sagen will, wir werden eine ganze Reihe von Maßnahmen, die wir in der Regierungsverantwortung getroffen haben, jetzt nicht verleugnen. Das wäre unseriös. Wenn wir am 6. März wieder an die Regierung kommen, dann werden wir auch keine Honigkuchen verteilen können, sondern dann werden wir schwierige und unpopuläre Entscheidungen treffen müssen, und diesen Weg werden wir uns nicht verbauen.

KONKRET: Also kein Verbalradikalismus, sondern staatstragende Opposition?

Glotz: Realistische Opposition. Eine Opposition, die das Maul aufreißt und bestimmte Forderungen stellt und dann an dem Tag, an dem sie in die Regierung kommt, so wie jetzt die CDU, das genaue Gegenteil von dem macht, was sie vorher gesagt hat, ist absolut unglaubwürdig.

KONKRET: Sie müßten nur zu Ihren eigenen Parteitagsbeschlüssen stehen. Was ist denn mit der Arbeitszeitverkürzung? Da läuft doch...

Glotz: Halt. Der Parteivorstand hat gerade jetzt einen ausführlichen Beschluß zur Arbeitszeit gefaßt und wird ein Forum veranstalten, wo diese Frage zur Debatte gestellt wird.

KONKRET: Meinen Sie nicht, daß bei zwei Millionen Arbeitslosen - und bald mehr - ein Forum nicht ausreicht. Muß da nicht statt diskutiert mobilisiert werden?

Glotz: Wir müssen konkrete Aktionen der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften unterstützen. Wir müssen aber auch überlegen, wie man was bewirken kann. Ich habe Zweifel, daß mit einer hübschen Groß-Demonstration die 35-Stunden-Woche eingeführt werden kann, das muß in Tarifauseinandersetzungen erkämpft werden. Das ist eine sehr harte Auseinandersetzung, die auch mit Lohnverzicht zusammenhängt. Aber, daß man die besten Kampfformen anwenden muß, die es gerade gibt, und daß darunter auch einmal eine Demonstration sein kann, wenn auch vermutlich nicht zum jetzigen Zeitpunkt, in dieser Situation des sozialen Kampfes, in der wir uns befinden, das ist völlig klar.

KONKRET: Es gibt doch auch staatliche, parlamentarische Möglichkeiten. Die Arbeitszeitverordnung stammt von 1938 aus der faschistischen Ära. Sie legt die 40-Stunden-Woche fest. Da könnte die SPD ein Beispiel geben.

Glotz: Das wäre natürlich ein wichtiger demonstrativer Akt, der die Richtung anzeigt, in die wir gehen, aber bewirken würde er erstmal wenig. Aber wir müssen den Leuten ehrlich sagen, daß es bei der gegenwärtigen weltweiten ökonomischen Krise ohne Sparen, das heißt also ohne Einschränkungen von Sozialleistungen, überhaupt -nicht mehr geht. Dann aber müssen Möglichkeiten gefunden werden, beispielsweise Abrüstungspolitik, beispielsweise der Kampf gegen eine sinnlose Verkabelung der Bundesrepublik, die dem Wähler klarmachen: Er muß für die Sozialdemokraten eintreten, obwohl auch er sparen muß. Es hat in den Jahren 1969 bis 1974 Zahnärzte gegeben, gegen deren ökonomisches Interesse es absolut war, SPD zu wählen. Wegen der Ostpolitik haben sie dennoch SPD gewählt.

KONKRET: So einfach wird das diesmal nicht sein. Jedenfalls wird die Rückhol-Kampagne von Grün-Alternativen mehr erfordern. Hat die SPD nicht verlernt, sich als Bewegung zu verstehen, und hat sie nicht ein sehr autoritäres Staatsverständnis entwickelt? Es wurde immer erklärt, was für die Leute gut ist, und nicht darauf gehört, was die Menschen denn empfinden. Es diskutiert ja keiner mit ihnen. Politik wird von oben gemacht, nicht mit dem Bürger.

Glotz: Die SPD ist in der Gefahr gewesen oder vielleicht auch immer noch in der Gefahr, daß sie sich zu sehr auf die Erringung staatlicher Macht, die notwendig ist, konzentriert und alles andere, zum Beispiel die politische Kultur, den Dialog mit der Gesellschaft, wegläßt oder zumindest vernachlässigt. Daß sie sozusagen eine Organisation ist, in der vor allem die Mandatsträger von gestern und die Mandatsträger von heute miteinander um Machtpositionen ringen, und daß der Mensch, der nicht 80 Prozent seines Lebens in Politik investieren möchte, davon abgestoßen wird. Die Funktionärs-Aristokratie drückt oft genug den normalen Bürger einfach weg. Das ist zweifellos eine Gefahr, die die Gewerkschaften genauso betrifft wie die SPD.

KONKRET: Heißt das nicht auch, daß die SPD über ein neues Programm reden muß. Godesberg ist lang her und gibt keine Antworten auf heute wesentliche Fragen.

Glotz: In der letzten Vorstandssitzung hat der Vorsitzende gesagt, er sei der Auffassung, es müsse auf dem ordentlichen Parteitag 1983 diese Frage diskutiert werden, und dann müsse man eine Diskussion um das Programm anstoßen. Ich glaube nicht, daß man das Grundwertekapital des Godesberger Programms ändern muß, aber eben die praktischen Einzelkapitel, also von der Rolle der Frau über die Frage der Umweltpolitik, über die Frage der Grundeinstellung der SPD zur Technik - nicht umkippen in antitechnische Hysterie -, aber auch wegkommen von der Technikeuphorie, Definition von Fortschritt, aber auch die Medienpolitik, um Beispiele zu sagen. Da sind viele, viele Einzelfragen, die natürlich heute völlig anders beurteilt werden müssen als 1959, und wo in der Tat sich die SPD drum kümmern muß.

KONKRET: Die Grundfrage ist der Abschied von der Wachstumspolitik, wie sie bisher von allen Parteien postuliert wurde.

Glotz: Es ist völlig klar - nimmt man das Godesberger Programm als Fixpunkt -, daß sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß wir die nächsten 15 Jahre vermutlich ein durchschnittliches Wachstum von höchstens zwei Prozent haben und nicht eben Wachstumsraten wie in den 50er und 60er Jahren. Darauf müssen wir uns einstellen. Es ist auch völlig klar, daß der klassische Keynesianismus als Wirtschaftsprogramm des demokratischen Sozialismus nicht mehr ausreicht. **KONKRET:** Es gibt ja auch noch Marx.

Glotz: Der ist noch ein bißchen älter...

KONKRET: ... man könnte ihn trotzdem mal wieder lesen.

Glotz: Dafür plädiere ich mit Nachdruck.

KONKRET: Mit Nachdruck?

Glotz: Ja, daß das gelesen wird.

KONKRET: Die bürgerliche Presse hat doch eine ziemlich dezidierte Auffassung von der neuen CDU-CSU/FDP-Regierung. Die Börse sendet heftige Signale. Glauben Sie, daß mit der Politik der CDU ein Aufschwung möglich ist?

Glotz: Nein. Das behauptet Herr Kohl ja auch nicht mehr. Inzwischen sagen sie, die Erblast sei so ungeheuer groß, deshalb könnten sie leider den Aufschwung nicht so schnell versprechen, wie man das vorher gedacht hatte. Im übrigen warne ich davor, die Börse für ein verläßliches Prognose-Instrument für politische Entwicklungen zu nehmen. Ich bin wirklich weit davon entfernt, die Regierung Kohl oder irgendeine andere CDU-Regierung mit dem Faschismus zu vergleichen. Aber besonders positiv hat die Börse reagiert, als Hitler an die Macht gekommen ist.

KONKRET: Signalisiert der Bankrott von AEG, Küppersbusch, Neff, die Kurzarbeit bei den Automobil-Werken VW und Ford nicht das Ende der Marktwirtschaft?

Glotz: Nein, das glaube ich nicht. Es läuft alles auf eine gemischte Wirtschaft raus. Haben wir denn Angebot und Nachfrage in der Agrar-Politik? Haben wir das vielleicht auf dem Stahlmarkt? Wir haben in zahllosen Sektoren keine Marktwirtschaft und werden das auch künftig nicht haben. Aber die Frage ist eben, ob wir den Markt als regulatives Prinzip abschaffen wollen. Ich weiß keinen vernünftigen Menschen, der das abschaffen will.

Die SPD hat auf die Krise der Weltwirtschaft ebensowenig eine perfekte Antwort wie die schwedische oder österreichische oder sonst irgendeine Sozialdemokratie. Die klassischen Antworten versagen zur Zeit offensichtlich alle miteinander. Auf die neue Entwicklung hat keiner eine fertige Antwort. Die Konservativen nicht, die Liberalen nicht, die Grünen schon garnicht. Auch nicht die SPD. Auch nicht mit dem Godesberger Programm.

KONKRET: Herr Glotz, eine Schlußfrage. Was ist Ihre Prognose für den 6. März?

Glotz: Wir bemühen uns, wieder stärkste Partei zu werden.

Konkret 11/82, S. 42

Kai Hermann

Israelische Legenden

Was unsere Zeitungen über den Libanon berichten, ist von der Realität weit entfernt. Verteidigungsminister Sharon spielt die Rolle des Bösewichts, Drahtzieher von Krieg und Massakern sind aber Reagan und Begin

US-Präsident Reagan orderte Kameraleute und Fotografen in sein Arbeitszimmer . Dann schnauzte er los: »Holt mir diesen Menachem Begin ans Telefon. Er soll meine Stimme hören.« Als Israels Ministerpräsident am anderen Ende der Leitung war, hörte er Drohendes: »Menachem, wir sind sehr geduldig gewesen, und dieses Land ist sehr geduldig gewesen. Aber diese Bombardements bringen uns zu dem Punkt, an dem unsere langen, guten Beziehungen ernsthaft gefährdet sind. Ich wünsche, daß Sie das stoppen. Ich wünsche, daß Sie das jetzt stoppen.«

Es war der letzte mörderische israelische Bombenangriff auf West-Beirut, der Reagan in Öffentlichen Zorn versetzte. Allerdings hatte Begin schon drei Stunden vor dem Anruf aus Washington Feuereinstellung befohlen. Über Beirut lag längst Totenstille. Und das wußte natürlich auch der US-Präsident.

Die Fernseh- und Radiokommentatoren aller Couleur redeten sich anderntags den Mund fusselig, die Leitartikler formulierten endlos Besorgnis über das schwere Zerwürfnis zwischen den USA und Israel. Eine Szene aus der Farce, als die in den Medien die israelische Invasion des Libanon läuft. Eine manchmal beinah brillante, oft dumm-dreiste Inszenierung. Gut genug für ein neues Kapitel der israelischen Legende.

Es begann mit der Operation »Shalom Hagalil«, Frieden für Galiläa. »Shalom« als Codewort für Krieg, für Vernichtungskrieg, nicht zum ersten Mal. Die Vertreter westlicher Öffentlichkeit zeigten weitgehend Verständnis. Kritisches die einen, Enthusiastisches die anderen. Die »Welt« bejubelte »die Chance vor Galiläa«: »Noch nie hat ein Krieg in Nahost die Tür zum Frieden so weit aufgestoßen wie die israelische Offensive von jüdischen Kindern, die in Kellern Schutz vor palästinensischen Katjuscha-Raketen suchten. Die ersten israelischen Flächenbombardements vom Tag zuvor, die schon Hunderte von dern, Frauen, Männern in Flüchtlingslagern töteten, wurden als »Luftangriffe auf vermutete Stellungen der Freischärler« gemeldet.

Die Kritischen, die israelische »Überreaktion« befürchteten, beruhigte der US-Präsident schnell. Noch als Gast auf bundesdeutschem Boden mahnte er Begin zu »äußerster Zurückhaltung«. Sein Sonderbotschafter Habib eilte nach Jerusalem und forderte ultimativ ein Ende des Krieges, noch bevor der Präsident wieder in Washington sei. Sonst müßten die Israelis mit »Strafmaßnahmen« rechnen.

So jedenfalls las und hörte man es in den Medien. Und schon am 12. Juni - nach dem ersten »Waffenstillstand« - meldete und analysierte die »Frankfurter Rundschau« in aller Unschuld das glückliche Ende des Krieges dank amerikanischer Intervention: »Offenbar hatte der amerikanische Druck die Form eines Ultimatums angenommen, das nicht zu umgehen war.«

Es gab noch einige US-Ultimaten, Waffenstillstände, Zehntausende Tote - bis zum isrealischen Einmarsch in Westbeirut und dem vorerst letzten großen Massaker dort. Ein »Krieg voller Überraschungen« fand die »Frankfurter Rundschau«.

Ein Anti-Amerikaner, wem in diesen Monaten der Verdacht kam, daß die Telefon- und Notengefechte zwischen Jerusalem und Washington lediglich flankierende Maßnahmen einer gemeinsamen Strategie zur Lösung des Libanon-Problems und zur Zwischenlösung der Palästinenser-Frage waren. Wer fragte, warum Reagan seinen vielen angeblichen Ultimaten keine Sanktionen folgen ließ, bekam wohlfeile Antwort aus »gutinformierten Kreisen der amerikanischen Hauptstadt«. Man kenne Begin. Sanktionen würden den Israeli nur noch sturer machen. Er wäre dann gar nicht mehr beeinflußbar.

Wer mochte an solchen Indiskretionen aus dein Weißen Haus für ausgewählte Korrespondenten zweifeln? Was wog da die Tatsache, daß Israel ohne direkte US-Unterstützung bislang kaum einige Tage Krieg führen konnte? Was galt die Erfahrung, daß alle israelischen Regierungen auf materiellen Druck Washingtons noch immer prompt reagierten, weil ihnen gar keine andere Wahl blieb?

Als Israel 1957, nach dem ersten Angriff auf Ägypten, entgegen US-amerikanischer Planung den Sinai nicht wieder räumen wollte, drohte Präsident Eisenhower elegant: Die amerikanischen Privatspenden für Israel in Millionenhöhe seien ab sofort nicht mehr von der Steuer abzusetzen. Innerhalb von zwei Wochen hatte der letzte israelische Panzer die Sinai-Wüste verlassen. Die Spenden blieben steuerbegünstigt.

1975 genügte die Ankündigung von Präsident Ford, eine versprochene Erhöhung der Hilfe zurückzustellen, um Israel die Zustimmung zum Sinai-Entflechtungsabkommen abzupressen.

Beim Probelauf der Aktion »Friede für Galiläa« (1978) stoppte Präsident Carter die israelische Invasionsarmee sehr energisch am Litani-Fluß und befahl den Rückzug. Und als Begin entgegen dem US-Wunsch seinen libanesischen Söldner-Truppen unter Haddad schwere Waffen überließ, drohte Carter, die Militärhilfe zu stoppen. Begin reagierte sehr flexibel. Er ließ das beanstandete Gerät unverzüglich zurückholen.

Seit Anfang Juni dieses Jahres machte die US-Regierung nicht einen ernsthaften Versuch, die Israelis aufzuhalten. Sie drohte nicht mit Sanktionen, sondern machte vielmehr deutlich, daß sie jede Eskalation dieses Krieges bezahlen würde. Eine Woche nach den Massakern in den Flüchtlingslagern von West-Beirut - die Reagan angeblich empörten - wurden in Washington Milliarden-Hilfsprogramme für Israel beschlossen. Millionen-Darlehen wurden in Schenkungen umgewandelt.

Die schon von Staatengründer Ben Gurion in den 50er Jahren sehr detailliert ausgearbeiteten Pläne zur Umwandlung des Libanon in ein strategisches und ökonomisches Vorfeld Israels (siehe KONKRET 8/82) waren endlich weitgehend identisch mit einem neuen US-Konzept für den Nahen Osten.

Der Carter-Plan, der durch eine kompromißbereite US-israelische Außenpolitik ein »antikommunistisches Bollwerk« von Ägypten über Saudi-Arabien bis zum Iran schaffen sollte, ist gescheitert. Spätestens seit der iranischen Revolution. Der zunächst von den USA und Israel grob unterschätzte islamische Fundamentalismus destabilisiert die ganze Region. Er bedroht die herrschenden arabischen Regime mit Revolution.

Die Schiiten sind im Libanon zahlenmäßig die größte religiöse und politische Gruppe. Ihre Führer und Milizen sind im Bunde mit Ayatolla Chomeini. Bislang waren die Schiiten in der feudalistischen Pseudo-Demokratie des Libanon von der politischen Macht ausgeschlossen. Daß dies so bleibt, soll die »Neuordnung« des Libanon garantieren.

Reagans Nahost-Konzept vertraut - trotz neuer Pläne -nur noch der direkten militärischen Intervention durch die israelischen Stellvertreter oder die eigenen Ledernacken. Nicht Israel-Kritiker, sondern Springers »Welt« verriet schon im Juni, kurz nach Beginn der israelischen Offensive, daß sie eingeweiht war. Neben der grotesken anti-palästinensischen Agitation analysierte die Zeitung auch »Nahost ohne falsche Rhetorik«:« Von Syrien bis nach Saudi-Arabien fürchtet man die Ausbreitung eines imperialistischen Iran und die unterminierende Kraft des islamischen Fundamentalismus.« Angesichts dieser Drohung spiele Israel »längst eine Rolle im machtpolitischen Gleichgewichtskalkül der Araber« und habe daher eine »legitime Rolle bei der Befriedung des Libanon«.

Und während sich die »Frankfurter Rundschau« wie andere Israel-Kritiker noch über die »Überraschungen« des Krieges wunderte und »das israelische Konzept des Libanon-Krieges als Illusion« abtat, formulierte die »Welt«, besser informiert, schon das wirkliche Kriegsziel: Die Schaffung eines »kleineren Libanon, wie er seit 1861 im Osmanischen Reich unter einem christlichen Gouverneur existierte«. Fast ausschließlich von Moslems bewohnte Gebiete im Norden und Osten des Landes sollten vom neugeordneten Libanon abgetrennt werden.

Der Friedens-Plan der »Welt« stimmt - wie zufällig - überein mit der Libanon-Lösung, die Ben Gurion und Moshe Dayan schon vor mehr als zwei Jahrzehnten zur vordringlichen Aufgabe israelischer Außenpolitik erklärt hatten.

Nach Vorbild der einstigen türkischen Kolonialherren setzen die Israelis einen Clan der christlich-maronitischen Minderheit im Libanon als Statthalter ein. Und da eine allzu starke moslemische Mehrheit langfristig für die christlichen Gouverneure unbequem werden könnte, gab es verschiedene Maßnahmen zur Dezimierung der stärksten Bevölkerungsgruppe. Gesäubert werden sollte der »neue« Libanon vor allem von palästinensischen Flüchtlingen. Im vergangenen Juni, als es liberale Kommentatoren noch für undenkbar hielten, daß die Israelis »gegen den entschiedenen Willen der USA« Beirut einnehmen würden, hatte die »Welt« auch schon einen Plan für die überlebenden Palästinenser: »Sie können und sollten von dem hochindustrialisierten Westen der Republik Libanon in die ostlibanesische Bekaa-Ebene abrücken. Dort können internationale oder arabische Hilfsorganisationen die Großfamilie der Kämpfer besser als an der dicht besiedelten Küste oder im zerschossenen Häusermeer von Beirut versorgen.« Die Bekaa-Ebene, außerhalb der geplanten Grenzen des »kleineren Libanon«, wird mittlerweile schon zum größten Flüchtlingslager der Welt...

Die militärisch überflüssige und äußerst kostenaufwendige Zerstörung von Städten, Dörfern und vor allem von ganzen Stadtteilen Westbeiruts durch Luftangriffe macht erst in diesem Konzept einen Sinn. Denn den Palästinensern und einem Teil der schiitischen Libanesen wurden so systematisch Wohnungen und Existenz zerbombt. Dort, wo in den Armenvierteln Westbeiruts noch Häuser stehengeblieben sind, werden sie mittlerweile gesprengt oder mit Bulldozern zusammengeschoben. Lebensraumpolitik für die christliche Minderheit.

Strategischen Sinn macht da auch das Massaker von Westbeirut. Denn in den Trümmern vegetieren immer noch Zehntausende von Überlebenden, die sich nicht zur Flucht in unbekanntes Elend entschlossen hatten. Der von den Israelis unterstützte Einsatz christlicher Milizen in zwei Stadtteilen demonstrierte den Bewohnern endgültig, daß es für sie keine Zukunft in der »Republik Libanon« gibt.

In den Medien wurde der Massenmord irreführend als »Massaker in zwei Palästinenserlagern« gemeldet. Tatsächlich lebten in und um Sabra und Shatila auch libanesische Moslems. Die Killer-Kommandos fragten nicht nach der Nationalität. Neben vielen Leichen lagen noch libanesische Ausweise. Die Opfer hatten sie offenbar den Milizionären vor ihrer Erschießung gezeigt, um sich zu retten. Nach Schätzung der »Beiruter Zivilverteidigung«, die zur Beseitigung der Leichen eingesetzt wurde, waren die Mehrzahl der Massakrierten Libanesen, meist Schiiten.

Die Israelis machten keinen Versuch, das Ausmaß des Massakers nachträglich zu vertuschen. Bereitwillig wiesen sie dem internationalen Journalisten-Corps den Weg zu den Leichenhaufen. Denn die gewünschte Wirkung des Massakers - Vertreibung oder doch Einschüchterung von Palästinensern und arabischen Moslems - wurde durch Publizität nur verstärkt.

Die eigentlichen Ziele ihrer Aktionen im Libanon versuchte die Führung in Jerusalem dagegen erfindungsreich zu verschleiern. Zu den Tricks gehörten nicht nur die ständigen »Indiskretionen« über das Zerwürfnis mit den USA, sondern auch über lautstarke Auseinandersetzungen zwischen Premierminister Begin und Verteidigungsminister Sharon. Gerade in der Israel-kritischen Presse wurde die Libanon-Invasion schließlich zu einem Privatkrieg des Ariel Sharon. Um noch einmal stellvertretend die »Frankfurter Rundschau« zu zitieren: »Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der spektakuläre Vormarsch nach West-Beirut nicht nur ohne Beratung mit dem Kabinett, sondern auch ohne Wissen Menachem Begins erfolgte.« Das soll wohl heißen, daß die israelische Armee gegen den Willen der Regierung und des Premiers West-Beirut angriff und über Wochen zerstörte. Kein Wunder, daß dasselbe Blatt, das die gezielten Desinformationen aus Jerusalem für bare Münze nahm, zu dem Schluß kam: Die israelischen Pläne für den Libanon mischten »in vollendeter Weise Naivität und Illusion.«

Sharon wurde zunächst allein verantwortlich gemacht für die Ausdehnung des Krieges über die 40 Kilometer »Schutzzone«, für die Zerstörung der Städte im Südlibanon, für die Vernichtung großer Teile West-Beiruts. Und er wird wohl auch die Verantwortung für das Massaker allein übernehmen.

Er wird das tragen können. Denn dieser Ariel Sharon hat seit seiner Jugend für alle israelischen Regierungen die Rolle des Bösewichts gespielt - und seiner Karriere damit noch stets genützt.

Schon dem Staatengründer Ben Gurion diente er als Spezialist für begrenzte Massaker. Mit seiner Spezialeinheit »101« war er zuständig für Vergeltungsaktionen, für Oberfälle auf meist wahllos ausgesuchte arabische Dörfer. Er stand schon gerade für die erste Verurteilung Israels durch den Weltsicherheitsrat im Jahr 1953. Damals hatte er den Auftrag bekommen, die Ermordung einer israelischen Frau und zweier Kinder an dem Dorf Kibya zu rächen. Ben Gurions Befehl lautete, einige Häuser in die Luft zu sprengen und »zehn bis zwölf Opfer« zu hinterlassen. Sharon ließ 69 Menschen töten, die Mehrzahl Frauen und Kinder. Die Regierung distanzierte sich von der Aktion und beförderte Sharon wenig später.

Als fünfzehn Jahre danach unter den palästinensischen Flüchtlingen im Gaza-Streifen zu Unruhen kam, wurde Sharon das militärische Kommando dieser Region übertragen. Er ließ 150 Kilometer Stacheldraht um das Palästinenser-Lager ziehen. Dann schickte er seine Leute in die Gassen des übervölkerten Camps. Am Ende der Säuberungsaktion wurden rund 200 Leichen gezählt. Natürlich distanzierte sich die Regierung wieder und erklärte sogar Sharons militärische Karriere für beendet. Sharon ging in die Politik. Er wurde der militärische Berater des Premiers Yitzhak Rabin, der weltweit als sozialdemokratische »Taube« galt. Dann gründete der Ex-Militär eine eigene Partei mit dem Namen »Friede Zions« und wurde schließlich zum Architekten des rechten Bündnisses unter Begin.

Es gibt also keine zwingenden Gründe, daß Sharon wegen des Beiruter Massakers auf die Nachfolge Begins als Premier verzichten müßte. Zumal Massentötungen, wenn sie politisch sinnvoll scheinen, nach dem Selbstverständnis der israelischen Machtelite ein legitimes Mittel offensiver Selbstverteidigung sind.

Das ist so, seit jüdische Terroristen 1948 unter dem Kommando des heutigen Premiers Begin das palästinensische Dorf Deir Yassin im Schlaf überfielen. 250 Menschen, alle Einwohner bis zum letzten Säugling, wurden erschlagen, erstochen, erschossen. Das scheinbar sinnlose und ziellose Massaker löste die Massenflucht der Araber aus dem von den Juden beanspruchten Territorium aus. Menachem Begin hat stets zu dieser Aktion gestanden. Denn ohne Deir Yassin, schrieb er, hätte es keinen jüdischen Staat mit einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit gegeben.

Die israelische Legende vom David, der immer wieder gegen eine Übermacht von Terroristen ums Überleben kämpft, hat noch stets die Realitäten israelischer Machtpolitik überlebt. Die Begins und Sharons können hoffen, daß auch über die Trümmer von Shatila und Sabra schnell Gras wachsen wird. Daß auch von diesem Expansions-Krieg nur die Legende bleibt: vorn jüdischen David, der, selbst vom einzigen Freund USA verlassen, in letzter Stunde dem existenzbedrohenden palästinensischen Terrorismus die Stirn bot.

Die Legende trotzte schon während des jüngsten Krieges dem Massenmord. Um zur Abwechslung und zum Schluß einmal die »FAZ« zu zitieren: »Israels Armee steht, klein wie David, vor dem Goliath Beirut. Soll David nun seine Schleuder einsetzen - das heißt seine Luftwaffe?«

Konkret 11/82, S. 47

Otto Köhler

Konkret-Extra
Teure Nieten: Geschichten aus der deutschen Marktwirtschaft

Vergleich, Konkurs, Geschäftsaufgabe - Bundesdeutschlands Wirtschaft steht 1982 vor einem neuen Pleitenrekord. Die Schuld daran wird den machthungrigen Gewerkschaften, den faulen Arbeitnehmern, den raffgierigen Ölscheichs und vor allem der sozialliberalen Regierung in die Schuhe geschoben (»Sozis können nicht mit Geld umgehen«). Über die Bankrotteure selbst, über das Miß- und Miesmanagement deutscher Unternehmensführer spricht kaum einer. KONKRET dokumentiert die Pleite eines Berufsstandes

Beide, die neue Regierung und das Wahlvolk, wurden - mit Leidenschaft - an der Börse gehandelt. Als die Wortbrüchigen der FDP das Schmidt-Kabinett verließen und die Hoffnung auf Kohl durch die Kontore der Industrie zog, da jauchzten unsere Aktien. »Eine Art Freudentaumel an der Börse« überschrieb die »Süddeutsche Zeitung« ihren Kursbericht und meldete: »Am gestrigen Freitag schien sich die euphorische Stimmung förmlich überschlagen zu wollen«. Auch die einzutretenden Wahlergebnisse wurden mit einer Genauigkeit von + /- 1 festgeschrieben: »Jetzt eine Woche vor der Hessenwahl sehen die Börsianer die Sache so: Sie meinen, daß die CDU vielleicht 50,5 Prozent der Stimmen, aber schwerlich mehr als 51,5 Prozent erringen könnte. Der SPD werden 33 Prozent einerseits und 34 Prozent allerhöchstens andererseits zugetraut. Die FDP hat sich in den letzten Tagen leicht verbessert und ist mit einerseits 5,5 Prozent und andererseits 6 Prozent zu hören.«

Als sich das hessische Wahlvolk nicht an diese Börsenergebnisse hielt, kam es - vorübergehend - zur Katastrophe. »Hessen-Baisse an den Börsen«, klagte die »Frankfurter Allgemeine«, und die »Frankfurter Rundschau« kommentierte: »In der schlimmsten Aktienbaisse seit 20 Jahren auf das Ergebnis der hessischen Landtagswahl drückt sich aus wie wenig sicher den Börsenprofis inzw - schen die große Wende in Bonn erscheint.« Der Defaitismus der Aktien erwies sich als unangebracht. Auf den Wortbruch der Kleinen Partei war Verlaß. Die große Wende siegte über die Wähler.

Das war's, was sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) immer gewünscht hatte. Schon zu Beginn der siebziger Jahre waren die bundesdeutschen Unternehmer gegen die Regierung Brandt in die Schlacht gezogen mit dem »Handelsblatt«-Slogan: »Leistung muß sich wieder lohnen«. In jeden Wahlkampf hatten sie Millionen und Aber-Millionen geworfen. Zur Großoffensive setzten sie rechtzeitig vor der letzten Bundestagswahl an. Gewiß, mit der Regierung Schmidt/Genscher ließ es sich eigentlich für Unternehmer auskommen. Doch die Industrie setzte aufs Ganze.

Im Juni 1979, zwanzig Tage nach der Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten und zwanzig Tage vor der offiziellen Ausrufung von Franz Josef Strauß zum Kanzler-Kandidaten der Union, traf sich der Bundesverband der Deutschen Industrie, um »Politik für die achtziger Jahre« zu machen. Schon zuvor hatte der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates Phillip von Bismarck Strauß in einem Brief bestürmt, er solle »seine historische Stunde erkennen« und sich als Kanzler zur Verfügung stellen. Wie der CDU-Wirtschaftsführer, so dachte auch der BDI. Sein im Juni '79 vorgelegter Jahresbericht war ein einziger Ruf nach Strauß - ohne daß sein Name ausdrücklich genannt wurde.

Die Wahlen von 1980 endeten bekanntlich mit einem völlig falschen Ergebnis. Das mußte die Unternehmer in unserem Land noch mehr radikalisieren. Dazu trug nicht zuletzt das unbesonnene Verhalten der Bonner Staatsanwaltschaft bei. Seit die in den diversen Spendenaffären tätig wurde, merkte man, daß der Ankauf von Regierungsmitgliedern en detail nicht genügt, man mußte das ganze Kabinett fest in der Hand haben. Und das war trotz allem mit den Sozialliberalen so nicht zu machen. Während im Westen Thatcherismus und Reagonomics als verheißungsvolle Sterne der Umverteilung von unten nach oben am Himmel aufgezogen waren, steigerte sich bei unseren Unternehmern die Sehnsucht zur Korrektur der Wahlergebnisse. »Wenn die CDU rankommt, geht's berg: auf«, zitierte im April »Bild« das Ergebnis eines Gesprächs mit dem BDI-Vorsitzenden Rodenstock. Im Mai auf der BDI-Jahresversammlung klagte Präsident Rodenstock die Bundesregierung als eine »jahrelange Fehlentwicklung der Politik« an, die »jetzt offensichtlich nicht mehr die Kraft findet, die als notwendig erkannten Kurskorrekturen überzeugend zu vertreten und mutig durchzustehen«. Gleichzeitig gingen in Nürnberg die verzweifelten Angehörigen des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU) zur ersten deutschen Manager-Demonstration auf die Straße und skandierten ihre Not: »Unsere Firmen gehen verloren, denn der Staat nimmt uns die Kohlen.« Im Juli schon fand sich eine überzeugende, überwältigende Mehrheit für den Sturz des sozialliberalen Kabinetts. 84 Prozent der Firmenchefs hielten einen Regierungswechsel für erforderlich. Das ergab eine Umfrage unter Geschäftsführern und Inhabern großer Unternehmen, die das Emnid-Institut im Auftrag des »Industriemagazins« gemacht hatte. Trotz dieses klaren Votums wurde Schmidt erst am 1. Oktober gestürzt. In kleinmütigem Vertrauen auf das Kohl-Genscher-Versprechen von Märzwahlen sind unsere Unternehmer nicht einmal sicher, daß die Regierung, die sie sich wünschten, lange im Amt bleibt. Am ersten Börsentag nach dem Kohl-Freitag jedenfalls ängstigten sich die Aktien. »Frankfurter Allgemeine« : »Die 'Kohl-Hausse' blieb aus.« Grund: »Unbehagen löste in Händlerkreisen nicht nur der hohe Dollarkurs aus, sondern auch die bevorstehende Bundestagswahl im März kommenden Jahres.«

Inzwischen hat Springers »Welt« herausgefunden, daß »die Dramatik, mit der sich die wirtschaftlichen Daten verdüstern«, Wahlen frühestens in einem Jahrzehnt zuläßt. Wörtlich: »Während sich nun die Bundesregierung daran begibt, Investitionsblockaden abzubauen und Vertrauen zu stiften, hat sie unbewußt eine weitere Investitionsblockade aufgebaut: den Wahltermin des 6. März. Unternehmen, die auf verläßliche Rahmenbedingungen für ihre Investitionen warten, werden von der Aussicht einer allenfalls fünf Monate währenden Stabilität nicht ermuntert, sondern eher abgeschreckt. Die nicht auszuschließende Vision einer 'Hamburger Mehrheit' oder gar einer rot-grünen Regierung weckt schwerlich Vertrauen. Investitionen werden nicht nach Wochen und Monaten kalkuliert, sondern normalerweise auf ein Jahrzehnt.«

Vor dem Kanzlersturz dementierte BDI-Präsident Rodenstock solche Gedankengänge noch eiligst. Auf die Frage der »Wirtschaftswoche«, ob durch einen Regierungswechsel das Investitionsklima in der Bundesrepublik verbessert werde, wehrte er sich gegen die Verleumdung: An diesem Zusammenhang öffentlich geäußerte Unterstellungen, die bisherige Investitionszurückhaltung der Unternehmer habe politische Motive, geht völlig an der Sache vorbei. Es geht allein darum, daß der Wirtschaft bisher eine hinreichende Kalkulationsgrundlage für ihre langfristigen risikoreichen Entscheidungen fehlte.«

Fein, der BDI betrachtet also nicht - so Rodenstock - Regierung oder Regierungswechsel als Kalkulationsgrundlage der Wirtschaft. Was aber ist es dann, was der Wirtschaft fehlt?

Die wichtigste Grundlage alles Wirtschaftens in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ist der tüchtige Unternehmer oder Manager. Und der ist Mangelware geworden, jedenfalls dort, wo es auf ihn ankommt. Das Institut für Mittelstandforschung in Köln hat in seinen Mitteilungen Nr. 7 (Verlag Otto Schwartz, Göttingen) die Ursachen von 2300 Insolvenzen aus der Pleitewelle von 1971 bis 1975 untersucht. Diagnose: Mißmanagement oder wörtlich: »Die Unternehmenszusammenbrüche werden mehrheitlich durch ein innerbetriebliches Fehlverhalten der Betriebsführung verursacht.« Und ganz deutlich: »Verhältnismäßig häufig« lag der Grund der Pleite »in der Persönlichkeit des Unternehmers«. Deutschlands Unternehmer sind oft dumm, faul, liederlich oder verkommen. Und manchmal sind sie sogar alles zusammen.

FLICK

Die erste Wirtschafts-Adresse unserer Republik: Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA Düsseldorf. Gründer Friedrich Flick mußte zwar wegen eines Teils seiner großangelegten Verbrechen ins Gefängnis (KONKRET 11/1981). Aber er war nicht dumm, sondern listig. Er war nicht faul, vielmehr arbeitete er von früh bis spät. Er war nicht liederlich - Parties empfand er als Greuel. Ja er war, wenn man vom moralischen Sinn des Wortes absieht, nicht einmal verkommen.

Wie anders Sohn Friedrich Karl. Das unternehmerfreundliche »managermagazin« berichtete im Juni: »Seit Monaten ist der ohnehin schwer kalkulierbare Firmenchef mit dem Spitznamen FKF noch unberechenbarer geworden. Immer häufiger flüchtet er sich in echte oder eingebildete Krankheiten und sagt kurzfristig wichtige Besprechungen mit fadenscheinigen Begründungen ab.

Die Verbiesterung des nicht allzu trinkfesten, dennoch zu häufigen Gelagen neigenden Flick droht inzwischen die Führung seines Konzerns zu beeinträchtigen. Die führenden Manager sind gegen die sich häufenden Eskapaden ihres Vorgesetzten hilflos. Obgleich sich Flick kaum in der Düsseldorfer Konzernzentrale aufhält - nach Schätzung eines Mitarbeiters nicht mehr als 20 Tage im Jahr -, behält er sich in allen wichtigen Angelegenheiten die letzte Entscheidung vor.

Um den Geschäftsbetrieb aufrechterhalten zu können, sind ständig Kuriere mit Koffern unterschriftsreifer Vorlagen unterwegs. Sie fahnden in New York oder an der Cote d'Azur, auf seiner riesigen Luxusyacht oder einer seiner zahlreichen Jagden in Österreich oder Afrika nach dem Erben. Selbst wenn die Emissäre ihren Prinzipal gefunden haben, heißt das noch nicht viel: Flick hat oft Dringenderes zu erledigen, als die Akten zu studieren.«

Das ist der Mann, dem wir alle - dank der gütigen Vermittlung des Grafen Lambsdorff - 840 Millionen, mit Zinsen weit über eine Milliarde Mark geschenkt haben. Wir haben ihm die Millionen spendiert, nachdem er für 1,9 Milliarden Mark einen Teil seiner Daimler-Aktien verkaufte, um die eigenen Neffen auszuzahlen und aus der Firma zu drängen. Weil er den Erlös angeblich »volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig« (sagt Lambsdorff und der hat gerade wieder auf unser Wohl einen Eid geleistet) anlegte, brauchte er keine Steuern zu zahlen.

Bei uns ist dieser Wohltaten-Empfänger noch immer Freund des Grafen und vor allem des Alt-Kandidaten Strauß in Bayern. Im Gelobten Land des Kapitalismus dagegen, in den USA, begegnen ihm selbst väterliche Freunde von einst, wie der Konzern-Herr Peter J. Grace, nur noch gereizt. »manager magazin«: »Der Amerikaner ließ allzu deutlich erkennen, daß er als Präsidentenberater gar nicht schätze, wie sehr sein deutscher Geschäftsfreund plötzlich ins Gerede gekommen sei. Ein Mann, gegen den Staatsanwälte wegen des Verdachts der aktiven Bestechung ermitteln, der sich zudem gegen den Vorwurf der Steuerhinterziehung durch Manager seines Hauses verteidigen muß, scheint im Freundeskreis eines Reagan-Beraters keine Bereicherung.«

Während sich der für 47.000 Arbeitsplätze verantwortliche Erbe lieber vergnügt als auch nur die wichtigsten Akten zu lesen, geht es in seinem Konzern drunter und drüber. Das Wirtschaftsmagazin »Capital«: »Das Management der angeschlossenen Gruppe Buderus in Wetzlar signalisiert der Düsseldorfer Zentrale: 'Die Entwicklung ist nicht gerade hoffnungsvoll.' Die Düsseldorfer Stammfirma Feldmühle AG meldet, 'daß in einigen Bereichen sogar mit Verlust gearbeitet wird'. Der Vorstand von Krauss-Maffei in München sieht sich außer Stande, für 1981 auch nur eine Mark an die Konzernmutter abzuführen. Die Gruppe Dynamit Nobel in Troisdorf funkt angesichts von Verlusten in zweistelliger Millionenhöhe SOS.«

Schlecht. Aber, vielleicht ist Friedrich Karl Flick nicht notwendig repräsentativ für den deutschen Unternehmer. Sein Manager und Schulfreund Eberhard von Brauchitsch ist es - nach dem demokratischen Prinzip - schon eher, denn er wurde in freier und geheimer Wahl von der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie zum Präsidenten gewählt. Die deutschen Industriellen können nichts dazu, daß er noch vor Amtsantritt an dem Tag freiwillig von der Präsidentenschaft zurücktrat, an dem ihn KONKRET (3/82) zum Häßlichen Deutschen ernannte. Sie haben es ihm auch nie öffentlich übelgenommen, daß der Staatsanwalt hinter ihm her ist wegen der merkwürdigen Zahlungsbelege »an v.B. wegen Lambsdorff« - und wie sie sonst noch alle heißen.

Kunststück, wofür von Brauchitsch wegen einiger stinkender Umstände von den Ermittlungsbehörden verfolgt wird, das macht der gegenwärtige BDI-Präsident Rolf Rodenstock in München ganz legal: er erhob von den bayerischen Firmen einen bestimmten Promille-Satz vom Umsatz und überwies das schöne Geld zu weiterer Veranlassung an CSU und CDU. Er ist schließlich Mitglied des Rotary-Clubs »zur Hebung der Sittlichkeit im Geschäfts- und Privatleben«.

WESSEL-WERK GmbH

Das ist auch sein Vorgänger Nikolaus Fasolt, den 1978 die freie Wahl zum Präsidenten des BDI als repräsentativen deutschen Unternehmer bestimmte. Er war eine begnadete Niete. In seiner kurzen Amtszeit wetterte er regelmäßig gegen die »geistige Entwurzelung« in unserer Zeit und erkannte, daß der Unternehmer der »eigentliche Neuerer« in der Gesellschaft, ja der »Träger des Fortschritts« sei. Bei seiner ersten öffentlichen Rede als BDI-Präsident analysierte er kühl, wichtiger als der materielle sei »heute der geistige Umweltschutz« gegen die »Vergiftung der Gehirne«. Doch kein geistiger Umweltschutz hinderte beispielsweise die »Zeit« daran, von »eklatantem Mißmanagement« in Fasolts Bonner Fliesen-Betrieb Wessel-Werk GmbH zu schreiben. Dieses Mißmanagement habe dazu geführt, daß »Fasolts Fliesenkundschaft das Weite suchte«. Und: »Es war auch weniger die Billigkonkurrenz, die seine Fliesen auf Halde legte, als schlechte Qualität. Und über Billigpreise anderer zu jammern, stand ihm schlecht zu Gesicht: Er selbst operierte mit Schleuderpreisen, wie erbitterte Grossisten der Keramikbranche berichteten.«

Der Präsident, der angetreten war, um die »Hetze mit der Arbeitslosigkeit« zu bekämpfen, hatte die einst hochrenommierten Wessel-Werke so heruntergewirtschaftet, daß er bald Massenentlassungen ankündigen mußte. Er fand das menschenfreundliche Wort: »Wir specken ab« - der Herr war satt.

Unrechtsbewußtsein konnte sich bei dieser hehren Unternehmergestalt nur schwer entwickeln. Noch sieben Wochen vor seinem Rücktritt als BDI-Präsident, wußte Fasolt ganz genau: »Weder die Situation in meiner Firma noch die Vorwürfe gegen meine Person beeinträchtigen meine Tätigkeit als BDI-Präsident.« Doch da war der Staatsanwalt schon hinter ihm her. Fasolt hatte nämlich eine Leidenschaft für Altpapier. Er zahlte viel Geld dafür. Eine völlig wertlose Studie über den »möglichen Aufbau eines keramischen Fliesenwerkes in Australien unter Berücksichtigung der Rohstoffversorgung« honorierte er einer »Europäischen Unternehmensanstalt« im Wirtschaftskriminellen-Asyl Liechtenstein mit 10.000 Mark. Die Anstalt war in Wirklichkeit eine Tarnorganisation der CDU und kassierte für derlei Nonsensgutachten aus der Firmenkasse des CDU-Mitglieds Fasolt insgesamt 40.000 Mark. in der eigenen Taschen des edlen Spenders bleiben auf diese Weise 15.000 Mark Steuerverkürzung. Walther Leisler Kiep - ungeklärt ob in seiner damaligen Rolle als niedersächsischer Finanzminister oder als CDU-Schatzmeister, aber jedenfalls der mit dem Unterschriftenvollautomaten - gutachtete damals, Fasolt habe »nicht bewußt rechtswidrig« gehandelt. Trotzdem trat der Fliesenchef schon nach einem knappen halben Jahr - im August 1978 - von seinem Präsidentenamt zurück. Die deutschen Industriellen reagierten auf diesen freiwilligen Abtritt eines vorbildlichen Kollegen »mit außerordentlichem Bedauern, aber auch mit Respekt und Verständnis«. Ein Jahr später hatte sein Mißmanagement die zweitgrößte Fliesenfabrik völlig heruntergebracht. Er verkaufte die Wessel-Werke gegen - die Käufer gingen auf Nummer Sicher - stimmrechtlose Vorzugsaktien.

Bauknecht

Günter Bauknecht, Fabrikant, CDU-Wirtschaftsführer und Träger des Verdienstkreuzes am Bande, hatte im Jahr, als die Sozialliberalen kamen, einen Herzenswunsch. Er hätte, sagte er 1969 vor Belegschaftsvertretern, gegen eine Rezession wie 1967 nichts einzuwenden, »weil es mir dann als Unternehmer besser geht«. Die hat er nun im eigenen Laden - er schuf mit seinem Bruder Gert die zweitgrößte Insolvenz, die es zur Zeit in unserer Republik gibt. Sie taten es aus eigener Kraft - das

Talent dazu hat ihnen der Vater nicht vererbt. »Als Gottlob Bauknecht am 9. September 1976 im 85. Lebensjahr starb«, so wirbt ihr Konzern, »hinterließ er seinen Söhnen ein in sich gefestigtes, weiter aufstrebendes Unternehmen.« Knapp sechs Jahre nur brauchten die Brüder, da hatten sie den ganzen Laden mit 12.600 Arbeitsplätzen und 1,6 Milliarden Mark Umsatz ruiniert. Immerhin, ihr Hauptziel ist erreicht: Sie waren stets von dem Ehrgeiz erfüllt, es der AEG gleichzutun.

Der Weg dorthin war nicht einfach zu vollenden. Die fleißigen Brüder mußten Tag und Nacht rackern, bis sie es geschafft hatten: Sie legten sich mit den Gewerkschaften an, indem sie die unsinnigsten Prozesse über gesetzlich längst geklärte Fragen führten. Sie vergrätzten die Geldinstitute, indem sie sie ständig gegeneinander ausspielten und so keine Hausbank fanden. Sie trieben Lieferanten mit der Rücknahme von Aufträgen in den Konkurs. Und sie überschwemmten den längst gesättigten Markt mit ihren weißen Produkten, bis sie soviel davon auf Halde legen mußten, daß es ihnen den Atem nahm. Und dann versanken sie im Sumpf: Weil ihnen die deutschen Löhne nicht paßten, bauten sie immer neue Fabriken im Ausland. Am schönsten trafen sie es in Lothringen, bei St. Avold. Die französische Regierung schenkte ihnen dort ein Grundstück. Das kam teuer. Denn es hatte Moorboden, der sich nur mit Riesenaufwand befestigen ließ. Als die Fabrik dann endlich doch stand, beschäftigten sich die Arbeiter vornehmlich mit streiken, weil ihnen die Behandlung nach Art des Hauses nicht gefallen mochte. Am Ende waren rund 100 Millionen Mark in den Sumpf gesetzt.

Ganz ungeschickt sind die Brüder allerdings nicht. Bevor sie mit dem Managen so richtig in die Vollen gingen, hatten sie zu Beginn der siebziger Jahre einen Teil des Grundvermögens der Bauknecht-Gruppe in drei Stiftungen eingebracht, deren Erträge den jeweiligen Kindern zufließen sollen. Diese schönen Stiftungen haben die Brüder nicht in die Vergleichsmasse einbezogen. Sie wollen damit jetzt im Immobiliengeschäft groß werden, sich vielleicht auch wieder, wie der Vergleichsverwalter andeutet, an der neuen G. Bauknecht Verwaltungsgesellschaft beteiligen, die künftig als Holding fungieren soll. Das ist der Lauf unserer bundesdeutschen Welt: Die nichtsnutzigen Brüder steigen wieder ein, 2.000 Arbeiter steigen aus, ihre Arbeitsplätze wurden weggemacht. Da aber der eine der Brüder auch ein CDU-Wirtschaftsführer ist, fördert die gutbefreundete christliche Landesregierung in Baden-Württemberg die Neustrukturierung der Bauknechtgruppe mit einer Bürgschaft von 25 Millionen. Der Umfang der Landeshilfe wird diskret behandelt - er soll bei 80 Millionen liegen.

Bürgschaften, so schrieb einst Wirtschaftsminister Lambsdorff seinen Landeskollegen, sind »häufig eine Prämie für Unwirtschaftlichkeit und Mißmanagement«. Die Sanierung von Unternehmen sei »in unserer Wirtschaftsordnung nicht Aufgabe des Staates; vielmehr muß prinzipiell der Markt entscheiden, welche Unternehmen fortbestehen«. Dieses Wort zum Sonntag galt werktags soviel wie jedes Wort aus seiner FDP-Fraktion: nichts. Denn für hervorragendes Mißmanagement und garantierte Unwirtschaftlichkeit ist der Graf blitzschnell bereit, tief in die Staatskasse zu greifen.

Beton u. Monierbau

Am Donnerstag, den 13. Juli 1978, stellte nachmittags Ernst Wolf Mommsen, Aufsichtsratsvorsitzender der total heruntergewirtschafteten Düsseldorfer Beton- und Monierbau, offiziell - zwei Tage zuvor hatte er schon bei seinem Freund, dem Kanzler, vorgefühlt - den Antrag auf eine Bundesbürgschaft über 50 Millionen Mark. Am Donnerstagabend legte der wirtschaftsservile SPD-Staatssekretär und spätere Finanzminister Manfred Lahnstein die Millionenanforderung aus Düsseldorf als Eilsache dem zuständigen Minister Lambsdorff auf den Tisch. Lambsdorff, wie erwähnt, ist gegen Bürgschaften, und wenn doch »in besonderen Ausnahmefällen« dafür, dann nur, wenn »begründete Aussicht« auf Gesundung besteht und wenn Bilanzen, gegenwärtige betriebliche Situation und Sanierungskonzept »sorgfältig geprüft« sind und der Bericht eines vom Staat beauftragten Wirtschaftsprüfers gegeben ist. Papperlapapp, dachte vermutlich der Graf an diesem Donnerstagabend und stimmte der 50-Millionen-Bürgschaft für den maroden Konzern sofort zu. Erst danach, am nächsten Tag, legte er den schon genehmigten Antrag der eigentlich federführenden Bürgschaftsabteilung seines Hauses unter Ministerialdirigent Fricke vor. Lediglich auf mündliche Informationen gestützt, sollte der Ministerialdirigent die Zusage entwerfen. Fricke, nicht ganz so leichtsinnig wir sein Minister, holte bei den Wirtschaftsprüfern der Treuarbeit innerhalb weniger Stunden ein Gutachten ein. Die warnten: »Wir möchten nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß von unserer Seite nicht bestätigt werden kann, daß mit der in Frage stehenden Bundeshilfe und der hierfür unbedingt zur Voraussetzung zu machenden Kapitalerhöhung das Unternehmen nachhaltig saniert ist.« Zu deutsch: Außer dem sicheren Ruin war da nichts, absolut nichts, wofür sich ein Mensch mit Verstand verbürgen konnte. Doch ihre Mühe war vergeblich. Das Fernschreiben mit der Lambsdorff-Zusage ging unmittelbar darauf um 17.10 Uhr, rund 24 Stunden nach dem Antrag auf die 50 Millionen, an die Beton- und Monierbau. Die Nonchalance des FDP-Grafen im Umgang mit Steuermillionen gedieh im Fall Beton und Monier zur schwerkriminellen Affäre. Hätte Lambsdorff - was sicherlich nie seine Absicht war - pflichtgemäß nach den von ihm selbst aufgestellten Kriterien geprüft, dann hätte er womöglich herausgefunden, warum gerade erst Beton- und Monier-Chef Heinz Friedrich Hoppe so plötzlich aus seinem Amt geschieden war. Wenige Monate später - nach dem Konkurs - wurde es allen offenbar: Vorstandsvorsitzender Hoppe hatte beispielsweise schon Anfang 1978 die Bilanz für 1977 manipulieren lassen. Die sozialliberale Landesregierung Nordrhein-Westfalens erhielt so eine gefälschte Bilanz und gewährte eine 100 Millionen Mark Bürgschaft. Immerhin war

sie klug genug und baute Bedingungen ein, die nach dem Konkurs eine Inanspruchnahme aus der Bürgschaft verhinderten.

Als das »manager-magazin« im April 1981 minutiös schilderte, wie die 50-Millionen-Bürgschaft innerhalb von 24 Stunden bei Wirtschaftsminister Lambsdorff durchgepeitscht wurde, da befragte es auch Vertreter der Unionsländer Niedersachsen und Bayern, wie denn bei ihnen Bürgschaften gehandhabt würden. In Bayern, so erzählte Ministerialrat Werner Kutscher aus dem Münchner Finanzministerium dem Hamburger Magazin, da gehe es ganz besonders streng zu: »Wir durchstöbern selbst die privaten Vermögensverhältnisse der Gesellschafter. Bürgschaft heißt bei uns, die Hose runterlassen.«

GÖTZ

Welch wundersamer Anblick mag sich da den Münchner Ministerialbeamten unter den Hosen der Götz-Metallbau-Manager in Deggendorf geboten haben. Die Strauß-Beamten waren von den Hintern der Deggendorfer Herren so entzückt, daß sie ohne Zieren eine 20-Millionen-Bürgschaft löhnten. Firmengründer Ernst Götz hatte, weil er Plus und Minus nicht auseinanderhalten konnte, sein Werk verschuldet. Er holte eine Frankfurter Unternehmensberatung ins Haus, die sein Werk sanieren sollte. Zuerst aber sanierte er sich selbst. Auf dem Umweg über Tochterfirmen schaffte er Millionen aus dem Betrieb, damit ihnen dort nichts passiere. Dann verkaufte er die marode Firma. Mitinhaber und neuer Geschäftsführer wurde Hans J. Döring von der Frankfurter Beraterfirma, der weiter sanierte, indem er sich und seinen Leuten sechsstellige Jahresgehälter bewilligte. Da war der Laden bald zu Tode saniert.

Doch bevor er sterben konnte, hängte ihn die Bayerische Staatsregierung an den Tropf und gewährte ihm die Bürgschaft von 20 Millionen Mark.

Das, was die Beamten 'Hosen runter lassen' nannten, hatte nur einen Verlust von vier Millionen für 1981 sichtbar werden lassen. Am 25. März 1982 trat die Bürgschaft in Kraft, am 12. Juli starb der Patient durch Konkurs. Zwischendrin merkte der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann angeblich »völlig überraschend«, daß die Verluste in Wahrheit 28,6 Millionen betrugen. Die Strauß-Regierung konnte das Steuergeld gut verschmerzen. Nur im Vertraue auf die staatliche Prüfung und Anteilnahme hatten die Beschäftigten der Firma Mitarbeiterbeteiligungen in Höhe von 1,5 Millionen Mark gezeichnet. Das nötige Geld hatten viele von ihnen als Kleinkredit gegen große Zinsen bei der Bank aufgenommen. Jetzt ist das Geld weg und der größte Teil der 1600 Arbeitsplätze auch. Nur der Staatsanwalt in Landshut hat mehr Arbeit. Er ermittelt gegen die verantwortlichen Herren der Firma, denen die Bayerische Staatsregierung ihren Raubzug so leicht gemacht hat. Und dabei wird er auch prüfen müssen, was als Gerücht während einer zweieinhalbstündigen Landtagsdebatte über den Fall laut wurde. Daß nämlich der CSU-Bezirkskassierer, der als »Eintreiber der Parteispenden und Verbindungsmann zum Münchner Wirtschaftsministerium« gilt, seit 1977 bei Götz ein und ausgegangen sei.

LUTHER-WERKE

Auch Birgit Breuel, die Bankierstochter (Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.) auf dem Wirtschaftsministerstuhl in Niedersachsen, gab sich als eiserne Jungfrau, als sie nach ihren Bürgschafts-Grundsätzen gefragt wurde. Ganz strenge Maßstäbe wollte sie anlegen, so erzählte sie, »Eigner und Hausbanken müssen durch eigene Risikobereitschaft ihren Glauben an die Zukunft des Unternehmens beweisen«. Und sie versprach »Ich bin wild entschlossen, nicht umzufallen.« Doch zur Weihnachtszeit 1978, da war ihr ganz anders zumute, da mußte sie sich einfach hinlegen. Denn zu Braunschweig, im Luther-Werk, war etwas geschehen, was auch dem härtesten Kapitalisten Tränen der Rührung ins Auge treibt. Walter Dietzel, geschäftsführender Vorsitzender des Braunschweiger Rüstungsbetriebes, konnte vorgedruckte Erklärungen vorweisen, die seine treuen Arbeiter unterschrieben hatten: Ach verzichte... freiwillig und unwiderruflich auf bis zu 4 Prozent Tariferhöhung im Jahre 1979, zum Zwecke der Sicherung meines Arbeitsplatzes ... « Ein Betrieb, in dem die Arbeiter so viel Einsicht und Vernunft zeigen, der war der Ministerin sofort und ohne langes Prüfen eine FünfMillionen-Bürgschaft wert. Die »freiwillige Opferbereitschaft« der vorbildlichen Arbeitsmänner mußte honoriert werden.

Kaum hatte er die Bürgschaft, da segelte Luther-Manager Dietzel - so die Gewerkschaftszeitung »metall« - »mit Volldampf in den Konkurs«. Vergebens versuchte der Luther-Betriebsrat zuvor einen Termin bei der Ministerin zu bekommen. Die Arbeitervertreter wollten die schnelle Bürgin darüber aufklären, unter welchem erpresserischen Druck Arbeiter Ende 1978 den freiwilligen Lohnverzicht unterschrieben hatten. Die Luther-Beschäftigten hatten noch kein Dezembergehalt bekommen, auch nicht die üblichen Jahressonderzahlungen. Sorgfältig in den Betrieb gesetzte Gerüchte drohten: »Wer nicht unterschreibt, der fliegt«. 90 Prozent der 650 Luther-Beschäftigten hätten den Lohnverzicht unterschrieben, verkündete Geschäftsführer Dietzel der Ministerin. Der begründete Zweifel der Betriebsräte - Dietzel weigerte sich, die Liste vorzuzeigen - interessierte Frau Breuel nicht. Ein halbes Jahr später, am 22. Juni 1979, meldete das Unternehmen, für das die Ministerin den Steuerzahler verbürgt hatte, den Konkurs an. Die wegen ihres Lohnverzichts einst staatsbürgerlich so wertvollen Rüstungs-Arbeiter drohten, wie »metall« meldete, an die DDR-Grenze zu ziehen mit Schildern: »In der BRD sind unsere Arbeitsplätze vernichtet - nehmt uns auf.«

Die Bürgschaft für den hoffnungslos überschuldeten Betrieb war kein einmaliger Sündenfall der Birgit Breuel. Ihr Land ist ein Paradies für unfähige Unternehmer. Sogar die »Frankfurter Allgemeine« schrieb in einer Aufstellung über staatliche Rettungsbürgschaften in der Bundesrepublik: »Ins Auge fällt, wie häufig das Land Niedersachsen beteiligt ist und daß sich in den meisten Fällen der Konkurs doch nicht verhindern ließ.«

NORDFERRO

Einer der Mißmanager, deren Leistung sich in Niedersachsen wieder lohnen mußte, ist der Baden-Badener Stahlindustrielle Willy Korf. Am 24. April 1981 eröffneten die Norddeutschen Ferrowerke GmbH - gegründet von Korf und der norwegischen Erzgesellschaft Sydvaranger - in Emden ihren Betrieb, ein Jahr später, am 19. Juli 1982, meldeten sie Konkurs an. Es war ein kalkuliertes Rennen in den Ruin auf Kosten der Steuerzahler und unter gemeinsinniger Beteiligung des' niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Schon bei Baubeginn war klar, daß das Unternehmen auf Sand gebaut war. Mit einer Direktreduktionsanlage wollte man mit billigem Erdgas Eisenschwamm herstellen, der in den Elektrostahlwerken den teuren Schrott verdrängen sollte. Doch damals schon ließ sich absehen, daß der Gaspreis steigen und als Konsequenz der Stahlkrise der Schrottpreis sinken würde. Seit dem 20. März 1978 wußte Ernst Albrecht, daß die Pleite kommen mußte. In der Ministerpräsidentenvorlage 423/78 warnten die Beamten der Staatskanzlei ihren Ministerpräsidenten vor der Empfehlung des Wirtschaftsministeriums, eine Landesbürgschaft von 100 Millionen zu übernehmen: »Es muß alles getan werden, um eine Zukunftsruine zu vermeiden.« Während Korfs Manager mit einem Anstieg der Stahlproduktion in der EG um 91 Millionen Tonnen auf über 220 Millionen rechneten, wiesen die Beamten ihrem Ministerpräsidenten nach, daß diese irrwitzige Zahl völlig »unrealistisch« sei. Phantastische Annahmen dieser Art enthielt die Kalkulationsgrundlage in Fülle - »Fehler, deren Korrektur«, so die Beamten, allein bis 1984 »zu Verlusten von 102 Millionen Mark führt«. Doch Keks-Spezialist Albrecht, der sich schon immer im Dienste der Privatwirtschaft verzehrt hatte, ließ sich nicht beirren. Er spendierte die 100-Millionen-Bürgschaft, Graf Lambsdorff stieß mit einer ebenso hohen Bundesbürgschaft hin/u, oben drauf gab es noch 70 Millionen - von vornherein als verloren erklärte - Investitionsbeihilfen. Kurz, wir Steuerzahler hatten unter gütiger Nachhilfe der Herren Albrecht und Lambsdorff mindestens 270 Millionen verschenkt, als Nordferro in Emden Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens stellte.

Umsonst war das nicht. Albrecht, der einst unter ungeklärten Umständen auf kaltem Weg - wie heute Kohl - in Hannover an die Macht kam, konnte noch Anfang dieses Jahres in den Wahlkampf ziehen, mit der Versicherung, daß er den Ostfriesen Arbeitsplätze geschaffen habe. 1000 Dauerarbeitsplätze sollte Nordferro schaffen. Es waren bis zur Pleite tatsächlich nie mehr als 200. Und unter den hochqualifizierten Facharbeitern, die Nordferro einstellte, waren viele, die feste Arbeitsplätze aufgaben, Arbeitsplätze, die inzwischen besetzt sind. Hätten Albrecht und Lambsdorff den zweihundert Arbeitern auch nur die Zinsen der von Korf verschleuderten 270 Millionen ausgesetzt - die jetzt Arbeitslosen könnten heute herrlich und in Freuden leben. Denn auf jeden einzelnen kämen die Zinsen von 1,35 Millionen - das macht bei einem angenommenen Zinssatz von 8 Prozent für jeden 8.400 Mark im Monat. Und das Kapital wäre noch da. Stattdessen steht Korf - Mißmanagement zahlt sich aus in unserer Republik - glänzend da. Er und Kompagnon Sydvaranger haben zusammen 30 Millionen Stammkapital und 18 Millionen Gesellschafterkapital aufgebracht, und dazu hat Sydvaranger allein noch ein 60-Millionen-Darlehen zugeschossen. Für den Baden-Badener Stahlindustriellen ein Klacks. Denn, so die »Zeit«: »Zumindest für Korf muß das Emdener Fiasko nicht zu einem Verlustgeschäft werden. Seine Tochtergesellschaft Korf Engineering GmbH hat nämlich die Direktreduktionsanlage gebaut und dafür 310 Millionen Mark kassiert.«

Doch satt ist Korf noch lange nicht. Keine drei Monate nach seiner lukrativen Pleite in Emden meldete er sich wieder zu Wort und erklärte, er m(chte, bitteschön, gern aus dem Besitz des Bundes die Diag (Deutsche Industrieanlagen GmbH) übernehmen. Jahrelang war an dem Bundesunternehmen Diag herumsaniert worden, 1979 hatte sie noch einen Verlust von 53,4 Millionen, 1980 erreichte sie endlich einen Gewinn von 4,4 Millionen - privat durch Korf müßte sie doch wieder zugrundezurichten sein. »Handelsblatt«: »Das Bundeswirtschaftsministerium hat bestätigt, daß es einem solchen Engagement durch den Stahlindustriellen Korf grundsätzlich positiv gegenübersteht.«

Natürlich vollziehen sich die Verbindungen zwischen Privatwirtschaft und Politik stets nur mit sorgfältig untereinander gewaschenen Händen. Bevor sich Albrecht als Mäzen für den Privatinvestor Korf betätigte, bemühte sich Privatinvestor Bahlsen als Mäzen für den Politiker Albrecht. Als der Dauerlächler - zuvor Beamter bei der EG in Brüssel - als CDU-Oppositionsführer im Landtag von Hannover einzog - setzte ihn Bahlsens Keksfabrik AG als Finanzdirektor bis zur Machtübernahme auf die Gehaltsliste. Rechnen hat er zwar nicht gelernt, doch er wird sich wohl bald revanchieren müssen. Denn in der Keksfabrik krümelt es an allen Ecken und Enden. Keks-Senior und CDU-Wirtschaftsführer Werner Bahlsen, der sich in bisher 78 Lebensjahren zum größten Dauerbackwarenfabrikanten der Bundesrepublik gemausert hat, ließ mit zunehmendem Alter sein Knabber-Imperium herunterkommen. »Capital«: »Das Inlandsgeschäft stagniert, so daß Kurzarbeit auch bei Bahlsen an der Tagesordnung ist. Bis zu 1.000 Beschäftigten droht sogar die Entlassung.« Man hat sinnlos Schokoladen- und Keksfabriken im In-und Ausland gekauft, die alle kräftige Verluste bringen. »Jetzt geht es um das Überleben«, sagt ein anonym bleiben wollender Bahlsen-Manager. Kurz, es ist absehbar, daß sich der Albrechtmäzen

bald an der Bürgschaftskasse vordrängelt.

DELDEN

Das ehrwürdige Do-ut-des - ich schmier dich, damit du mich auch bald schmieren kannst -ist im Lande der Sturmfesten und Erdverwachsenen längst verläßliches Prinzip christdemokratischer Regierungskunst geworden. CDU-Wirtschaftsführer Hendrik van Delden hatte 1978 durch gründliches und pflichteifriges Mißmanagement seinen Textilkonzern an den Rand des Abgrunds gebracht. Während er auf seinem Hubertushof bei Schloß Bentheim alljährlich aufwendige und mehrtägige Reiterfeste veranstaltete - 1977 war die gesamte bundesdeutsche Olympia-Mannschaft dazu eingeladen - quollen die Lager des mit häßlicher Einheitskleidung am Markt vorbeiproduzierenden Textilfabrikanten mit unverkäuflicher Ware über. In seiner Not wandte sich van Delden an einen treuen Parteifreund: Walther Leisler Kiep, der zufällig gerade als Finanzminister im Kabinett Albrecht saß. Wie es so kommt: Kiep half der in Nordhorn gelegenen Delden-Firma Povel & Co. mit einer Landesbürgschaft über 20 Millionen, und die Norddeutsche Landesbank, in deren Aufsichtsrat - auch so ein Zufall - Kiep saß, half mit großzügigen Krediten.

Die Freundschaft zahlte sich aus: Die Delden-Firma Povel & Co. - und danach sein ganzer Textilkonzern hatten plötzlich das Bedürfnis, ihren alten Versicherer, den Kölner Gerling Konzern, zu wechseln. Nicht weil der alte Gerling schon immer so eklig war. Sondern weil es da eine andere sehr sympathische Versicherungsgruppe namens Gradmann & Holler gab, bei der man eben auch einmal abschließen wollte. Wie immer man das beurteilen mochte, Kiep, der es schließlich am besten weiß, hat es als sehr unsachlich empfunden, wenn darauf hingewiesen wurde, daß er Teilhaber der Versicherungsmakelei Gradmann & Holler ist.

Und im übrigen: CDU-Wirtschaftsführer Delden hielt seinem Parteifreund, dem damaligen Minister und Versicherungsmakler, durchaus nicht ewige Treue. 1981 legte er erst einmal einen eleganten Konkurs hin, tauchte aber bald darauf als Beauftragter seiner nicht vom Gerichtsvollzieher verfolgten Ehefrau an seinem alten Schreibtisch in den neuen Auffanggesellschaften wieder auf. Das nötige Bare kam von rechtzeitig auf Schweizer Banken ausgelagertem Vermögen. Uns Steuerzahlern blieb, die 20 Millionen zu zahlen, für die Kiep uns bürgen ließ. Da aber mit dem Konkurs die Geschäftsgrundlage entfallen war, kündigte die neue Firma dem Kiep-Unternehmen Gradmann & Holler.

ROLLEI

Ähnlich lief es bei der völlig heruntergewirtschafteten Braunschweiger Kamera-Fabrik Rollei. Die Landesregierung gab die Bürgschaft, die Nord LB die Kredite, Gradmann & Holler bekam die Hälfte der Versicherung und wir - inzwischen ist Rollei pleite - dürfen jetzt die 25-Millionen-Bürgschaft zahlen.

Bei derart unsicheren Wirtschaftsverhältnissen war es schon ein Segen, daß sich der bis vor kurzem so finanzstarke Volkswagenkonzern im April 1976 dazu entschloß, Gradmann & Holler ein lukratives Angebot zu machen. VW hatte schon lange geplant, aus Ersparnisgründen eine eigene Versicherungsfirma zu gründen. Jetzt - es waren allerdings schon zwei Monate seit Kieps Amtsantritt im niedersächsischen Finanzministerium vergangen - entschloß man sich bei VW, der Kiep-Firma einen Drittelanteil an der im Entstehen begriffenen VW-Versicherungs-GmbH anzutragen. Das ging so in Ordnung, zumal Kiep auch einen Monat zuvor als niedersächsische Amtsperson in den VW-Aufsichtsrat eingezogen war.

VW

Freilich, eine Versicherung gegen Mißmanagement boten auch Gradmann & Holler nicht, und deshalb ist VW heute

dicht an den roten Zahlen, und das bei einem Umsatz von 40 Milliarden Mark. Das »manager-magazin« machte Ende August für die »Talfahrt« bei VW einen »unübersichtlichen Modellmix« verantwortlich, der die Kunden verwirre und die Kaufentscheidung hemme. Das Spitzenmodell Santana drohe ein »kompletter Flop« zu werden und auch andere neue Modelle seien »deutlich schlechter angefahren«. In den USA sei der Volkswagen-Verkauf auf ein »historisches Tief« abgesackt. Daß in Wolfsburg Kurzarbeit drohe, wurde im Juli vor der Hauptversammlung noch energisch dementiert, im September verkündeten die Schlagzeilen »Massive Kurzarbeit bei VW - alle Inlandswerke betroffen«. Und der Zwischenbericht des Vorstandes machte die traurige Mitteilung: »Wir betrachten die Entwicklung im zweiten Halbjahr 1982 mit großer Sorge. Aus heutiger Sicht kann auch im ersten Quartal 1983 kaum eine Marktbelebung erwartet werden.« Mehr als sorgenvolle Betrachtungen wird man von -dem seit Jahresbeginn amtierenden neuen Vorstandsvorsitzenden Carl H. Hahn kaum erwarten dürfen. Hahn ist sicherlich nicht schuldig an den Fehlentscheidungen seiner Vorgänger. Doch die Anhänger der unumschränkten Privatinvestition, die ihn Ende letzten Jahres aus politischen Gründen auf den Vorstandsstuhl hievten, werden, wenn es zu spät ist, auch nicht verantworten wollen, daß sie dem VW-Konzern in seiner vermutlich schwierigsten Zeit eine Niete als Chef beschert haben.

Als Hahn-Vorgänger Toni Schmücker letztes Jahr durch Herzinfarkt zum Rücktritt gezwungen wurde, gab es drei Kandidaten für die Nachfolge: seinen Favoriten, den Vertriebsvorstand Werner P. Schmidt, Daimler-Finanzchef Edzard Reuter und eben Hahn, der damals als Vorstandsvorsitzender der Reifenfirma Continental wirkte. Reuter, ein Sohn des verstorbenen SPD-Bürgermeisters von Westberlin, wurde als erster abserviert. Zwar ist er enorm tüchtig, zwar stammt er aus dem politisch unverdächtigen und erfolgreichen Mercedes-Konzern, der immerhin auch Rüstungsgüter nach Südafrika liefert, aber einen Sozialdemokraten, der noch dazu gelegentlich unkonventionelle Gedanken äußert, wollte man nicht an der Spitze des VW-Konzerns sehen. Er hätte das satte CDU-Schwarz beeinträchtigt, das vom Aufsichtsratsvorsitzenden Karl Gustav Ratjen ausstrahlt. Zusammen mit seiner Aufsichtsratskollegin Birgit Breuel boxte Kiep den Duz- und CDU-Freund Hahn durch, der sich durch eine ganze Latte von Fehlentscheidungen für sein Amt qualifiziert hatte. Der CDU-Wirtschaftsführer war schon einmal bei VW als Chefverkäufer, bis ihn der damalige VW-Chef Leiding (»Entweder der oder ich«) vom Aufsichtsrat vor die Tür setzen ließ. Hahn hatte - schon einmal - Anfang der siebziger Jahre einen Absatzrückgang in den USA verschlafen. Und er entfachte ein Chaos, als durch die von ihm überstürzt durchgeführte Umstellung auf Elektronik das Zentrale Ersatzteillager in Kassel zusammenbrach. Endlich draußen, managte er als neuer Conti-Chef auch nicht besser. Gegen die Empfehlung seines Aufsichtsrats wollte er die 50-Prozent-Tochter Clouth ganz eingemeinden - das Kartellamt schlug ihm auf die Finger. Gegen den Aufsichtsrat setzte er nach acht mageren Jahren 1980 erstmals wieder eine 2,50-Mark-Dividende durch, für das Jahr danach mußte er sie wieder streichen, weil er Conti ins Minus geführt hatte. Und auch seine erste Tat bei VW war nur deshalb kein Reinfall, weil sie mißlang. Ausgerechnet Vinzens Grothgar, West-LB-Vorstandsmitglied, der »durch Unterdrückung wahrer Tatsachen« die Bilanzmanipulation des Beton- und Monier-Chefs Hoppe gefördert hatte, wollte er zum neuen VW-Finanzchef machen - Grothgar war selbst vernünftig genug und lehnte ab.

Der alte VW-Finanzchef Friedrich Thomee war freilich auch ein toller Manager. Ihm verdankt es der Konzern, wenn er noch früher, als es Hahn allein schaffen kann, in den roten Zahlen versinkt. Der »Versager des Jahres« (»metall«), hatte sich im März 1979 zwischen Tür und Angel 55 Prozent der maroden Büromaschinen- und Computerfabrik Triumph Adler zum Phantasiepreis von 350 Millionen Mark andrehen lassen. Nochmal den gleichen Betrag mußte VW aufbringen, als 1980 der US-Konzern Litton und der Nürnberger Rüstungsindustrielle Diehl ihre Minderheitsanteile abstießen. Da war der Betrieb längst zum Sanierungsfall geworden und kostete VW bald mehr als eine Million Mark. Firmenchef Gerd E. Weers hatte sich auf seinen erfolgreichen Kugelkopf-Schreibmaschinen ausgeruht und die Entwicklung zu elektronischen Typenrad-Schreibmaschinen verpennt. Das war nur einer von seinen zahlreichen Managementfehlern, mit denen er 2.700 Arbeitsplätze in Gefahr brachte. Inzwischen sind die Triumph-Kosten für VW so stark angewachsen, daß bei der Hauptversammlung Anfang Juli schon von einem 1,5-Milliarden-Verlust durch die Thomee-Erwerbung die Rede war. Doch der hielt schon immer sein überzeugendes Mißmanagement für eine Eintrittskarte zu höheren Ehren. Er hatte sich - freilich ganz allein - Chancen für die Schmücker-Nachfolge ausgerechnet. Als dann der Aufsichtsrat den anderen Mißmanager wählte, verließ Thomée beleidigt VW.

MW

Zwei Jahre danach bemüht sich Mannesmann-Chef Egon Overbeck erfolgreich, den gleichen Fehler zu begehen wie der Wolfsburger Konzern. Im Februar 1981 stieg er Hals über Kopf bei der Computer-Firma Kienzle in Villingen ein. Der kommandogewaltige Gründer des Soldaten-Unternehmer-Kreises »Mars und Merkur« - im Krieg war Overbeck als Hitler-Major Erster Generalstabsoffizier - hatte noch im Herbst zuvor mit seiner großen Kampagne gegen die Montan-Mitbestimmung »die Axt an die Wurzel unserer Republik« (Herbert Wehner) gelegt. Ende des Jahres kam heraus, daß der Mannesmann-Mann, der für seine Manager-Künste mehr als eine Million Mark im Jahr bezieht, nicht einmal seine Privatschatulle in Ordnung halten kann. Um Steuern zu sparen, hatte er sein Geld dem bekannten Abschreibungsschwindler Jochen Erlemann anvertraut. Mit dem Kauf von der Kienzle-Apparat GmbH wollte er jetzt aber zeigen, was er - zwei Jahre vor seiner Pensionierung - für ein tüchtiger Unternehmer ist. Doch bisher gab es nur »rote Zahlen und große Sprüche« (»manager-magazin«). Der Leichtsinn, der Overbecks Privatkasse rund 20tausend Mark bei Erlemann kostete, bringt Mannesmann bei Kienzle jetzt einige hundert Millionen Verluste ein. Die Brüder Herbert und Jochen Kienzle, denen die Innovationslust fehlte, hatten ihren einst blühenden Betrieb schon ganz schön heruntergebracht, als Mannesmann, ohne lange zu prüfen, 50 Prozent ihrer Anteile kaufte. Und jetzt versuchen vom branchenunkundigen Mannesmann-Konzern bei Kienzle eingesetzte Manager verzweifelt, den Vorsprung der Konkurrenz aufzuholen. Im Februar, als mehr als 50 Prozent des Kienzle-Stammkapitals aufgezehrt waren, sprachen Experten vom drohenden Konkurs bei Kienzle. Um das Schlimmste zu vermeiden, mußte Mannesmann die unfähigen Kienzle-Brüder ganz auszahlen und aus Italien bei Olivetti einen neuen Chef für die Kienzle AG abwerben.

MAGIRUS-DEUTZ

Auch die »Deutschen Bullen« sind jetzt dank verfehlter Management-Künste italienisch und drohen einzugehen. Vor sieben Jahren brachten Klöckner-Humboldt-Deutz und die italienische Fiat den traditions- und erfolgreichen Bus- und

LKW-Hersteller Magirus-Deutz in Ulm in die gemeinsame Firma Iveco ein. In vorbildlicher europäischer Zusammenarbeit sollten für Magirus- und Fiat-Lastwagen einheitliche Komponenten geschaffen und im jeweils günstigsten Betrieb hergestellt werden. Doch statt Zusammenarbeit gab es ständigen Streit, wer welches Teil herstellen und wessen Standard sich bei der Ausstattung der Busse durchsetzen sollte. 1980 stieg Klöckner-Humboldt-Deutz aus der gemeinsamen Tochter Iveco aus und überließ sie Fiat. Von da an ging es bei Magirus vollends bergab. Die Kooperation klappte überhaupt nicht mehr. Die Deutschen klagten, Fiat liefere ihnen als Omnibus-Rohkarossen Rostlauben, deren Reparatur mehr Geld und Zeit verschlinge, als wenn man sie gleich in den deutschen Werken herstelle. Dazu kam, daß Konkurrenz Daimler-Benz mit einer ruinösen Rabattpolitik die Preise drückte. Im Sommer wurde das Omnisbus-Zweigwerk in Mainz gegen den erbitterten Widerstand der 1600-Mann-Belegschaft geschlossen. Die Busse, so hieß es, hätten bei einem Umsatz von 165 Millionen Mark einen Verlust von 72 Millionen eingefahren. Vorher gab es freilich noch drei Monate lang Verhandlungen mit einer neugegründeten Kaiserslauterner Fahrzeug- und Maschinen AG, die plötzlich vom Magirus-Verband als gescheitert erklärt wurden. Magirus-Chef Bernd Kosegarten war ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, der über das Ende von 1600 Arbeitsplätzen entschied, in Urlaub gefahren. Vermutlich nicht nach Italien. Denn der Chef der Tochterfirma versteht kein Italienisch, die Sprache der Mutterfirma. Der fleißige Manager hat nur Englisch gelernt, und dabei bleibt es.

Mißmanagement, Vergleich, Konkurs, Zusammenbruch - sie bestimmen heute das bundesdeutsche Wirtschaftsleben. Der unerfahrene Provinz-Manager Heinz Dürr hat den Weltkonzern AEG ins Aus gesteuert (KONKRET Nr. 8/82). Die Gebrüder Steidinger in St. Georgen ließen die erfolgreiche Phonofirma Dual mit Verlust und Schulden aufsitzen. Die Schneider Optik in Bad Kreuznach ist - wie Gewerkschaftszeitung »metall« berichtete - mit gefälschten Bilanzen und zwei Landesbürgschaften in den Konkurs gerast. Der Strauß-Freund Friedrich Jahn konnte seinen Wienerwald und noch viel mehr durchbringen. Inzwischen residiert der Hendl-König auf den Bahamas. Schuld ist aber nie die Unfähigkeit der Unternehmer. Schuld waren stets: die Jusos und die Judos, die Grünen und die Alternativen, der SPD-Parteitag und der Kirchentag, die Regierung und die Wahlen. Sie verdarben das Klima - und da konnten unsere zartfühlenden Wirtschaftsführer nicht mehr investieren.

So sehr sich Unternehmen und Manager durch immer neue Taten und Unterlassungen darum bemühen, das strahlende Image zu zerstören, das sie unter Deutschen genießen, es gelingt nicht: das Vorurteil, unsere Wirtschaftsführer seien intelligent und fleißig, anständig und ehrlich, will nicht verschwinden. Der 40jährige Bildhauer Bernd Schmidt-Pfeil bekam das zu spüren. Er hatte in einer Aluminiumplastik die »Deutsche Führungskraft« anders dargestellt, als sie unseren hehren Vorstellungen entspricht: mit heruntergelassenen Hosen und verängstigem Gesicht. Die Jury einer Dachauer Kunstausstellung lehnte das Werk ab, denn es könne »Verwunderung und Ratlosigkeit bei den Dachauer Besuchern hervorrufen«.

Doch die bundesdeutsche Realität entspricht längst dem Abbild. Immer mehr Unternehmen versuchen ihre Manager psychisch aufzupäppeln. In Seminaren werden sie allen am Markt verfügbaren Psychotechniken ausgeliefert. Das führt, wie das Fachorgan »manager-magazin« berichtet, zu bemerkenswerten gruppendynamischen Prozessen: »Wenn etwa die Teilnehmer des zehnwöchigen Managementkurses an der Bad Harzburger Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft um Mitternacht Steine den abschüssigen Hondenburgring hinunterkullern lassen und dabei parkende Autos beschädigen oder die Bierstube 'Alte Schmiede' renovierbedürftig demolieren, dann schafft das genauso ein Gruppenerlebnis wie der Besuch des ebenso teuren wie ordinären Amphore-Sex-Clubs in Hamburg auf St. Pauli, den unlängst die Geschäftsleitung einer schwäbischen Textilfabrik unternahm. Und wenn sich die Absolventen eines Seminars mit dem Titel 'Wie mittelständische Unternehmen ihre Zukunft sichern' in der Steigenberger Park-Hostellerie in Freudenstadt während der Übertragung eines Fußball-Länderspiels ohne Rücksicht auf ältere, um Ruhe bittende Pensionsgäste lautstark aufführten, als seien sie im Stadion, dann hat das einen ähnlichen Solidarisierungseffekt wie die Aktion, die einigen Marketingmanagern des Waschmittelkonzerns Henkel anläßlich einer Tagung in Brüssel einfiel: Sie kauften die häßlichste Prostituierte und legten sie ihrem Chef ins Hotelbett.«

Die Gruppendynamik kann aber auch in eine etwas andere Richtung losgehen: »Als Dr. Gerhard Schmidt, Wirtschaftsanwalt in Essen und Aufsichtsratsvorsitzender der Nixdorf AG vor der Geschäftsführung des Computerunternehmens unvermittelt einen Vortrag über den 'lieben Gott' hielt, bekam er, wie er sich erinnert, 'spontan Beifall'.«

Gottvertrauen - oder wenigstens einen passenden Ersatzstoff - brauchen die deutschen Unternehmer dringend.

Das Jahr 1982 wird einen neuen Pleiten-Rekord mit sich bringen. Mit der Angst der Manager vor der eigenen Unfähigkeit wachsen auch die Chancen für ein Gewerbe, das dem deutschen Unternehmer wieder Sicherheit und Selbstvertrauen bietet. Die uralte Wissenschaft der Astrologie hat in der Bundesrepublik einen unerhörten Aufschwung genommen, sie ist heute die bestflorierende Wachstumsindustrie. Die Gewerkschaftszeitung »metall« hatte im Sommer einen Reporter losgeschickt, der als vorgeblicher Firmengründer führende Astrologen aufsuchte. Was er erfuhr, war erstaunlich.

Der Frankfurter Sternendeuter Fritz Waschwill: »Ich habe viele Betriebe, die über die Astrologie von mir erfahren, wie ihre Mitarbeiter harmonieren!«. Die deutsch-ungarische Hellseherin Katalin Kottmeier, die mit ihrem Ehemann, dem

Astrologen Christian Kottmeier, eine Beratungspraxis betreibt: »Es ist doch kein Wunder, daß heute fast alle großen Firmen, auch Fluggesellschaften, das wissen wir von einem höheren Mann bei der Swissair in Zürich, auch mit Astrologie arbeiten, natürlich nicht in aller Öffentlichkeit. Wir haben selbst einige Geschäftsleute, die wir bei Einstellungen beraten, und große Firmen, wann und wo sie einkaufen sollen. Das alles kann man astrologisch wunderbar ausrechnen.« Die Hamburger Astrologin Renate Sydow betreut allein 200 Firmen mit betriebsastrologischen Beratungen. Sie hat herausgefunden, daß jede Branche ihre spezifischen Sterne hat und jede Firma, je nach Gründungstag, ihr eigenes Horoskop. Auch der Münchner Astrologe Hahn-Rostock ist überzeugt, daß er mit Hilfe der Sterne Firmen sicher durch die Fährnisse der Konjunktur führen kann. Er äußerte sich auch über seine Honorare, die je nach Betriebsgröße »zwischen ein paar hundert und ein paar tausend Mark« schwanken. »metall« weiß aber auch von Astro-Unternehmensberatern zu berichten, die bis zu 50.000 Mark Honorar nehmen. Doch auch solche Summe wird steuerrechtlich kein Problem, wenn man dem Steuerfachmann Schmidt aus dem bayerischen Finanzministerium glauben darf: »Was nicht private Ausgaben sind, sondern betrieblich veranlaßt ist, kann voll abgesetzt werden. Und das ist bei astrologischen Gutachten über Mitarbeiter der Fall.«

Trotzdem darf sich unser Staat glücklich schätzen, solange ihm nur durch Sterndeuter-Gutachten Steuerausfälle entstehen. Gefährlicher wäre es, wenn wir alle eine bestimmte Hypothek abzutragen hätten, die auf unseren Nachwuchsmanagern lastet. Der verstorbene Top-Personalberater Maximilian Schuhart hat seine Sorgen um unseren Wirtschaftsführer-Nachwuchs 1978 in einem Interview mit »Psychologie heute« so formuliert: »Wissen Sie, was mir aufgefallen ist: Die gesamte Führungsmannschaft in Deutschland bis zum heutigen Tage, alle Leute ab 40 und älter, kommen aus dem Dritten Reich. Bei Leuten aus den Kriegsjahrgängen und jüngeren ist nicht mehr die Motivation zur Führung wie einst gegeben... Das Dritte Reich hat die Menschen in ein Gemeinschaftsdenken gezwungen, auch wenn sie es gar nicht wollten. Der Krieg mit seiner Schrecklichkeit hat die Menschen zusammengeschweißt, hat bestimmte Verpflichtungen ganz knallhart herausgestellt. Die Sorge, die ich habe, ist, daß wir eine 30jährige Friedenshypothek abzuarbeiten haben. Was uns fehlt, sind jene elementaren Grunderlebnisse mit Leben und Tod, uns fehlt letzten Endes der Krieg.«

Konkret 11/82, S. 59

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche : »Bei Gott«

Der Landshuter Abgeordnete Friedrich Zimmermann trat am 4. Oktober zum Schwören an. Bei Gott leistete er einen Eid auf unser aller Wohl. Ob Gott, der alles weiß, das auf Dauer hinnimmt?

Wie gut für Friedrich Zimmermann, daß er nicht alter Skythe, nicht mittelalterlicher Sachse, sondern ein moderner Bayer mit zumindest zeitweise aussetzendem Verstand ist. Das rettete sein Leben. Meineid wurde einst bei Skythen und Sachsen mit dem Tode bestraft - Freispruch in zweiter Instanz wegen «Unterzuckerung des Blutes« gab es noch nicht. Noch im letzten Jahrhundert ging die «allgemeine Realencyclopädie für das katholische Deutschland« (1848) von der Annahme aus, daß derjenige, der das Verbrechen des Meineides begeht, «auch der gerechten Strafe Gottes anheimfällt«.

In der christlich-sozialen Union hält man heute nichts mehr von derartigem Aberglauben. An dem Abgeordneten Zimmermann hat kein Gott jemals etwas gerächt. Unfreundlich verhält sich allenfalls das große Duden-Wörterbuch der deutschen Sprache, das in Kenner-Attitude Eidbrecher ebenso beugt wie Parlamentarier. Band 4, 1978, Seite 1763: «Meineidige, der u. die; -n, -n (Dekl. siehe Abgeordnete): jmd., der einen Meineid geschworen hat.«

Als der bisherige Abgeordnete und jetzige Innenminister 1960 beim falschen Schwören ertappt wurde und in erster Instanz wegen fahrlässigen Falscheids vier Monate Gefängnis bekam, da hatte er auch sonst eine beachtliche Karriere hinter sich. Der 1925 geborene Sohn eines wohlhabenden Holzkaufmanns brachte es früh zum Bannführer der Hitlerjugend und in den letzten beiden Kriegsjahren zum Leutnant der Hitler-Wehrmacht. Drei Jahre danach war er schon in der CSU - 1947 hatte er in einer Schwabinger Brauerei den zehn Jahre älteren Franz Josef Strauß kennengelernt: «Er und die Sache haben mich überflutet.« So sehr, daß er 1979 den Mann, der in «Wirklichkeit ein Intellektueller, ein Denker, ein Historiker« ist, zum Lenker unserer Geschichte erheben wollte: «Ich glaube, daß es sich die bayerische Bevölkerung zur hohen Ehre anrechnet, wenn im übertragenen Sinn der Kurfürst Bayerns zum Kaiser der Bundesrepublik Deutschland nominiert und gewählt wird.«

Drei Jahrzehnte früher machte sich Friedrich Zimmermann erst mal selbst nüchtern ans Hochkommen. Mit 26 wurde er persönlicher Referent des bayerischen Justizministers Josef («Ochsensepp«) Müller, mit 29 Regierungsrat im der bayerischen Staatskanzlei und stellvertretender Bevollmächtigter Bayerns beim Bund. Und mit 30 gewann er als Generalsekretär der CSU eine Macht die er zu genießen wußte. Damals ging es schon einmal um den Sturz einer sozialliberalen Regierung – Wilhelm Hoegner (SPD) hatte nach der Wahl 1954, zusammen mit BHE, Bayernpartei (BP) und FDP das bayerische Kabinett gebildet. Um die Bayernpartei – damals noch eine ernsthafte Gefahr für die CSU – zu erledigen, setzte die oppositionelle Christenunion 1955 im Landtag einen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung von Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Spielbankkonzessionen durch. Tatsächlich gelang es der CSU 1957, die Regierung Hoegner vorzeitig zu sprengen. Um Wiederholungen zu verhindern, führte Zimmermann einen Vernichtungsfeldzug gegen die führenden Leute der Bayernpartei an. Die CSU warf dem BP-Vorsitzenden Baumgartner und dem ehemaligen BP-Innenminister Geislhöringer Bestechlichkeit bei der Konzessionsvergabe vor. Beweise gab es nicht. Doch da ging Generalsekretär Zimmermann zum Fischküchenbesitzer Karl Freisehner, der sich selbst um eine Spielbanklizenz bemüht hatte. Freisehner: «Herr Dr. Zimmermann erklärte, daß er im Auftrag des bayerischen Ministerpräsidenten Seidel käme, der sich die Bearbeitung der Spielbanken-Angelegenheit selbst vorbehalten habe, um mir die Vollkonzession in Bad Wiessee dann anzubieten, wenn ich ihm das Material gegen die Bayernpartei ausliefern würde und gleichzeitig durch eine Selbstanzeige ein Verfahren gegen die Herren der Bayernpartei in Gang bringen würde.«

Zwar bestritt Zimmermann später immer, eine solche Gegenleistung versprochen zu haben. Vor Gericht aber hatte Freisehner 1958 tatsächlich «furchtbare Gewissensbisse gemimt«, weil er 1956 vor dem Landtagsausschuß falsch ausgesagt habe. In Wahrheit habe er die BP-Minister Baumgartner und Geislhöringer bestochen. Zwar empfand auch das Gericht diesen Beweis als zu dünn, entschloß sich aber trotzdem zu einem – so selbst der ehemalige CSU-Ministerpräsident Hans Ehard – «barbarischen Urteil«. Wegen falscher Aussagen in unbedeutenden Nebenpunkten bekamen Baumgartner zwei Jahre Zuchthaus und Geislhöringer 15 Monate Gefängnis – die Bayernpartei war vernichtet.

Inzwischen war Zimmermann selbst wegen Meineids auf der Anklagebank gelandet. Weil er beschworen hatte, daß er sich nie um belastendes Material gegen die BP-Leute bemüht habe, wurde er wegen fahrlässigen Falscheids zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Jahr später ereilte ihn ein Freispruch dritter Klasse, der für den heutigen Innenminister ebenso tödlich sein müßte wie das Ersturteil: »Es kann keine Rede davon sein, daß die Unschuld des Anklagten erwiesen wäre.« Doch Gutachter hatten bestätigt, daß er beim falschen Schwören wegen einer »Überfunktion der Schilddrüse«, die zur »Unterzuckerung des Blutes« führte, an »verminderter geistiger Leistungsfähigkeit« gelitten habe. Seiner geschäftlichen Leistungsfähigkeit tat die Schilddrüse keinen Abbruch. Er wurde Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Bundestag und gleichzeitig auch Aufsichtsratvorsitzender und Anteilshalter der »Bayerischen Union – Wohnungstreubau und Baubetreuungs-GmbH«, die mit der Bundeswehr Geschäfte machte. In der eigenen Partei galt er damals als »Hauptakteur

eines Unternehmens, das sich Lumpereien erlaubt«. Doch nach der Zahlungsunfähigkeit der Firma, »die vor dubiosen Praktiken nicht zurückschreckt«, besann sich der Akteur auf Moral nach Zimmermannsart: »Manchmal muß man sich die Hände dreckig machen. Aber dann muß man sie sich eben wieder waschen.«

Jetzt wird im Bonner Innenministerium der Wasserverbrauch anschwellen. Denn der neue Minister , der auch schon in der ersten Amtswoche sein Haus von Freunden des Koalitionspartners Genschers reinigte, ist für alles zuständig, was einem sauberen Politiker die Hände schmutzig machen kann: für innere Sicherheit, Verfassungsschutz, Berufsverbot, Umweltschutz, Asylgewährung, Datenschutz, Medienpolitik, Katastrophenschutz und noch viel mehr bis hin zu »kulturellen Angelegenheiten« wie Bundesfilmpreis und die Stipendien der Villa Massimo.

Das »Ja« zur Verjährung von Nazi-Verbrechen ist ihm ebenso wichtig wie das »Ja« zur Neutronenbombe. Für Sozialdemokraten – Charlotte Nieß – fordert er Berufsverbot, ehemalige KZ-Wächter – wie Peter Brückelmeier – sucht er als CSU-Kandidaten für den Landtag durchzusetzen. Aus welchem Geist dieser Mann das Innenministerium zu führen gedenkt, das hat er schon 1977 zum Tag der Menschenrechte bekannt. Damals verurteilte er die »Diffamierung einer Militärregierung wie der chilenischen« und bezeichnete die Folterjunta als «notwendig, solange die Gefahr besteht, daß ihre Ablösung der politischen Unfreiheit des einzelnen« – die für ihn leicht zu verschmerzen ist – »auch wieder die wirtschaftliche Unfreiheit« hinzufügen würde.

Ach ja, Journalisten, die sich auf Zimmermanns gesprochenes Wort verlassen müssen, können sich leicht Ärger einhandeln. Wie, wenn der auch für Kulturelles zuständige Minister – plötzlich von der toten Dichterin Gertrude Stein angeturnt (»Eine Rose ist eine Rose ist eine Rose«) – mündlich verlautbart: »Mein Eid ist mein Eid ist ...«

Schreibt dann der informierte Berichterstatter am Satzausgang mein klein und Eid groß oder mein groß, Eid klein und beides in einem Wort?

Konkret 11/82, S. 60

John Mittelstrass

Einfach liquidieren

KONKRET enthüllt: Geheime Mord- und Terrorpläne des Bayrischen Innenministerium

Seine Angaben zur Person waren noch einigermaßen präzise: »Dr. Kollmar, Hans. 53 Jahre alt, Rechtsanwalt. 6740 Landau. Mit Herrn Langemann nicht verwandt und nicht verschwägert.«

Was er nicht sagte, war: Ehemals Kriminaldirektor beim Bundeskriminalamt (BKA), bis vor einiger Zeit Inhaber einer Wirtschaftsauskunftei, einer Detektei, einer Firma für Lauschabwehr.

Kollmars Stimme war leise und seine Antworten ausweichend. »Herr Zeuge«, so der Vorsitzende des Langemann-Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag in der 26. Sitzung. »Herr Zeuge, sind Sie gesundheitlich nicht in der Lage, lauter zu sprechen?«

Sprechen sollte der ehemalige BKA-Direktor Dr. Hans Kollmar über seine vielfältigen Beziehungen zu dem suspendierten Bayerischen Staatsschutzchef Dr. Hans Langemann. Eine Routinebefragung, so schien es anfangs. Doch am Ende kam etwas heraus, das wohl brisanter ist als alles bisherige in der Langemann-Affäre.

Aus den Unterlagen, so deutete der stellvertretende Ausschußvorsitzende Hiersemann (SPD) an, gehe hervor, daß Kollmar im Sicherheitsbereich intensiv mit Langemann zusammengearbeitet habe. »Welcher Art war denn diese Zusammenarbeit?«

Kollmar: »Wenn Sie wollen, auf freiwilliger, persönlicher Basis.«

Hiersemann: »Ich meine: inhaltlich welcher Art?«

Kollmar: »Ich möchte das nicht konkretisieren, bin aber bereit, das ein bißchen konkreter zu fassen: Unter Ausschluß der Öffentlichkeit.«

Um 15.43 Uhr wurde die öffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses unterbrochen. Es ging in geheimer Sitzung weiter.

Da packte der Dr. Kollmar dann aus. Den Abgeordneten hätte es die Sprache verschlagen müssen, was der ehemalige BKA-Direktor offenbarte. Eine Terroristengruppe wollte er nämlich gründen., der ehemalige Direktor des Bundeskriminalamtes. Eine Terroristengruppe mit dem Ziel der Terroristenbekämpfung.

Im geheimen Protokoll des Untersuchungsausschußprotokolls ist Dr. Kollmars Aussage festgehalten:

Er habe zwei Pläne zur Bekämpfung bestimmter Erscheinungsformen der Kriminalität exakt ausgearbeitet. Es seien dieses besonders lästige Erscheinungsformen der Kriminalität gewesen. Er habe vorgeschlagen, diese nicht mit den üblichen Polizeimethoden zu bekämpfen, sondern auf nachrichtendienstliche Weise. Er habe ein Programm entwickelt, das nicht auf einen Monat begrenzt war. Er habe damals zehn Monate angesetzt für eine bestimmte Maßnahme und gesagt, daß der eigentliche Effekt erst nach etwa zwei Jahren eintrete. Dazu habe er auch einen genauen Zeitablaufplan vorgelegt.

Und dann sprach Kollmar Klartext: Er habe dem Dr. Langemann vorgeschlagen, eine Gruppe von zwei oder drei Mitarbeitern zu etablieren, die als Terrorgruppe aufgebaut werden solle, im Parallelgang zu bestehenden terroristischen Vereinigungen:

Damit war es heraus: Der ehemalige BKA-Direktor Kollmar schlug dem höchsten Bayerischen Staatsschützer die Gründung einer terroristischen Vereinigung vor. Kollmar begründete das vor dem Untersuchungsausschuß mit den Schwierigkeiten, Agenten in Terroristengruppen einzuschleusen. Es wisse, daß das nicht gehe, daß so etwas gefährlich sei. Deshalb habe er vorgeschlagen, eine isolierte Terroristengruppe zu bilden, die mit der Zeit von sich reden macht.

Wie Dr. Kollmar sich das vorstellte? Wenn die geplante Gruppe in den terroristischen Kreisen bekannt genug sei, dann würden sich von selbst Kontakte zu anderen Gruppen ergeben. Dann könne man von der Seite her in diese »echten« Terroristengruppen einsteigen. Er, Kollmar, habe exakt im Detail ausgearbeitet, welche taktischen Maßnahmen erforderlich seien, wie da genau vorgegangen werden müsse. Es sei nicht bloß eine spinnerte Idee gewesen. Und er habe das deswegen Herrn Langemann vorgeschlagen, weil er ihn in seiner nachrichtendienstlichen Denkweise für ausgezeichnet gehalten habe, für einen Mann, der so etwas begreift, der so etwas aufnimmt, und der es vielleicht in einer sinnvollen Weise »zu unser aller Besten weitergeben kann«.

Ob den Mitgliedern der Untersuchungsausschusses wirklich klar geworden ist, was der ehemalige BKA-Direktor Dr. Kollmar da seelenruhig und in seiner stillen Art zu Protokoll gab, ist eher zweifelhaft. Aus dem geheimen Teil des Ausschußprotokolls ist jedenfalls nicht zu entnehmen, ob dem Dienstherrn Langemanns, Bayerns Innenminister Gerold Tandler, dieser Plan vorgelegt worden ist. Es fragte auch keiner nach, ob Tandler einen solchen Plan möglicherweise

gebilligt hatte. Es gibt auch keine Meldungen darüber, daß irgendeines der Ausschußmitglieder Strafanzeige gegen Dr. Kollmar erstattet hätte - wegen »Gründung einer kriminellen Vereinigung«.

Erst nach der Veröffentlichung einzelner Zitate aus Dr. Kollmars Schilderung vor dem Untersuchungsausschuß in der NDR-Fernsehsendung »Panorama« griff die Staatsanwaltschaft ein. Sie eröffnete ein Ermittlungsverfahren - aber nicht, wie in einem Rechtsstaat wohl zu erwarten wäre, gegen Dr. Kollmar und Dr. Langemann - sondern »gegen Unbekannt«; mit dem Ziel, herauszufinden, wer die Zitate aus den geheimen Ausschußprotokollen weitergegeben hatte.

Nicht die kriminelle Tatsache wird , verfolgt, sondern die Veröffentlichung derselben.

Tatsächlich gibt es Anhaltspunkte dafür, daß zumindest erste Schritte unternommen wurden, um den Terroristenplan des Dr. Kollmar in die Realität umzusetzen. Kollmar bemerkte nämlich in der Geheimsitzung des Ausschusses noch, daß er eine Person aus dem terroristischen Umfeld angesprochen habe, um diese für seine Drei-Mann-Terroristen-Truppe zu gewinnen. Weitere Aufklärung gibt ein Brief, den Dr. Langemann am 13. Juni 1978 an Dr. Kollmar schrieb. Darin heißt es: »Den mir mitgeteilten Namen aus der Terroristenszene habe ich prüfen lassen und muß Ihnen mitteilen, daß es sich hierbei um ein außerordentlich gravierendes Projekt handeln könnte. Näheres bei unserer Besprechung demnächst, hier.«

Auf den »Namen aus der Terroristenszene«, möglicherweise identisch mit jener Person, die Dr. Kollmar für seine Terroristenpläne anvisiert hatte, war der Ex-BKA-Mann durch Zufall gestoßen. Ein Mitarbeiter aus seiner Firmengruppe INFO/ ORG hatte 1978 in seinem Auto einen Anhalter mitgenommen. Dieser gab sich im Verlaufe eines langen Autobahn-Gespräches als Terroristen-Sympathisant zu erkennen. Kollmar ließ den Namen außer durch Langemann auch durch das Bundeskriminalamt in Wiesbaden abchecken und erhielt die Mitteilung, daß der Betreffende in den dortigen Computern (Pios) elfmal registriert sei. Kein unbeschriebenes Blatt also und sicher geeignet als Mitglied einer Anti-Terroristen-Terroristentruppe.

Wie sich die Geschichte weiter entwickelte, ist noch unbekannt. Sicher ist aber schon jetzt: Pläne von Geheimdiensten, mittels »Agent Provocateurs« in die Terroristenszene einzudringen, diese zu Taten zu animieren, sogar selbst daran mitzuwirken, sind so außergewöhnlich nicht, wenn auch bisher niemals in der von Kollmar vorgetragenen Größenordnung ausgeführt worden. Aktionen etwas geringeren Kalibers hat es schon gegeben. Bekanntgeworden ist zum Beispiel der Fall des Verfassungsschutzagenten Peter Urbach, der im Auftrage des Berliner Landesamtes Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre Bomben aus dem Arsenal seines Amtes an terroristische Gruppen verteilte, auch mal bei Aktionen Schmiere stand und sogar Waffen an die sich gerade formierende RAF verkaufte.

Insofern lag der terroristische Plan des Ex-BKA-Direktors Kollmar durchaus nicht so weit außerhalb des Spektrums »normaler« bundesdeutscher Geheimdienstoperationen. Daß nicht alle terroristischen Anschläge der vergangenen Jahre auch tatsächlich auf das Konto von Terroristen gehen, ist ohnehin ein verbreiteter Verdacht - nicht nur in Kreisen eingefleischter Konspirationstheoretiker.

So gibt es eine ganze Reihe von Anschlägen, zu denen sich nie eine der bekannten terroristischen Gruppierungen bekannt hat. Oder es gibt Attentate, für die gänzlich unbekannte Gruppen die Verantwortung übernommen haben.

o Ein Sprengstoffanschlag auf das ehemalige Geologische Institut der Hamburger Universität am 15.4.81. Sachschaden: etwa eine Million Mark. Der Fall ist bis heute nicht geklärt.

· Ein Bombenanschlag in der Kölner Innenstadt im Dezember 1980, für den niemand die Verantwortung übernahm.

· Der Sprengstoffanschlag auf das Bundesarbeitsgericht in Kassel am 23. März 1980, zu dem sich eine bis dahin nie in Erscheinung getretene »Revolutionäre Zelle in der IG Metall« bekannte.

Natürlich kann hier nicht behauptet werden, daß diese Anschläge von der geplanten Kollmar-Truppe verübt worden sind. Wenn aber Dr. Kollmar vorgehabt hatte, daß seine Terroristengruppe »mit der Zeit von sich reden« macht, dann wären Anschläge der angeführten Art dafür geeignet gewesen.

Die Ausschußmitglieder hätten vorgewarnt sein müssen. Ihnen waren nämlich umfangreiche Dokumente bekannt, die Polizei und Staatsanwaltschaft in Langemanns Keller-Versteck gefunden hatten. Aus diesen Unterlagen ging haarklein hervor, worin die Zusammenarbeit des höchsten bayerischen Staatsschützers mit dem Ex-BKA-Mann Kollmar bestand.

Und das war schon abenteuerlich genug. Der Jurist Dr. Hans Kollmar war in den siebziger Jahren, nach einem Gastspiel in der Vorstandsetage eines Versicherungskonzerns, zum Bundeskriminalamt übergewechselt. Eine berufliche Veränderung, wie sie recht selten ist und durchaus auf frühere Geheimdienst-Beziehungen Kollmars hindeutet. Beim Bundeskriminalamt sollte Kollmar eine Abteilung für die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität aufbauen, was aus irgendwelchen Gründen so recht nicht von der Stelle kam. Stattdessen betätigte er sich im Sektor der V-Mann-Führung, also der verdeckten Fahndung. Nach einigen Jahren im BKA-Dienst schied Kollmar aus und baute - mit dem Segen seiner Dienststelle ausgestattet - mehrere private Sicherheitsfirmen auf.

Eine davon, die INFO, war eine Art Detektei, die vorwiegend im Auftrage von Wirtschaftsunternehmen arbeitete. Diese Firma existiert heute noch, doch hat Dr. Kollmar nichts mehr mit ihr zu tun. Eine zweite Kollmar-Firma war die ORG, eine Wirtschaftsdetektei, die Mitarbeiter in Unternehmen einschleusen sollte, um kriminellen Machenschaften des Personals auf die Schliche zu kommen. Die Abkürzung ORG bedeutet »Organisations- und Revisions-Gesellschaft«, das Kürzel ist aber auch identisch mit dem Namen der Vorläuferorganisation des Bundesnachrichtendienstes, der »Organisation Gehlen«. Sentimentalität eines alten Geheimdienst-Mannes?

Eine weitere Kollmar-Firma war die INFO Sicherheitstechnik, die sich auch mit der Abwehr von Lauschangriffen befaßte. Besonders für dieses Unternehmen kaufte Kollmar eine Reihe ehemaliger Polizei- und Geheimdienstleute ein. So warb er vom Militärischen Abschirmdienst der Bundeswehr (MAD) einen der 18 bundesweit tätigen Abhörspezialisten ab. Dieser Mann konstruierte bei Kollmar ein Anti-Lauschgerät mit dem Namen »RG 100«. Dieser »Rauschgenerator« und seine verfeinerten Nachfolgemodelle wurden der kommerzielle Renner der INFO Sicherheitstechnik. Der MAD kaufte das Gerät .gleich dutzendfach ein. Kollmars Kontaktmann beim MAD war der dortige »Chef-Wanzenleger«, der zu tun gehabt haben soll mit dem Lauschangriff auf die Sekretärin des ehemaligen Bundesverteidigungsministers Leber.

Guter Kunde Kollmars war auch das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz. Dorthin verkaufte er das Anti-Lauschgerät für den Senat, der damit sein Gästehaus »abhörsicher« machte.

Kollmars Anti-Lauschgerät war mit minimalen Veränderungen auch als Abhöranlage zu verwenden. So kam es vor, daß das Gerät an Geheimdienste ausgeliehen wurde und »defekt« zurückkam. »Defekt« heißt in diesem Zusammenhang, daß das Gerät für den eigentlichen Zweck, die Lauschabwehr, ungeeignet war, nicht aber für das Gegenteil, das Abhören. Ein solch »defektes« Gerät kam z. B - nach einer leihweisen Erprobung vom Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz zurück. Und ein dem BND zu Testzwecken überlassenes Gerät kam sogar völlig unbrauchbar zurück. Dort hatte man mit einem starken Stromstoß, der durch das Gerät gejagt wurde, erreicht, daß nicht mehr festzustellen war, wie und auf welche Weise das Lauschabwehrgerät manipuliert worden war.

Umgekehrt erhielt die Kollmar-Firma auch hochgeheime nachrichtendienstliche Anlagen bundesdeutscher Geheimdienste zwecks Erprobung zur Verfügung gestellt. So soll sich zum Beispiel einmal ein komplett hochmodern ausgerüsteter Observationswagen des Bundeskriminalamtes bei dem Kollmar-Unternehmen befunden haben. Ähnlich vertrauensvoll schickte der Militärische Abschirmdienst seine klassifizierten (also geheimen) Nachrichtenausrüstungen bei Kollmar vorbei.

Auch zum Bonner Außenministerium hatte Dr. Kollmar erstklassige Beziehungen. Im Auftrage von MAD und Auswärtigem Amt reiste ein Kollmar-Techniker in Begleitung bundesdeutscher Geheimdienstler nach Monrovia, um die dort stattfindende Konferenz der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) gegen Lauschangriffe abzusichern. Die Kosten dazu wurden aus Mitteln der Entwicklungshilfe bestritten. Über diese und andere Tätigkeiten hielt Kollmar seinen Spezi Dr. Langemann ständig auf dem laufenden. So findet sich in den Langemann-Unterlagen ein handschriftlicher Vermerk: »Heute mit Dr. Kollmar hier gesprochen. Steht mit seinen (MAD-Technikern zur Schulung zur Verfügung. Bemerkte, im Auftrag BmfVtg. (Bundesministerium für Verteidigung) u. AA (Auswärtiges Amt) Lauschabwehr der OAU-Konferenz in Liberia unter Entsendung eines Technikers betrieben zu haben. «

.Wer, warum und wofür von Kollmars Technikern in Sachen Lauschabwehr geschult werden sollte, ist bisher unbekannt. Ob es sich auch tatsächlich um *Lauschabwehr gehandelt* hat, ist ebenfalls nicht sicher. Sicher ist, daß jeder Fall illegalen Abhörens von Kollmar aufgegriffen wurde, um seine segensreichen Geräte an den Mann zu bringen. Seine Ehefrau Waltraut, in den Unternehmen ebenfalls aktiv, schrieb Briefe an den Bayerischen Innenminister Tandler sowie an dessen Chef, Strauß, und bot Hilfe gegen Abhörmaßnahmen an. Dabei wies sie ausdrücklich auf die damals erst kurz zurückliegende Telefonabhöraffäre Strauß-Scharnagel hin - die Schlagzeilen machte, aber nie aufgeklärt wurde.

Diese Affäre wird übrigens mit einigen bemerkenswerten Sätzen in einem Buch erwähnt, das ein Journalist namens Heiner Emde (»Quick«) für den Bastei-Lübbe-Verlag schrieb. Titel: »Die geheimen Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland«. Bei der Untersuchung des Falles Strauß/Scharnagel sei das Verhalten der MAD-Gruppe VI (München) überprüft worden. Dabei sei festgestellt worden, daß während der fraglichen Zeit bei dieser MAD-Gruppe kein zum Telefonabhören geeignetes Gerät ausgeliehen worden sei, zumindest sei das nicht feststellbar gewesen. »Aber«, so Emde in seinem Buch, »der MAD (und ebenso Verfassungsschutz, BND und BKA) leiht sich bisweilen auch aus, was er selbst nicht hat: Richtmikrophone und >Wanzen<, Kleinstrekorder und Vorrichtungen zum induktiven Einschalten in eine Leitung. So kann sich ein MAD-Angehöriger >zum Zweck der Information oder Erprobung< Abhör-Einrichtungen auch von privaten Elektronik-Firmen borgen. Da freilich solches Gerät nicht Eigentum des Bundes wird, ist sein Bestand nicht erfaßt.« Und weiter: »Wird solches Gerät ohne schriftliche Unterlage überlassen oder übersandt und ohne formellen Erprobungsauftrag getestet und endlich formlos zurückgegeben, dann gibt es keinen Nachweis, daß und welches Leihgerät sich zu welchem Zeitpunkt im Besitz des MAD befand.«

Emdes Buch wurde - das nur nebenbei - nach Langemanns Aufzeichnungen mit 4.000 DM aus dem Etat des Bayerischen Innenministeriums, Abteilung »Positiver Verfassungsschutz«, also aus Langemanns Etat, subventioniert.

Mit der Verbindung zwischen Langemann und Dr. Kollmar

sind wir im Zentrum der »schwarzen Seilschaft« ehemaliger Angehöriger von Geheimdiensten, der rechten Presse und gewisser CDU/CSU-Kreise. »Eine Art privater Geheimdienste der CSU und des Herrn Strauß«, wie es der stellvertretende Ausschußvorsitzende Hiersemann (SPD) in der auf mysteriöse Weise verschwundenen und später rekonstruierten Fernseh-Sendung »Panorama« formulierte. Nicht fehlen bei dieser Kumpanei darf der »Quick«-Mitarbeiter Paul Limbach. Zusammen mit Buch-Autor Emde veröffentlichte Limbach übrigens die MAD-Abhöraktion gegen Lebers Sekretärin in der »Quick«.

Aus einem Vermerk Langemanns geht hervor, womit sich das Trio Langemann-Kollmar-Limbach u.a. befaßte. Am 24. September 1977 traf Langemann in München mit Kollmar zusammen. Thema: »Organisations- und Funktionsformen der Terroristenabwehr/Positiver Verfassungsschutz«. Originaltext Langemann:

»Zeitweise nahm H. Limbach an dem Gespräch teil. Die neue Ausgabe der 'Quick' wurde festgelegt, soweit Themen des Sympathisantenfeldes usw.' betroffen waren. Limbach regte an, die Entlassungstermine der jetzt einsitzenden Terroristen zusammenzustellen und dieses Material im Hinblick auf deren sichere 'Rückfalltendenz' polemisch-publizistisch aufzubereiten. (Sicherungsverwahrung).

Es wurde vereinbart, daß die im Rahmen I F 3 (also Langemanns Referat 'Positiver Verfasgungsschutz') hier erwarteten TV-Einrichtungen, Geräte, Videorekorder der INFO-Gruppe zunächst leihweise überlassen werden, bis deren Eigenausstattung auch in Bayern gesichert ist.«

Geräte also, die auf Kosten des Steuerzahlers angeschafft wurden, sollten der Kollmar-Truppe überlassen werden - zu welchem Zwecke auch immer. Kollmar beabsichtigte nämlich, in Bayern eine Filiale seiner Unternehmungen zu gründen, um mit dem bayerischen Staat besser ins Geschäft zu kommen. Eine passende Adresse wurde auch bald gefunden: München, Drygalskiallee 118. Bei der Suche dürfte Langemann eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Die Eigentums-Wohnung gehört nämlich ihm selbst; seine Stieftochter Sissy war dort ansässig.

Aus Langemanns Unterlage geht auch hervor, was er und Kollmar eigentlich planten. Ganz genau beschreibt Kollmar das in einem Papier, das den »Aktionsradius« seiner Firmen aufblättert und das er Langemann zustellte: Über seine Firma in Bonn schreibt Kollmar:

»Die in über zwei Jahren gesammelten operativen Erfahrungen reichen aus, um auch gezielte Aufgaben des Staatsschutzes durchführen zu können. Die Firma könnte ferner als Basis dienen für die Ausbildung in der konspirativen Arbeit.«

Die Firma in Landau/Pfalz...

» ... besitzt eine technische Abteilung, in der Alarmanlagen sowie Lauschabwehrgeräte entwickelt, produziert und verkauft werden. Außerdem führt sie in bisher geringem Umfang Entwicklungs- und Fertigungsarbeiten für die Bundeswehr durch.

Die Firma ließe sich auch für andere Dienste einsetzen, um die deutschen Dienste mit der Zeit von amerikanischer Technik unabhängiger zu machen und technisch besser abzuschotten.«

Assekuranzfirma in Wiesbaden:

»Diese Firma eignet sich besonders gut als Basis für In- und Auslandsoperationen da sie als Personengesellschaft dem Einblick Dritter weitgehend entzogen werden kann.«

Fürwahr ein weiter Aktionsradius, den man wohl nur mit dem Wort »Privater Geheimdienst« bezeichnen kann.

Für die Finanzierung dieser und ähnlicher Aktivitäten sollte - wie könnte es anders sein - wieder der Langemann-Etat »Positiver Verfassungsschutz« herhalten. Dafür gab es zwei Möglichkeiten: entweder einen größeren Betrag direkt zu überweisen oder aber kleinere Betrage zu staffeln. Die pauschale Honorierung hatte den kleinen Schönheitsfehler, daß sie durch den Landtag gehen mußte. Doch Dr. Kollmar, so ein Langemann-Papier, »kann einer möglichen Erörterung seiner Firmengruppe im Landtag keinen Gefallen abgewinnen« .

Aus diesem Grunde wurde der in Aussicht genommene Pauschalbetrag von (erstmal) 18.000 DM nicht gezahlt. Stattdessen, so ein weiteres Langemann-Papier, »wurde Übereinstimmung erzielt, den in Aussicht genommenen Zuschußbetrag nunmehr fallweise auf Projekte des Positiven Verfassungsschutzes zu verteilen«. Dazu, so schreibt Langemann auf, habe der Herr Amtschef seine Zustimmung erteilt. So wird ein Parlament betrogen.

Natürlich war der in Aussicht genommene Betrag von 18.000 DM nicht gedacht für den im Kollmar-Papier geplanten Aufbau eines Privatgeheimdienstes – oder gar die Etablierung der Kollmarschen Terroristengruppe. Für den Anfang ging es lediglich um die »Steuerung publizistischer Maßnahmen«, im Klartext wohl eher als die Verteilung von Schmiergeldern an Journalisten zu bezeichnen. Ein Langemann-Vermerk aus dem Jahre 1979 gibt Detail-Informationen:

»Im Verfolg der laufenden Projekte über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes

· Anti-Terror

· Anti-Spionage

· Anti-Subversion (vor allem auch von 'Rechts')

ist eine Staffel von 10- 12 Veröffentlichungen in Vorbereitung bzw. bereits im Stadium der Bearbeitung,

Eine fachliche Einflußnahme ist notwendig. Zur Durchführung dieser Steuerungsmaßnahme sollen Multiplikatoren eingesetzt werden (3 x je DM 1.000,- und 1 x DM 1.500,-).

Die Angelegenheit ist zuletzt am 20.3 1979 mit den Beteiligten und dem in die allgemeine Aufsicht über die Zweckmäßigkeit der verwendeten Gelder eingeschalteten Dr. Hans Kollmar (Info GmbH) in Frankfurt einvernehmlich erörtert worden.«

Wohl in Erwartung höherer Zuschüsse erkannte Dr. Kollmar schriftlich die »Vereinfachten Grundsätze für Zuwendungen des Staates bis zu 25.000 DM bei Projektförderungen« an.

Tatsächlich tat Dr. Kollmar sogar gelegentlich etwas. So begutachtete er obskure Planungen obskurer Personen, die zum Teil noch nicht einmal existent waren. Wo die an diese fiktiven Personen (zum Beispiel Prof. Kinsky, Jonas oder Dr. von Corneli) überwiesenen Staatsgelder in Wahrheit geblieben sind, ist - wie so vieles - immer noch unklar.

immerhin existent und mit Adresse versehen ist der vierte im Geheimdienst-Bunde: der Freiherr Hans Christoph von Stauffenberg. Dieser ehemalige BND-Mann unterhält in München einen streng geheimen Informationsdienst mit kleinstem Verteiler (u.a. Strauß/Tandler etc.). Langemann belieferte Stauffenberg mit Informationen und auch mit Geld aus seinem Etat. Stauffenberg gab seinerseits Gelder (insgesamt etwa 300.000 DM) an Langemann weiter beziehungsweise zurück, die dieser wiederum an seine »Informanten« weitergab. Belege dafür gibt es nicht.

Stauffenberg wurde im Auftrag Langemanns von Dr. Kollmar »kontrolliert«. Das geht aus einem Brief Stauffenbergs von 1979 an Langemann hervor:

»Inzwischen hat sich in Ihrem Auftrag auch der Inhaber der ORG/INFO-Revisionsgesellschaft, Herr Dr. Kollmar, bei mir gemeldet und hat prüfungshalber Einblick in unser 'Sonderprogramm' genommen. Er wird Ihnen sicherlich bald berichten, und, wie ich hoffe, in positivem Sinne.«

Der Bayerische Innenminister Tandler hat eine Kopie dieses Briefes bekommen und war damit erneut über die herausgehobene Stellung Kollmars unterrichtet.

Natürlich erhielt Stauffenberg sein Geld, wohl kaum weniger als im Vorjahr 1978. Und da waren es 60.000 DM.

Stauffenberg war schließlich auch einer der wertvollsten Mitarbeiter Langemanns. Der ExGeheimdienstler belieferte Langemann immer wieder mit brisanten Informationen und mit Vorschlägen, die denen des Dr. Kollmar in nichts nachstanden.

In einem Fall gingen die Vorschläge und Planungen, die Langemann unter Einschaltung des Freiherrn von Stauffenberg erarbeitete, bis in den Bereich von Mord und Totschlag. Auch hier war die Zielrichtung Terrorismusbekämpfung.

Am 9. und 10. November 1977, wenige Wochen nach den Todesfällen der RAF-Gefangenen in Stammheim, reiste Stauffenberg nach Paris. Dort traf er den ehemaligen BND-Agenten Simon Malley mit dem Decknamen Petrus.

Langemann in einem Vermerk vom 11.11.1977, Titel: »Operative Hinweise zum internationalen Terrorismus«: »Info S. brachte von seiner hier initiierten Parisreise folgende Informationen mit (Auszüge):

Sein langjähriger Gewährsmann, der früher als Spitzenverbindung im BND tätige DN Petrus, habe ihm mitgeteilt, daß er Kontakte bis in die Führungsgruppe PFLP des Dr. Habash habe. Petrus ist ein in der Dritten Weit renommierter sozialistischer Publizist, Freund Titos, Arafats und Sadats, mit offenem Zugang zu den verschiedensten afrikanischen Führern sozialistischer Prägung. Er ist Herausgeber des bekannten Magazins »Afrique Asie«. Als sein Verbindungsmann figuriere ein noch nicht näher bezeichneter arabischer, mutmaßlich libanesischer, Geheimdienstler. Aus diesem Kanal will Petrus mit Sicherheit erfahren haben:

1. Nach wie vor gehe die Planung in der gesamten arabischen europäischen Terrorszene von einer Aktionsgruppe aus, z~ der insbesondere Wadi Haddad an prominenter Stelle gehöre. Daneben der bekannte Carlos. Das politische Ziel dieser zwar von der PFLP abgesonderten, aber konspirativ mit ihr verknüpften Aktionsgruppe sei der bedingungslose Kampf gegen die Israelis einerseits und gegen die als imperialistisch angesehenen arabischen Staatswesen auf der anderen Seite. Es sei mit Sicherheit davon auszugehen, daß das KGB einen wesentlichen Teil zum Steuerungsmechanismus dieser bedeutendsten terroristischen Aktionsgruppe beitrage... Daher, so habe Petrus hinzugefügt, dürften die vorliegenden Mitteilungen und die daran geknüpften Vorschläge keinesfalls zum jetzigen Zeitpunkt, weder beim BKA noch BFV, insbesondere nicht beim BND, schon gar nicht im Bundeskanzleramt bekanntwerden.

2. In der Bundesrepublik Deutschland würden die Terroraktionen weitergehen. Die bisher ausgeschiedenen terroristischen Gruppen und Kader um die bekannten Anwälte und deren Einzelpersonen hätten seit Anfang an in engster Verbindung zu den genannten arabischen Organisationen gestanden und von dort aus auch ihre eigentlichen Steuerimpulse erhalten. Auch die Oetker-Erpressung gehöre dahin... Derzeit befänden sich ca. 30 nichtarabische Personen, darunter mindestens 10 Deutsche in unmittelbarer Kommandoausbildung im Irak und Libyen.

3. Der Führungskader Europa besteht derzeit aus 8 Personen. 5 Männern und 3 Frauen, unter denen sich 3 Deutsche befänden... Petrus habe gesagt, daß sein Verbindungsmann bereit sei, zur Aufklärung und Zerschlagung der gesamten Aktionsgruppe beizutragen, da sie auf die Dauer auch die arabischen Interessen schwerstens gefährde, aber von deren Zersplitterung und Penetration insoweit nahezu unanfechtbar profitiere. Er habe bemerkt, daß diese Angelegenheit ein selbstverständlich ungewöhnlich lebensgefährliches und höchst brisantes Unternehmen sei und daher u.a. auch einen ungewöhnlich hohen Geldmitteleinsatz bedinge. Wenn die Bundesregierung zum Beispiel bereit sei, für eine einzelne Geiseloperation Lösegelder von 10 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, so würde sich der Aufwand dieser vorgeschlagenen, in der letztlichen Durchführung arabischen Abwehraktion sicherlich ebenfalls auf einige Millionen DM belaufen. Er schlage vor, die Angelegenheit in Wien mit dem ihm bekannten 1 F zunächst allgemein zu besprechen, um alsdann den gemeinsamen Entschluß zu fassen, die Gesamtoperation in der verdecktestmöglichen Form an eine geeignete politische Persönlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland heranzutragen. Als Operationsphase schlage er vor:

a) Erfassung der Planungen

b) Eliminierung des europäischen Führungskaders

c) Eindringen in den Kern der zuerst genannten Aktionseinheit und deren Liquidierung.«

»Liquidieren« und »eliminieren«. Terroristenbekämpfung also nach der Art faschistischer südamerikanischer Todeskommandos? Todeskommandos auf bayerische Art?

Und wer sollte die »geeignete politische Persönlichkeit« sein, die Langemann und seine Dunkelmänner in die mörderischen Planungen einweihen wollte?

Einen Hinweis darauf gibt der Schlußabschnitt des Vermerkes. Darin heißt es:

»Dem Herrn Staatsminister ist diese Vormerkung vorgetragen worden. Er hat einer Kontaktierung des Petrus durch IF (also Langemann, d. Red.) in Wien zugestimmt. Er behält sich danach vor, ggf. den Herrn Landesvorsitzenden zur weiteren Entschlußfassung zu informieren.«

Staatsminister des Inneren in Bayern war zu jener Zeit Dr. Seidl. Landesvorsitzender war und ist Franz-Josef Strauß. War er in den Plan eingeweiht? Allzu weit entfernt von solchen Liquidations-Überlegungen war der CSU-Vorsitzende damals jedenfalls nicht. in einem Buch zur Kanzler-Wahl 1980 enthüllte der Journalist Peter Koch Einzelheiten aus dem Krisenstab anläßlich der Schleyer-Entführung. Zitat:

»Zu einer Sitzung des Großen Krisenstabs im Oktober 1977 hat Bundeskanzler Helmut Schmidt auch die führenden Oppositionspolitiker geladen. Schmidt regt Manöverspiele an, er ermuntert die Runde, »an das Exotische« zu denken. Franz Josef Strauß schaltet aufs exotische Chile, er bringt den Gedanken vor von Repressalien gegen die einsitzenden RAF-Gefangenen. Verkleidet in der Form der Wiedergabe von Volkes Meinung wirft Strauß den Vorschlag in die Diskussion, Standgerichte zu schaffen und für jede erschossene Geisel einen RAF-Häftling zu erschießen.«

Der »Spiegel« präzisierte die Passage in einem Artikel später noch. Unter Berufung auf Notizen des ehemaligen Referenten für öffentliche Sicherheit im Bonner Kanzleramt, die dieser während der Sitzungen des Krisenstabes anlegte, schrieb der »Spiegel«:

»CSU-Krisenstäbler Strauß hat sich, den Unterlagen zufolge, bei seinem Standrechts-Vorschlag keineswegs, wie Koch schreibt, hinter Volkes Meinung versteckt. Er gab vielmehr zu verstehen, daß er selber standrechtliche Erschießungen für erwägenswert hielt.«

Und der ehemalige CSU-Innenminister Hermann Höcherl, der im Auftrage der Bundesregierung eine Untersuchung über die Fahndungspannen im Fall Schleyer anfertigte, sagte (laut »Spiegel«) nach Lektüre der Ausschußprotokolle: »Es ist unglaublich, zu welch extremen Positionen sich führende Vertreter des öffentlichen Lebens haben hinreißen lassen«.

Vom Liquidieren terroristischer Führungskader war auch in anderem Zusammenhang die Rede - und möglicherweise nicht nur die Rede. Im Jahre 1979 hatten Beamte des Bayerischen Landeskriminalamtes dem Israelischen Geheimdienst Mossad die Gefängnistore in Straubing, München, Landsberg und Amberg geöffnet. Sie hatten ihre Dienstausweise vorgezeigt und Mossad-Agenten unerkannt eingeschleust. Zweck des Besuches waren Verhöre von dort einsitzenden palästinensischen Terroristen.

Die Bayerischen LKA-Männer ließen es zu, daß israelische Geheimdienstler am 8. und 9. Mai 1979 im Münchner Landeskriminalamt und in der Zeit vom 22. bis 28. Mai in vier Haftanstalten nicht nur als Zuhörer oder Dolmetscher herumsaßen, sondern die Vernehmungen in arabischer Sprache an sich ziehen konnten, ohne daß die LKA-Leute auch nur ein einziges Wort davon verstanden.

Als die Affäre hochkam, erklärte der Bayerische Innenminister Tandler: »Unsere Leute sind in den Sprachen des vorderen Orients nicht so bewandert«.

Ansonsten gab sich Tandler empört über den Vorgang und versuchte, die Verantwortung auf den Bundesnachrichtendienst abzuwälzen - welcher tatsächlich bei der illegalen Verhöraktion Vermittlerdienste geleistet hatte.

Jetzt ist ein Langemann-Papier aufgetaucht, das die Kontakte des Bayerischen Innenministeriums 10 zum israelischen Geheimdienst belegt. »KONKRET« veröffentlicht es hier erstmalig:

VS-vertraulich

Herrn Staatsminister

nur persönlich

MOSSAD

Der Chefresident des israelischen Geheimdienstes Mossad, Herr Gideon Paar, Paris, hat gegenüber dem Freiherrn von Stauffenberg folgendes zur Sprache gebracht:

Der Chef seines Dienstes, wie auch der Generalsekretär des israelischen Außenministeriums hätten den Wunsch geäußert, mit dem Herrn Bayerischen Staatsminister des Innern durch den genannten Chefresidenten Fragen gemeinsamer, insbesondere auf die Terroristen-Abwehr bezogene Sicherheitspolitik zu erörtern. Herr Gideon Paar erbittet daher die Möglichkeit zu einem »Höflichkeitsbesuch« bei dem Herrn Staatsminister. Ich habe auf dieses Ansinnen vorsorglich geantwortet ' daß es dein Herrn Staatsminister sicherlich nicht darauf ankommen könne, das seinerzeit publizistisch negativ aufgeschienene Auftreten israelischer Mossad-Beamter in bayerischen Justizvollzugsanstalten neu zu beleben. Mir wurde versichert, daß Herr Gideon Paar solches definitiv auch nicht im Sinn habe, sondern gerade diesen damals bewirkten »schlechten Eindruck« erklärend zu beheben trachte. Aus diesem Grund habe sich Mossad auch veranlaßt gesehen, den erbetenen Besuch durch einen seiner Spitzenbeamten durchführen zu lassen. Ich bitte zuzustimmen, Herrn Gideon Paar zunächst durch I F am neutralen Ort anzuhören. Sollten sich tatsächlich gravierende außen- und sicherheitspolitische Aspekte ergeben, würde ich dem Herrn Staatsminister einen themenbezogenen Bericht vorlegen, aus dem sich eine allfällig erbetene Entscheidung ergäbe. Mit dem Herrn Präsidenten des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz stehe ich abklärend im Gespräch.

München, 28.9.81 Abteilung I F

Dr. Langemann

Auf dem Papier steht ein handschriftlicher Zusatz Langemanns, datiert vom 1. 10. 198 1: »Ministerialrat Dr. Waltner« (der Bürochef Tandlers, d.Red.), »heute persönlich: Minister hat entschieden, Herrn Paar gemeinsam mit 1 C« (Chef der Polizeiabteilung im Bayerischen Innenministerium) »wahrzunehmen und es absehbar auf dieser Ebene auch zu belassen«.

Der neue Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags, von der SPD vor der Wahl bereits angekündigt, wird da noch viel Arbeit haben. Ob er sie leistet, ist nach dem Abschlußbericht der jetzigen Untersuchungen mehr als zweifelhaft.

Konkret 11/82, S. 68

Sabine Bredy

Radikale Texte, radikale Töne

MW englische Band »Gang of Four« macht politische, sarkastische, linke Texte. Ihre Musik ist, dabei nicht altbacken und/oder einschläfernd. Im November gibt es eine Tournee durch die BRD, auf der sich die »Gang« auch mit deutschen Texten vorstellt.

Radikale Gedanken = radikale Musik? In der bundesdeutschen Szene bis jetzt eine Ungleichung. Die vom Zweck geheiligten Musikanten bieten meist bewährte Rockklischees, und ihrem progressiven Publikum scheint das zu genügen. Die Szene klebt an ihren Hörgewohnheiten wie der Kapitalist am Geldsack. Schade.

Schade ist auch, daß »reiner« Musikgenuß oft durch nichtssagende, blöde oder eben reaktionäre Texte vergällt wird. Beides zu wollen - engagierte Texte und gute Musik -, muß wohl zu viel verlangt sein. Die englische Band »Gang of Four« hat sich auf eine Synthese eingelassen.

1979 nahm die »Viererbande« ihr erstes Album auf: »Entertainment«. Die Gang zeigt sich zornig und unbeugsam. Da geht es um den Klassenkampf in ganz privaten Bereichen, um den Zusammenhang zwischen Bikinimädchen und Bikiniatoll, um Straßenkämpfer, die dem bourgeoisen Staat blutigen Krieg erklären und dabei verzweifelt aussehen. Marxsche Grundsatzerklärungen verbinden sie mit einfachen, strengen, ironischen Bildern. Aufmunternd-optimistisch war ihr erstes Werk nicht gerade: »Guckt mal - neues Blut auf dem Fernsehschirm, Leichen sind die neue Art von Persönlichkeit ... «

»Gang of Four« machen Tanzmusik, irgendwo zwischen Rock und weißem Funk. Schonkost wird nicht geboten, gängige Blues- und Rockschemata haben sie hinter sich gelassen. Trotzdem sind ihre Stücke präzise arrangiert. Versetzte Gesangslines, eine kratzige, sägende Gitarre und das oft überraschend »unpassende« Schlagzeug formen einen scharfen, durchsichtigen Sound.

Die Gruppe ist bei der EMI unter Vertrag. Und die kann einem wirklich leid tun. Liest man das offizielle Band-Info, sucht man vergebens nach Hinweisen auf die Art der Musik oder des Konzeptes. Da windet sich der Autor in Beschreibungen wie »hohe Prinzipien«, »frische Winke«, »Sinn für Humor« oder »verwirrende Mentalität«. Eigentlich sollte EMI doch wissen, wie »linke« Bands zu promoten sind. Die Gang of Four hat ihresgleichen Schwierigkeiten mit ihrer Konsequenz. Einen Auftritt in der publikumswirksamen Musiksendung »Top of the Pops« ließ sie platzen, weil sie eine Liedzeile nicht ändern wollte. Dabei ging es um »rubbers«, Präservative. Andy Gill, Gitarre, Gesang: »Wir sollten stattdessen 'rubbish' singen«, Müll.

»Wir können uns nicht von solchen Leuten unsere Stücke umschreiben lassen!« Hugo Barnham, Schlagzeuger, ärgert sich immer noch. »Kommerziell gesehen, war das ein Desaster. Wir haben 'ne Menge Geld verloren, und die Unterstützung unserer Plattenfirma.« Andy Gill: »Die hat uns seitdem aufgegeben. Nach dieser Geschichte haben sie nichts mehr für uns getan. Obwohl, mir scheint, sie versuchens jetzt noch mal, mit unserer neuen LP und der 'Uniform'-Single ... « »Songs for the Free« heißt das neue, ihr drittes Album, und die »Uniform-Single« ist ihr Hit zum Falklandkrieg: »Die Mädels stehn drauf, dich schießen zu sehen«, meint da ein Soldat und: »Ich brauch einen Befehl!« Hintergrund-Mädels singen dazu soulmäßig-rythmisch: »Shoot ... shoot ... « Ich treffe die Gang in den Hallen der EMI London. Den Vieren eilt der Ruf voraus, ständig müde, lustlos-intellektuell und obendrein kollektiv erkältet zu sein. Morgens um elf kommt die Bestätigung: Sie sind müde und lustlos. »Mich langweilt alles«, empfängt mich Andy Gill. Wir setzen uns zu einem kühlen Gespräch.

Glaubt ihr, daß ihr mit euren Texten irgendetwas bewirkt?

Gill: »Ja, daß Leute ankommen, so wie du, und uns sehr ernste Fragen stellen. Und natürlich unsere Platten kaufen.«

Sänger Jon King holt Wein aus dem Kühlschrank und kommt dann ins Plaudern: »Also, das mit dem Uniform-Song... Wir haben ihn lange vor der Falklandkrise aufgenommen. Als wir neulich einen TV-Auftritt hatten, legte man uns kurz vorher nahe, »Uniform« nicht zu spielen. Sie wußten natürlich früher als jeder andere, daß am gleichen Tag die britischen Truppen auf den Malvinen landen sollten. So sensibel sind sie.«

Gill: »Diese Nationalisten haben einfach Angst davor, Dinge zu spielen, die die herrschende Meinung angreifen. «

Glaubt ihr im Ernst, daß ein Popsong solche Macht hat?

Gill: »Die spezielle Kraft eines Popsongs liegt in seiner Kommerzialität, weil die Leute eine Menge Geld ausgeben für das, was sie im Radio hören.« Schlagzeuger Hugo»Dabei hätte niemand an einer Schlagzeile wie 'Sechs Millionen Argies ausradiert' Anstoß genommen. Es war, als ginge es um ein Fußball-Match : Gehn wir halt und bringen ein paar um ... «

Die Gang ist sauer auf die Presse. Nicht nur wegen der Falklandkrise. Die englischen Musikzeitungen sind in letzter Zeit eher feindselig mit ihnen umgegangen. »Melody Maker« warf ihnen Selbstgefälligkeit vor und unterstellte, daß sie auf dem besten Weg seien, eine *nette* Gruppe zu werden, die nur auf Erfolg schielt. Gill: »Es gibt da ein absolut lächerliches Klischee, und zwar das vom verarmten Sozialisten ... «

Er weist gerne darauf hin, daß die Gang in den USA besonders von schwarzen Radiostationen gespielt wird und in der Schwulenszene viele Fans hat.

Ich habe das Gefühl, die Gang hat Image-Probleme.

Jon: »Also, wir haben wirklich kein speziell kommunistisches Image! Okay, wir sind sicher die am weitesten links stehende Band. Was wir singen, hat viel mit der Marxschen Theorie gemein, aber wir sind nicht speziell Kommunisten oder Marxisten.«

Also, was meint ihr denn, wenn ihr beispielsweise singt: »Das Kapital läßt uns jetzt im Stich, Genossen, laßt uns den *Zeitpunkt nutzen« ? G*ill: »Ich denke nicht, daß wir als unseren Auftrag betrachten sollten, Matrizen für Utopia zu liefern.«

Konkret 11/82, S. 70

Thomas Doberstein

Plattentips: Lebensmittel in Vinyl

Frankfurter Buchmesse, Stand der Nymphenburger Verlagsanstalt. Auf einer freien weißen Wand steht da in schwarzen Lettern: »Ach, der Wolfram Siebeck, der hat ja so recht.« Dieser Satz ist keinem Nymphenburger Werbetexter eingefallen und erfüllt ihm doch seinen Zweck: Reklame für zwei neue Bücher des Koch-Kolumnisten von der »Zeit«. Aber nur wenige Messebesucher erkannten den Hintersinn; der Satz ist ein Zitat, Refrain-Zeile aus einem Song der Gruppe **»Foyer des Arts«.** Die Gruppe ist vor allem ein Duo, Max Goldt und Gerd Pasemann, und dieses Duo erinnert an »Trio«. Schließlich gab es ja mal eine Zeit, in der man »Dadada« noch mit einigem Vergnügen hören konnte. Den monotonen Synthi-Rhythmus versetzt »Foyer« allerdings mit hübschen, eingängigen Melodie-Häppchen, meist von zickigen Streichinstrumenten begleitet. Und die Texte der Gruppe reichen »von Bullerbü nach Babylon« - so der Titel ihrer ersten Langspielplatte. Bullerbü: zum Beispiel die kindlich alberne Ballade von der »Königin mit Rädern unten dran«, mit der »Foyer« vor etwa einem Jahr zur Kultband für Insider wurde. Babylon: zum Beispiel das Reiseleiter-Szenario »Wissenswertes über Erlangen«, mit dem die Band unlängst sogar Michael Leckebuchs »Musikladen« aufgewertet hat (»Hier steht das alte Rathaus und das neue Shoppingzentrum, hier stehen Vergangenheit und Gegenwart dicht beieinander. Diese Seite Erlangens nimmt sich imposant aus ... «) Ob »Foyer des Arts« die Frau Dr. Biermann, Frau Urban und ihren Jens beim Siebeck-Essen porträtiert oder die Erlanger Touristengruppe: in Goldts und Pasemanns Zitat wird die Normalsprache verrückt, mindestens so verrückt wie ihre Königin (»Sie rollt und rollt ganz ungeniert und wie toll sie dabei noch regiert!«). Die Banalität dieser Texte wird durch die Musik ironisiert. Diese unterkühlte Ironie ist durchaus »trendy«, aber auch die modische Attitüde bekommt den selbstironischen Kick: »Heute dieses, morgen jenes, Trends sind doch was Wunderschönes.«

Nahezu das Gegenteil von »Foyer des Arts« ist »**BAP**«. Konventioneller Deutschrock, ernsthafte Texte in rheinischer Mundart (im »Kursbuch« steht schließlich, daß der Regionalismus angesagt ist), fest auf dem Boden der Friedensbewegung. Das erscheint dann folglich auch auf dem »Musikant«Label der EMI, gleich neben den »bots«. »Vun drinne noh drusse« - solch eine Platte legt man nicht ohne Vorurteile auf, schon gar nicht, nachdem die Kölner Gruppe auch noch im »Spiegel« gefeatured wurde, schon gar nicht nach dieser langhaarigen Woodstock-Seligkeit beim »BAP«-Auftritt auf dem Loreley-Festival des »Rockpalasts«. Aber dann hört man »Kristallnaach«. Konventioneller Deutschrock, ernsthafter Text in rheinischer Mundart, fest auf dem Boden der Friedensbewegung. Dann hört man dieses »Kristallnaach«. noch einmal - und schämt sich für sein Vorurteil und sagt seinen Freunden, daß sie sich diese Platte besorgen sollen.

Noch ein Kontrastprogramm: Popmusik - ganz unpolitisch ganz chique. Überhaupt nicht sophisticated wie »Foyer«, schon gar nicht aufwühlend wie »BAP«, sondern leicht und luzide, schön und tanzbar sind die neuen Platten von **»Yazoo«** und **»Depeche Mode«.** Die beiden sind miteinander verwandt, »Yazoo«-Sänger Vince Clarke hat sich letzten Dezember von »Depeche Mode« getrennt, um seine eigene Gruppe aufzumachen. In Abwandlung eines Mai-Aufrufs des Westberliner Schriftstellerverbandes: Wer marschiert, muß auch tanzen. »Realitätsentlastung« - hier, bei den leichten Melodien und Locker-Rhythmen aus dem Syntheziser, findet man sie. »A Broken Frame« und »Upstairs at Erie's« haben kein Anliegen. Gerade deshalb erfüllen sie rundum einen wichtigen Anspruch: Sie bieten perfekte Unterhaltungsmusik der 80er Jahre, und das ist ein Lebensmittel.

In dem »Yazoo«-Song»Good-bye Seventies« heißt es: »Ich bin froh, daß wir euch nicht mehr hören, ich hab von eurem Mode Krieg genug.« Das könnte auch vom **»Vienna Art Orchestra«** stammen. Diese Wiener Bigband, ein Höhepunkt beim letzten Berliner Jazzfest, schmeißt alle hehren Traditionen ihres Genres über den Haufen, inklusive Freejazz. Es ist schon seltsam, daß einen ausgerechnet eine österreichische Gruppe zum Jazz-Freund machen kann, selbst wenn einen das Gedudel bisher bloß genervt hat. Ihre Musik stimmt froh, sie kommt liebenswürdig daher. Das »Vienna Art Orchestra«, vierzehn junge Musiker ohne Stars kümmert sich nicht um Stile: sondern schafft Atmosphäre. Sein neues Doppel-Album, die »Suite for the Green Eigthies«, trägt seinen Titel zurecht. Wer will, kann sogar Politisches hineinlegen.

–

Konkret 11/82, S. 72

Viola Roggenkamp

Altersheim – Nein Danke

Im Eifeldorf Stadtkyll haben alte Leute Schwierigkeiten mit den Behörden, weil sei in einer Wohngemeinschaft leben. Die Behörden möchten sie ins Altersheim stecken. Die Alten wollen ihr Leben aber lieber selbst bestimmen.

Es wird im Dorf nicht viel darüber geredet. Und den Weg dorthin zeigen die Einheimischen nur ungern. Die Antwort ist meistens ein wortloses Schulterzucken. Endlich sagt einer auf die Frage, wo es denn zum Alten Klösterchen gehe: »Zu den aktiven Rentnern wollen Sie? Bei denen stinkt's. Die haben ja auch Würmer.«

In der großen Küche des ehemaligen Franziskanerinnen-Klosters von Stadtkyll steht Luzie Wilms zwischen Kisten und Kästen, riesigen Schüsseln und hochgestapeltem Geschirr. An den Wänden reihen sich breite alte Küchenschränke, Buffets mit verglasten Türen, dazwischen ein mächtiger Kochherd. »Der soll hier in die Mitte, wie's sich gehört«, sagt sie, greift sich dabei mit den Händen in das rote Haar, zwirbelt es rasch zusammen und steckt die Locken im Nacken auf. »Die Polizei war da. Wegen der Unordnung im Hof. Von Verwahrlosung haben die geredet. Dann räumen wir eben wieder auf. Wenn die mal nicht mehr kommen, wissen wir, die Nachbarn haben uns lieb. «

1.200 Stadtkyller blicken seit fast vier Jahren voll Unbehagen und Ablehnung auf das Klösterchen, das mitten im Dorf liegt und wie eine Vorstadtvilla aussieht. Vorher, als noch die frommen Schwestern dort Alte, kranke Mütter und kleine Kinder betreuten, war es die Zierde von Stadtkyll gewesen. Heute lebt hier eine Rentner-Kommune, eine Alten-Wohngemeinschaft, die sich »Rentner-Aktiv-Club in der Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung e.V. « nennt und die in ihrem Garten unter den Augen der Dörfler faules Obst und Gemüse stapelt, um damit ihre zehn Millionen Kompostwürmer Marke »Herkules« zu füttern.

»Du liebe Zeit, hat das gestunken, als wir die 60 Zentner Porree bekamen. Das war arg. Aber was die Leut' lossein wollen, können wir immer noch gut gebrauchen«, freut sich Luzie, und in ihren Lachfältchen verschwinden die Sommersprossen.

Stadtkyll in der Eifel kann das alles nicht gutheißen. Im Sommer kommen oft Feriengäste aus Holland in die Gegend. »Man weiß, wie gerade die Holländer so auf Ordnung und Sauberkeit achten«, sagt eine Frau beim Bäcker. »Schämen muß man sich ja für die alten Leute«, schimpft ihr Mann, »jawohl, schämen!«

Auf dem schweren Holztisch in der Klosterküche liegt ein 14pfündiger Brotlaib inmitten von Äpfeln und Weißkohlköpfen. Die Äpfel werden in Stücke, der Weißkohl in schmale Streifen geschnitten. Die Rheinländerin Luzie Wilms, mit 58 Jahren Jüngste in der Alten-Wohngemeinschaft, Marianne Rolle aus Hamburg, 62 Jahre alt, und die 59jährige gebürtige Russin Olga Hojzakowa, kochen Sauerkraut. »Das tun wir dann alles hier in die großen Steinkummen; die sind noch von den Klosterfrauen.«

Im ganzen Haus duftet es nach heißer Apfelsäure. Bis hinauf in das Dachstübchen vom Doktor. Hans 0. Bartram, Dr. phil. nat., sitzt im Armstuhl vor seinem Schreibtisch, der mit Büchern, Zeitschriften und Papier bedeckt ist. Zwischen allem knistert Vogelfutter. Aus dem Kofferradio tönt eine Männerstimme, die aus einem Roman vorliest.

Ein Schwalbenpärchen, eine Rauch- und eine Mehlschwalbe, nisten nun schon im zweiten Jahr auf dem Gardinenbord in seinem Zimmer, direkt neben dem' Bett. Die Jungen sind längst flügge. Auf der Fensterbank liegen Körner. »Ja, ich erlaube mir die Ketzerei, sie auch im Sommer zu füttern. Ich will sie doch studieren, die Vögel. Dompfaff und Pirol, Hänflinge (die haben so kindliche Augen), meine Schwalben, Meisen natürlich; auch sogar mal einen Zaunkönig hatte ich schon hier oben zu Besuch.«

Auf dem Schreibtisch steht ein Vogelkäfig, in dem zwei blaue Wellensittiche herumspringen. Die Tür ist offen. Das Fenster auch. »Die fliegen mir nicht weg. Nein. Ich habe in zwölf Jahren soviel Bevormundung in Altenheimen erlebt, und da wollte ich dann raus, unter allen Umständen. Nun sitze ich hier unterm Dach und fühle mich frei und mache meine Beobachtungen über das Verhalten der Vögel. Das schreibe ich auf. Autoritäres Verhalten ist nicht erst im Menschengeschlecht entstanden. «

Hans 0. Bartram, von Beruf Mikrobiologe, 1905 als Sohn einer Pazifistin und eines Tuchfabrikanten in Neumünster geboren, sieht über seine kleine Metallbrille aus hellen Augen auf die Wellensittiche und reibt sich mit einem Eisstift über die rote, kantige Stirn. Ein Schmiß geht durch seine linke Wange. Den hat er sich 1938 in einem Duell mit einem »hohen SS-Tier« geholt. »Der hatte mich angebrüllt und im Labor geohrfeigt, vor allen Leuten und meinen Laboranten. Ich habe ihn gefordert. « Über zehn Tage handelten die Sekundanten die Bedingungen aus: Schwere Säbel. Das Duell selbst ging über 120 Gänge. »Von 1931 bis '62 war ich Mitglied der SPD, zur Zeit bin ich 'grün'.«

Auf seinem dicken Schädel bläht der Luftzug das schlohweiße dünne Haar wie kleine Federn. Aus seinem zahnlosen, verschmitzt lachenden Mund kommen Worte voller Hintergründigkeit und Doppelsinn.

»Denken Sie nur an die Hackordnung der Vögel. Nirgendwo wird soviel mit dem Zeigefinger gedroht wie in Alten- und Kinderheimen. Da die Autoritätslosen wie Kinder und Alte kaum ernsthaft zu sündigen vermögen, wird ein schlechtes Gewissen künstlich erzeugt. Zu diesem Zweck pflegt man eine hirnlose Ordnung ohne vernünftige Begründbarkeit zu fordern, deren Einhaltung jedem auch bei bestem Willen unmöglich ist.«

Hans 0. Bartram, in der stummen, gefügigen Altenheim-Gemeinde ein unruhiger Geist, Aufwiegler und angeblicher Trinker, wurde unter Aufsicht gestellt. »Man gab mir einen Kinnhaken, riß mir die Arme auf den Rücken und steckte mich zu den sogenannten Desorientierten. Die waren ganz gut beieinander und nur durch längeren Aufenthalt dort desorientierter als zu Anfang. Ich füllte nun, um nicht ganz zu verblöden, Kreuzworträtsel aus, während der alte Herr Hundertmark von der 'Neuen Presse' Zigaretten für die Schwestern drehte, immerfort Zigaretten.«

Die behördliche Eingabe, die Hans Bartram machte, erreichte nie die niedersächsische Oberkreisdirektion, sondern kam bloß bis zur Oberschwester. »Ich habe dann an den Verband Deutscher Rentner geschrieben: 'Ich bitte um meine Befreiung.' Dies kleine Stück Papier - wir bekamen ja nichts - schickte ich meinem Bruder zur Weiterleitung. Schwester Marion spendierte eine Briefmarke. Die hatte Mitleid mit mir. Es kam dann auch tatsächlich ein Herr Müller vom Verband und vermittelte mich in die Kommune, hierher. «

Seine Befreiung und die zum erstenmal an ihn ausgezahlte Rente feierte Hans Bartram in Luxemburg. »Das ist ja nicht weit von hier. Ich habe alle aus unserem Klösterchen zum Essen eingeladen. Japanisch mit heißem Reiswein. Da konnte ich auch plötzlich wieder laufen, quer über den ganzen Marktplatz. Die Sanftmütigen, die ich im Altenheim zurückgelassen hatte, bekamen alle eine Postkarte. «

Der Gong ertönt. Zeit für das Abendessen. In der zur Veranda ausgebauten Sakristei sitzen an einem langen Tisch die Bewohner des Alten Klösterchens und ihre Gäste. Am Kopf thront Horst Huse, der 62jährige Elektro-Ingenieur aus Berlin. Als er vor nunmehr fast 15 Jahren den Auftrag erhielt, an der Schaltzentrale des geplanten Kernkraftwerkes Brokdorf mitzubauen, lehnte er aus moralischen Bedenken ab und kündigte. Aus der Branche nahm ihn niemand mehr. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit ging er zu Horten als Verkäufer in die Elektroabteilung. Damals bekam er seinen ersten Schlaganfall.

Zu seiner Linken sitzt die Russin Olga Hojzakowa, eine heitere, zierliche Frau, die beim Sprechen das R und die Augen rollt. Mit ihrem kleinen Enkel Sascha verbringt sie ihren Urlaub in der Altenwohngemeinschaft. In zwei Jahren will sich die Sonderschullehrerin pensionieren lassen und - wenn die Kommune zustimmt - Mitglied werden. Darüber wird nach der vierwöchigen Probezeit abgestimmt und mehrheitlich entschieden. Olga hat gute Chancen. Sie ist verträglich, findet Frau Rolle, und kann arbeiten, sagt Luzie.

Ihr gegenüber hat Paul Wilms Platz genommen, der 62jährige Ehemann von Luzie Wilms, die gerade zwei große Körbe gefüllt mit Brotscheiben hereinträgt. Wurst und Schinken, Käse und Butter sind bereits aufgetischt, sowie eine mächtige Schüssel voll Salat. Dazu gibt es Tee aus großen Prozellankannen.

Am anderen Ende des Tisches ist Marianne Rolles Stammplatz. Sie lebt streng vegetarisch. »Kein Fleisch, kein Fisch, keine Eier«, sagt sie und sieht aus großen weitsichtigen Augen sehr zufrieden auf ihren bunt garnierten Teller. Jahrein, jahraus Tomaten, Kopfsalat, Wurzeln, Petersilie und Obst. Und alles aus dem Garten. Ihr schmeckt es. Die schlanke, fast hagere Hamburgerin, die in ihrer Jugend im Hafen als technische Zeichnerin gearbeitet hat, leidet, wie man so sagt, seit fast 40 Jahren an Krämpfen. Aber leiden tut sie schon lange nicht mehr darunter. »Ein Naturheilpraktiker riet mir zu vegetarischer Kost, nachdem mir die Ärzte nicht mehr helfen konnten. 18 Jahre hat es gedauert, bis ich mal zwölf Monate ohne Anfall war, schön nicht?« Sie ist Epileptikerin. »Es sind die Drüsen«, sagt sie heiter und verstreut frisch gemahlene Getreidekörner auf ihrem Teller. »Eigenartigerweise fühle ich mich vor einem Krampf besonders gut. Dann lasse ich mir nichts gefallen und niemanden an meine Handtasche, wo nun aber die Medizin drin ist.«

Marianne Rolle kam nach Stadtkyll über die Reformhaus-Zeitung. Paul und Luzie Wilms hatten darin annonciert. »Ich wurde zur Probe eingeladen. Das ist nun zweieinhalb Jahre her«. Ihre Bücher machen einen Gutteil der Kommunen-Bibliothek aus. Ihre Strickmaschine steht im Gemeinschaftsraum, und sie selbst hat im Kloster zwei Zimmer im oberen Bereich bezogen. Verheiratet war sie nie. »Ach nein. Schon wegen der Krämpfe. Die Ärzte hatten mir auch abgeraten, und durch die Drüsenkrankheit hatte ich überhaupt kein Verlangen nach Männern.«

Beim Abendbrot geht es sehr ruhig zu. Man schweigt. Der Mikrobiologe Hans Bartram, der gewiß auch beim Essen ein munterer Gesellschafter wäre, bleibt zu den Mahlzeiten in seinem Dachzimmer. Er ist gehbehindert. Das Essen, das ihm Luzie regelmäßig hinaufträgt, verspeist er in Gesellschaft seines Radios: Die Symphoniker spielen Beethovens Siebte.

Paul Wilms ist in seinem Leben schon viel gewesen: Freiwilliger im Feldzug gegen Frankreich (»wir dachten, im nächsten Jahr wäre alles zuende«), Sanitäter in französischer Gefangenschaft, Friseur, Steward auf der »Europa«, Pfleger in Bethel, Vermögensberater, dann Versicherungsagent und seit jüngstem Begründer des »Rentner-Aktiv-Clubs in der Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung«. 1972 kaufte Luzie Wilms für 250.000 Mark (»mein elterliches Erbteil«) das Alte Klösterchen von Stadtkyll. »Als wir an dem Weihnachtsabend '78 ganz allein in diesem großen Haus saßen, kam uns die

Idee - daraus machen wir eine Alten-Wohngemeinschaft.«

Um den Plan verwirklichen und die Wohngemeinschaft finanzieren zu können, wurde Paul Wilms Kompostwurm-Züchter. »Die eine Million Würmer, die ich in den Raum geworfen habe, die haben uns bekannt gemacht.« Dem Grünflächenamt der Stadt Köln hatte er sie angeboten und seine schriftliche Offerte mit den Worten des Apostels Paulus schwungvoll abgeschlossen: »Jetzt ist die Zeit zum Handeln.«

Paul Wilms: »Die Würmer fressen den Gartenmüll, Küchenabfälle und Pappe. Jeder pro Tag soviel wie sein eigenes Körpergewicht - und hinten kommt Humus raus.« Die Idee ist nicht neu. Sie stammt aus Japan und wird inzwischen auch in Amerika praktiziert. »Wir haben die Würmer gratis an die Stadt Köln vermietet. Für ein Jahr. Es ist ein Experiment. In der heutigen Zeit jemanden zu finden, der etwas umsonst tut, das ist das Revolutionäre daran - Würmer und Rentner.«

Übernimmt Köln die winzigen Arbeitstiere nach dem Probejahr - bisher wurde der Müll mit teuren Chemikalien vernichtet - wird der Rentner-Aktiv-Club zur Kasse bitten. Wenn nicht, stehen andere Interessenten bereit.

Die ersten Würmer sammelte Paul Wilms bei Regen mit der Taschenlampe. Wer ihm half, bekam pro Wurm zwei Pfennige. Das waren aber fast alles ordinäre Regenwürmer, die Zuchtexemplare ließ er sich aus Chile kommen: Pro tausend 810 Mark, Einsammeln, Verpackung, Zoll und Fracht inklusive. Wenn man nun bedenkt, daß ein Kompostwurm pro Jahr bis zu 1.000 Nachkommen hat, begreift man, warum Paul Wilms sagt: »Genauso wie ich Würmer habe, die ich nicht zählen kann, werde ich Geld haben, wie ich nicht zählen kann. Jimmy Carter sein Bruder hat auch Würmer gezüchtet und ist dabei Millionär geworden.« Seine Zukunftsperspektive: »In jeder Stadt ein Würmer-Depot. Womöglich sogar gekoppelt mit einer Alten-Wohngemeinschaft. Warum nicht?«

Worin unterscheidet sich eine Alten-Wohngemeinschaft von einer Kommune, der ausschließlich junge Menschen angehören? Allein dadurch: Die Bezirksregierung in Trier meint, die Rentner-Kommune von Stadtkyll und damit auch das Alte Klösterchen unter das bundesdeutsche Heimgesetz stellen zu müssen. Sie schreibt: »Immer dann, wenn alte Menschen zur Erlangung der Verpflegung, Versorgung und Betreuung aufgenommen werden und dies in der Form geschieht, daß die Wiederbelegung eines frei gewordenen Platzes im Grundsatz vorgesehen ist, handelt es sich um eine Einrichtung im Sinne des Heimgesetzes.«

Deutlicher geht es nicht: Alte Menschen gehören also ins Heim. Lassen sie sich nicht widerstandslos in eines dieser zahlreichen Alten-Ghettos stecken, wird eben das Dach über ihnen zum Altenheim erklärt. Das Ehepaar Wilms hat dagegen Klage erhoben. Luzie Wilms: »Wir sitzen in einer Zwickmühle. Wie sollen wir beweisen, daß wir kein Heim sind, sondern eine Wohngemeinschaft, in der sich die Bewohner gegenseitig helfen, jeder nach seinen Kräften und Möglichkeiten? Ich koche dem Doktor Bartram das Essen und bring's rauf. Er macht für uns den ganzen Papierkram mit den Würmern und so. Machen wir hier ein Eigentümer-Mieter-Verhältnis, geht das nicht, weil dann die Miete zu hoch wäre«, erläutert Luzie. »Der Doktor zahlt monatlich 1.500, der Herr Huse nur 750 Mark, obwohl er zwei Zimmer hat, aber der kann nicht mehr geben. Frau Rolle hat 120.000 Mark mit reingegeben und damit bis an ihr Lebensende alles bezahlt. Geben wir aber die Hilfeleistungen für die Preiskalkulation an, sind wir ein Gewerbebetrieb, dann fehlt uns der Befähigungsnachweis.«

Solange jedoch das Ehepaar Wilms für seine Rentner-Kommune die Klage gegen die Bezirksregierung Trier nicht gewonnen hat, kommen Briefe wie dieser: »Da Sie dem Heimgesetz unterliegen, bedürfen Sie zum Betrieb der Einrichtung einer Erlaubnis nach § 6 des Heimgesetzes. Eine entsprechende Erlaubnis können wir Ihnen z.Zt. noch nicht erteilen, da wir zunächst zu prüfen haben, ob Ihre Einrichtung die Mindestvoraussetzungen nach der Heimmindestverordnung Bau erfüllt. Um diese feststellen zu können, dürfen wir Sie bitten, uns einen Plan des Klösterchens hereinzugeben. Es muß sich aus ihm erkennen lassen, welches z.B. die Größe der Zimmer ist, welche Breite die Flure bzw. Türen haben, wie die Anordnung der Zimmer zueinander ist etc. Daneben muß nach § 6 Abs. 3 Ziffer 3 die Betreuung pflegebedürftiger Bewohner gewährleistet sein. Wir bitten Sie, uns insoweit Ihre Personalvorstellungen mitzuteilen.«

In seiner altmodischen Gemütlichkeit wird das Alte Klösterchen mit Sicherheit nicht die nüchternen Ansprüche erfüllen, nach denen das Gesetz ein deutsches Heim beschreibt. Sollte es nach der Klage doch diesem Gesetz unterstellt werden, dann nur, um es ohne viel Aufhebens nach den Buchstaben des Heimgesetzes schließen zu können. »Dürfen die denn das?«, fragt Marianne Rolle. Horst Huse zuckt die Schultern. »Ich fürchte ja«, sagt Luzie. »Aber dann gehen wir woanders hin, und es wird keiner im Stich gelassen!«

Wie jeden Morgen wird Hans 0. Bartram in aller Herrgottsfrühe von lautem Schwalbengesang geweckt. Das Männchen sitzt auf der Deckenlampe und schmettert aus voller Kehle. Das geht fast eine halbe Stunde so. Dann fliegen die Vögel in den Tag hinaus. Um sechs Uhr stehen auch Paul und Luzie Wilms auf, um im nahegelegenen Stausee schwimmen zu gehen. Gegen 7 Uhr bereitet Luzie das Frühstück für alle vor, hört dabei Nachrichten und die Presseschau und setzt sich dann um 7.55 Uhr ans Harmonium in der kleinen Hauskapelle. Um diese Zeit ist an jedem Tag eine kurze Andacht. Manchmal liest Paul etwas vor.

Fünf Minuten später gibt es Frühstück, und auf die Sekunde genau stehen an diesem Morgen drei Sozialarbeiter vor der Tür, die das alte Klösterchen für ihre Semesterarbeit zum Thema »Lebensformen im Alter« unter die Lupe nehmen wollen. Beim Frühstück langen sie erstmal tüchtig zu, sprechen kein Wort, stellen keine Fragen, staunen stumm vor sich hin und begleiten dann etwas murrend Paul Wilms in den Wald. Frau Rolle geht auch mit zum Holzsammeln. Um diese Zeit wandert wie jeden Morgen Horst Huse für alle zur Post, holt Milch und zieht sich danach wieder in sein Turmzimmer zurück, in dem gewiß einmal die Schwester Oberin residiert haben dürfte. Er hat es inzwischen zur Burg Saga Huse umgestaltet. »Nachforschungen haben ergeben, daß meine Familie Mitbegründerin des Russischen Reiches war«, sagt er und deutet vielsagend auf einen Stapel schwerer Folianten. »Ich habe für Jahre zu tun. «

Iwan der Schreckliche war der Schwiegervater eines Huse-Vorfahrens, bis 1285 ist Horst Huse schon gekommen. Und getreu der russischen Tradition floß auch in seinem Leben »der Champagner in Strömen«. Aus drei Ehen hat er sieben Kinder. Von seinen 1.000 Mark Rente gehen Dreiviertel an die Wohngemeinschaft, der Rest ist Kindergeld. Horst Huse: »Ich bin arm wie eine Kirchenmaus. Hab' es mal überschlagen, in meinem Leben habe ich schon über 600.000 Mark für meine Kinder ausgegeben.« Vor drei Jahren hatte sein Sohn annonciert, »ich suche ein Zuhause für meinen Vater«. Paul Wilms hat sofort geantwortet.

Zur Mittagszeit finden sich alle wieder in der Sakristei bei dampfenden Suppenterrinen ein. Die Stimmung könnte besser sein. Die Frage, ob es der Bürokratie gelingen wird, ihre friedliche Gemeinschaft bevormundend zu zerstören, beschäftigt alle. Doch sie sprechen kaum darüber, diskutieren es nicht aus, wie man heute sagt, sondern warten sorgenvoll ab. Auf einmal sagt Paul: »Ich habe manchesmal keine 50 Pfennig gehabt, um irgendwo hinzukommen, aber mich kriegt keiner unter. Wir sind keine staatlich geprüften Altenpfleger. Wozu auch? Grundgedanke von uns ist, keiner kommt ins Krankenhaus, wenn es ihm schlecht geht, keiner wird ins Pflegeheim abgeschoben. Gerade dann soll sich ja beweisen, daß wir zusammenhalten wie eine Familie.«

In ihrem Alter ist es für alle das Wichtigste, sich auf dieses gegenseitige Versprechen todsicher verlassen zu können. Was in anderen Wohngemeinschaften Vertrauen schaffen soll - die regelmäßige Aussprache im großen Kreis, das Duzen -, ist für Menschen ihrer Generation anders. Für sie ist das Gegenteil von Bedeutung: Sie siezen sich alle und wahren damit die Würde des Einzelnen, gerade auch dann, wenn jemandem mal aufs Klo geholfen werden muß.

Hat Marianne Rolle Sorgen, wählt sie sich selbst aus der Gruppe jemanden aus, den sie ins Vertrauen zieht. So machen es auch die anderen. Sie stützen sich gegenseitig und tun es mit dem Verständnis und der Selbstverständlichkeit des Wissenden. So fuhren in diesem Jahr Frau Rolle und Horst Huse gemeinsam nach Hamburg. Sie wollte wegen der Krämpfe nicht allein reisen, er wegen der Schlaganfälle. Am Bahnhof Altona angekommen, trennten sie sich und trafen dort zur Heimreise nach zwei Wochen wieder zusammen ' In der Zwischenzeit hatte jeder für sich seine Freunde besucht.

Horst Huse: »Ich habe dort mal etwas erzählt von der Wohngemeinschaft und wie ich hier lebe. Keine Reaktion. Von allein gefragt haben sie nicht. Viele alte Leute nehmen immer das Gegebene in Kauf.« Noch keiner aus der Rentner-Kommune hat je Besuch bekommen. Weder die Kinder noch die Geschwister oder Freunde trauten sich nach Stadtkyll ins Alte Klösterchen.

Drei Kilometer entfernt vom Alten Klösterchen sitzt in dem neuen, glatten Glas-Beton-Rathaus von Jünkerath der Verbandsbürgermeister Otto Friedrich. Die Alten-Wohngemeinschaft ist ihm nicht nur von Amts wegen, sondern auch als Stadtkyller ein Dorn im Auge. Bei der Frage nach seinem Alter ziert er sich gewaltig. Vielleicht, weil er nur noch elf Jahre bis zur Pensionierung hat. Aus seiner Abneigung gegen die Alten-Kommune macht der dickleibige Mann mit dem viel zu engen Hosenbund keinen Hehl: »Da soll man ganz rigoros, äh, akkurat klären, was es ist. Und wenn es keine Wohngemeinschaft ist, müssen die Leute da raus und irgendwie anders untergebracht werden. Wir haben hier in der Nähe ein sehr schönes neues Altenheim mit ausgezeichnetem Personal.«

Konkret 11/82, S. 81

Trude Unruh

»Heute wir, morgen ihr...«

Vor drei Monaten tagte in Wien die UNO-Weltversammlung über das Altern. 115 Länder waren vertreten. Und zumindest ein Beschluß wurde von den graumelierten Herrschaften nach wochenlangem Wälzen von Aktenbergen einmütig gefaßt: »Ab 60 ist man/ frau alt. «

Auch bei uns in der Bundesrepublik sind Heerscharen von Wissenschaftlern dabei, die »Alten« scheibchenweise auseinanderzunehmen. Die Alterspyramide verschiebt sich ja immer mehr, immer mehr Menschen fallen durch den Rost und finden sich aussortiert in der Schublade »Senioren« wieder. Und für viele von diesen Bürgern scheint nach einem arbeitsamen Leben der Verfassungsgrundsatz »Die Würde des Menschen ist unantastbar« nicht mehr zu gelten. Sie werden entmündigt und in Heime abgeschoben, sie müssen hart an der Armutsgrenze leben oder beim Sozialamt betteln gehen, sie vegetieren als hilflose »Pflegefälle« am Rande der Leistungsgesellschaft dahin, bis der Tod sie von diesem Schicksal gnädig erlöst.

Aber wir Alten haben angefangen, uns zu wehren. 1975 haben wir den Senioren-Schutz-Bund »Graue Panther« gegründet. Resignierende »Omas« und müde »Opas« haben sich zusammengeschlossen und sind aktiv geworden: »Senioren kämpfen für Senioren« heißt unser Motto. Wir lassen uns nicht mehr alles gefallen. Wir helfen uns gegenseitig. Seit sieben Jahren kämpfen die »Grauen Panther« für ein radikales Umdenken in unserer Gesellschaft. Denn was sie heute mit uns machen, machen sie morgen mit euch.

Wir wollen einen Mindestpensionssatz von 1.300 Mark für alle über 65jährigen durchsetzen, die keine anderen Vermögenswerte haben. Die Pensionen und Renten sollten unserer Ansicht nach **für alle** einen bestimmten Höchstsatz - zum Beispiel 4.000 Mark im Monat - nicht überschreiten. Außerdem fordern wir ein Gesetz, das alte Bürger vom Sozialamt unabhängig macht. Eine Alterskrankenkasse für Pflegefälle - von allen Staatsbürgern und nicht nur den Arbeitnehmern finanziert - würde gebrechliche Menschen in die Lage versetzen, auch dieses Los menschenwürdig zu ertragen. Unsere herkömmlichen Versorgungseinrichtungen für Alte - getrennt in Wohnheim, Altenheim und Pflegeheim - müssen umstrukturiert werden. Denn das häufig willkürliche Umherrangieren Alter von Haus zu Haus ist unmenschlich und unzumutbar.

Dazu gehört auch die Mitbestimmung der Betroffenen über das Heimpersonal, dem *es* ausgeliefert ist. Überhaupt muß, anders als bisher, der Wille der alten Menschen bei allen Maßnahmen, die mit ihnen vorgenommen werden, berücksichtigt werden.

Keine Behörde oder kein »Pfleger« soll dreinreden dürfen, wenn sich Alte - auch solche, die vielleicht unter »Aufsicht« (Pflegschaft/Teilentmündigung/Vormundschaft) stehen – gemeinsam ein Haus, eine große Wohnung, einen Garten oder eine Wohnanlage suchen, um dort zusammen zu leben. Noch lassen Gesetze oder Verordnungen dies zu.

Unsere Modellprojekte in Wuppertal zeigen, daß alte Menschen sehr wohl noch in der Lage sind, ihren Lebensweg selbst zu verwalten, wenn man sie nur läßt. Unsere »Gegenseitigkeitshilfe« ist ein freiheitliches, selbstbewußtes Miteinander, manchmal zwar auch ein »Drunter und Drüber«. Aber die Zeit der Hoffnungslosigkeit ist vorbei.

Konkret 11/82, S. 82

Kulturnotizen

Elefanten gegen Fliege

Vito von Eichborn, Chef des jungen Frankfurter Eichborn-Verlags, sagt ganz offen: »Ich habe Angst.« Der Grund: Er hat Post von Berliner Anwälten bekommen, und die Liste von deren Auftraggebern füllt die ganze erste Seite des Schreibens: Verband der Chemischen Industrie, Industrieverband Pflanzenschutz, BASF, Bayer, Hoechst und andere Elefanten der Chemo-Branche sind da genannt. Sie alle sorgen sich um »Ehrverletzung« und »Kreditschädigung« durch den »Verlag mit der Fliege« (Firmen-Slogan) .

Es geht um ein Buch, das noch gar nicht erschienen ist und das nach dem Willen der chemischen Industrie auch nie erscheinen soll: um die Druckfassung von Bernhard Wembers Aufklärungsfilm »Vergiftet oder arbeitslos«. Auch die Fernsehdokumentation, die am 21. Juli ausgestrahlt wurde, beschäftigt nach Industrie-Interventionen immer noch die ZDF-Gremien. Obwohl der Film damals nur verstümmelt gesendet werden durfte, fühlten sich die Chemiefirmen von Wembers Analyse unserer stetigen Vergiftung durch die industrielle Nahrungsmittelproduktion bedroht. Inzwischen wurde auch - bei Androhung eines Ordnungsgeldes von bis zu 500.000 Mark – die Verbreitung des Films per Video-Kassette verboten.

Und nun also das Buch. Obwohl Verleger Eichborn angeboten hat, auch die Gegengutachten der von Bernhard Wember kritisierten Industrie abzudrucken, soll die Dokumentation noch vor ihrem Erscheinen zensiert werden. Druckfertig ist das Buch bereits seit August. Sollte es tatsächlich in den Handel kommen, könnten allein die Anwaltskosten eines jahrelangen Rechtsstreits das Ende des Eichborn-Verlags bedeuten.

An der Kreditleine

Um Mitarbeiter bei der Stange (und ruhig) zu halten, bieten ihnen einige Betriebe und besonders gern Großverlage langfristige, zinsgünstige Hauskredite an. Wer kündigt oder wem gekündigt wird, hat das Geld sofort zurückzuzahlen. Im Management des ZDF wird dieses betriebspsychologische Beruhigungsmittel besonders geschätzt, und man läßt es sich auch etwas kosten. Langjährige Kredite für Haus- und Wohnungskauf, manchmal auch für die Anschaffung eines Autos, werden hier sogar zinslos vergeben. Insgesamt 3.600 Menschen arbeiten in der Mainzer Zentrale und in den einzelnen ZDF-Studios. Rund 1.500 von ihnen liegen an der Kreditleine.

Sittenwächter I

Edmund Wronski, Berliner Senator für Arbeit und Betriebe, will der Verderbtheit dieser Welt Einhalt gebieten. Der Frauen-Sommeruniversität, die in diesem Jahr zum sechsten Mal stattfand, verweigerte er die Zuschüsse und die Anerkennung als bildungsurlaubsfähige Veranstaltung. In dem Senatsbescheid heißt es: »Es ist Tatsache, daß an Ihrer Bildungsveranstaltung verstärkt lesbische Frauen, das heißt, Frauen mit homosexuellen Neigungen, teilnehmen und der Themenkreis sich vielschichtig auch mit lesbischen Frauen beschäftigt. Insoweit kann eine latente Gefahr für die Sittlichkeit zumindest nicht ausgeschlossen werden, denn gerade Jugendliche orientieren sich an Erwachsenen und ihrer Umwelt.« An der einwöchigen Sommeruniversität im Oktober nahmen trotzdem mehr als 5.000 Frauen teil - offensichtlich ohne Schaden.

Sittenwächter II

Es gibt immer noch eine Bundeszentrale für jugendgefährdende Schriften, und sie beschäftigt sich immer noch mit Schriften (und nicht nur mit Danske Ficken-Filmer oder neuerdings Videokassetten). Auch große literarische Verlage finden sich auf dem Index von Prüfstellen-Chef Stefen. An der Spitze steht der Wilhelm-Heyne-Verlag. 39 Heyne-Taschenbücher wurden seit Anfang vergangenen Jahres als pornografisch indiziert. Neun Bücher aus dem Rowohlt-Verlag müssen unter den Ladentisch; über das zehnte, die Biografie der Josefine Mutzenbacher, wird in diesem Monat entschieden. Der Goldmann-Verlag (Bertelsmann) wurde achtmal indiziert der Moewig-Verlag fünfmal. Nicht wegen pornografischer Jugendgefährdung, sondern wegen Gewaltverherrlichung stehen zwei Ullstein-Krimis aus dem Springer-Konzern auf dem Index.

Das zweite Theater-Blatt

Literaturzeitschriften gibt es genug, Kunstmagazine auch, und Musikblätter gibt es zu viele. Nur »Theater heute« ist (abgesehen von Verbandsblättern) ohne Konkurrenz. Das könnte sich andern, wenn sich herumspricht, daß es jetzt die »Theaterzeitschrift« gibt, ein Magazin, das sehr viel interessanter ist als sein Titel.

Die erste Ausgabe bringt auf 140 Seiten mehrere Beiträge zum Themenschwerpunkt Etatkürzungen, unter anderem Interviews mit Berlins Kultursenator Wilhelm A. Kewenig und dem Kölner Intendanten Jürgen Flimm. Die »ökonomische Morddrohung«, von der hier die Rede ist, wurde inzwischen zum Plan: 1984 soll das Schauspielhaus in Dortmund geschlossen werden. Daß es den Machern dieser neuen Zeitschrift, einer Gruppe junger Theaterwissenschaftler, dennoch mehr um die Inhalte als um den abstrakten Kampf für die Erhaltung von Spielstätten geht, zeigt auch eine furiose Polemik gegen die »Münchner Freiheit« des Generalintendanten Everding.

Wer steht hinter der »Theaterzeitschrift«? Niemand. Wie wird sie finanziert? »Aus der Summe von Hoffnung plus Wahnsinn zum Quadrat« (Chefredakteur Rainer Bohn). Und das vierteljährlich zum Preis von acht Mark. Die zweite Ausgabe erscheint im Dezember und hat zum Schwerpunktthema das Berufsbild der Schauspieler. Bestelladresse: Theaterzeitschrift, Großbeerenstr. 13a, 1 Berlin 61.

Zitat

» ... und morgen mach ich der Königin ein Kind« (Din-A-4)

»Adadadada, so wie Prinz Charles für eine Nacht« (Hubert Kah)

Mit diesen (und ein paar anderen) Zitaten wollte die »Welt am Sonntag« am 10. Oktober den »Schwachsinn« der neuen deutschen Schlagertexte dokumentieren. Der Rest der entsprechenden »WamS«-Seite war mit der Präsentation von Büchern über Prinzessin Diana gefüllt.

Konkret 11/82, S. 84

Hartmut Schulze

Dichter mit doppeltem Film

Eine Gruppe von ehemaligen DDR-Autoren rennt gegen die bundesdeutsche Friedensbewegung und den Schriftstellerverband VS an. Seit sich Wolf Biermann an Ihre Spitze gestellt hat, bekommt die Kampagne hysterische Züge

Sind DDR-Autoren -wenn sie im Westen leben - bessere Menschen? Immerhin heben sie sich durch ein paar anatomische Besonderheiten von ihren Zeitgenossen ab. »Wir haben ja nun mal zwei Beine«, sagt Wolf Biermann und will »nicht nur aus lauter Solidarität mit Herrn Engelmann anfangen zu hüpfen auf einem Bein«. In einer Zyklopenwelt haben sie nicht nur zwei Augen, sondern auch noch' den »doppelten Film«, wie Jürgen Fuchs meint. Sein Kollege Frank-Wolf Matthies erläutert das: »Jedesmal wenn die Leute, die von drüben kommen, den West-Film sehen, läuft der DDR-Film nebenher ab. Und wenn die Bilder dann deckungsgleich werden, gehen die Alarmklingeln los.«

In den letzten Wochen gibt es da ein ganz schönes Gebimmel. Geradeso als seien mit dem Bonner Regierungswechsel ostzonale Zustände über die Bundesrepublik gekommen. Aber Bonn interessiert sie ja gar nicht, die seit kurz oder lang und auch die schon immer in diesem unserem Land lebenden Schriftsteller. Zu Kohl fällt ihnen nichts ein. (Heinrich Böll in einer »Zeit«Umfrage zum Bruch der SPD/FDP-Koalition: »Politischer Lektüre enthalte ich mich. Sofort nach Helmut Schmidts Rede habe ich mir Grimms Märchen vorgenommen.«) Thema, jedenfalls vordergründig, ist die kleinste Berufsgruppe einer der kleinsten DGB-Gewerkschaften, der Schriftstellerverband (VS) in der IG Druck und Papier.

Seit seiner Gründung ist dem VS noch nie eine solche öffentliche Aufmerksamkeit zuteil geworden wie in diesem Herbst. Selten hat die Presse politische Äußerungen deutscher Schriftsteller so begierig verbreitet wie die Austrittserklärungen von Reiner Kunze, Gerhard Zwerenz und anderen. Ach habe meinen Schritt getan«, sagte Kunze in einem seiner vielen Pressegespräche über seinen VS-Austritt, »fast in der Überzeugung, daß er kaum bemerkt werden würde.« Ist das nun bigott oder nur dumm? Die Feuilleton-Redakteure reagierten jedenfalls erwartungsgemäß und durften folglich mit ihren Kommentaren auch mal wieder auf die Seite eins. Bei dem ganzen Streit um Bernt Engelmanns »Säuselfrieden« (»Frankfurter Rundschau«) mußte über lange Wochen im Grunde nur eins verwundern: Wo bleibt eigentlich Biermann? Bis Ende September hielt er sich bedeckt. Aber dann, in einer »Panorama«-Sendung (wo sonst? ein »linkes« Medium mußte es schon sein), bei dem »Solidarnosc«-Experten Peter Gatter also holte Biermann aus. Keine Zwischenfrage konnte seinen Rundschlag gegen die bundesdeutsche Friedensbewegung stören. Wie auch, denn die Autorin dieses Beitrags hat kaum Fernseh-Erfahrung. Biermann sprach, und Jule Klenk ließ Kamera und Mikrophon hinhalten. Was sie dazu qualifiziert hat, ist ihr Familienstand: Sie ist die Ehefrau von »Panorama«-Chef Gatter. (Nebenbei: ihr Beitrag war dreizehn Minuten lang; das bringt ein Regelhonorar von 4.680 Mark.)

Zunächst erklärt Wolf Biermann, warum er noch nicht aus dem Schriftstellerverband ausgetreten ist: »Weil ich gar nicht erst eingetreten bin.« Aber damit keiner traurig ist, »könnte ich jetzt ja wenigstens austreten - aus Solidarität mit meinen Freunden«. Biermann hält solch eitles Getue meistens für Dialektik, und Dialektik und Widersprüchlichkeit verwechselt er auch gern. »Es gibt einen wichtigen Punkt«, sagt er da vor einem Millionen-Publikum, »bei dem Leute wie wir diskriminiert werden, mundtot gemacht werden.«

Und dann sendet das deutsche Fernsehen, was der diskriminierte, mundtot gemachte Dichter zu seinem wichtigen Punkt zu sagen hat, zur Friedensbewegung. Die »Süddeutsche Zeitung« und die »Welt« drucken es im Wortlaut nach, die »FAZ« kommentiert zustimmend. Hier wird Biermann, der bei seiner Ausbürgerung die Rolle als Schmerzensmann noch so überzeugend gespielt hat, endgültig zum heuchlerischen, wehleidigen Schmierenkomödianten. Und so einer klagt, daß »die Heuchelei wie eine Syphilis in diese Friedensfront hineinkommt«. Über die große Bonner Friedensdemonstration sagt er: »Ich war nicht eingeladen, dort zu singen, und das kann ich ja gut aushalten, mein Gott.« Offensichtlich wohl doch nicht; warum sonst sollte das erwähnt werden? Und dann, über die Friedens-Demonstranten: »Von mir aus können sie ruhig auf einem Auge blind sein, von mir aus können sie ruhig hinken auf einem Bein, wenn sie nur zum Frieden hinhinken.« Danke, Wolf Biermann, danke im Namen von 300.000 Teilnehmern an der Bonner Kundgebung, von fast zwei Millionen Unterzeichnern des Krefelder Appells, von 150.000, die zum Bochumer Friedensfest kamen - danke, daß du uns hinken läßt. Noch ein Zitat: »Die meisten Menschen, die zum Glück! zum Glück! nicht wissen, wer dies ganze Ding organisiert in Bonn zum Beispiel, neun von zehn wissen das nicht, und ich hab' im stillen gedacht, zum Glück wissen sie das nicht, sonst würden sie vielleicht nicht kommen ... « Darum sagt er es ihnen in Jule Gatter-Klenks Kamera: »diese ganzen Mumien aus der DKP-Kulturszene«, »Schlägertruppen aus der DKP«.

Als Biermann 1976 aus der DDR kam, haben ihm seine linken Freunde prophezeit, er werde bald ein künstlerisches Schicksal erleiden wie Degenhardt zum Beispiel, dessen Lieder in den Rundfunkarchiven mit Sperrvermerken versehen sind. »Ich bin der Meinung, daß sowohl im Osten wie im Westen die Herrschenden eine gefährliche Kriegspolitik betreiben.« Für einen solchen Satz sind allemal Sendezeiten und Zeitungsspalten frei. Aber laß mal einer den Osten weg!

Biermann hat die bundesdeutschen Medienusancen schnell gelernt (nach ein paar Abschweifungen zu südländischen Kommunisten und heimischen Alternativen); im Januar wird er dafür auch wieder mit einem großen Fernseh-Konzert belohnt.

So friedfertig ist diese Friedensbewegung, daß sie Biermanns Gebelfer ohne Widerspruch hinnimmt. Andre Heller (auf manche trifft das Wort vom »Säuselfrieden« ja durchaus zu) durfte ihn in der DKP-Tageszeitung »UZ« sogar als den bedeutendsten lebenden Liedermacher rühmen. Da wird man Biermann also ebenso zu den »Mumien aus der DKP-Kulturszene« zählen können wie die herzensgute Schlagersängerin Gitte oder den Quizmaster Dietmar Schönherr mit seinen lauen Breshnew-Witzen und Harry Belafonte und...

Sicher, diese Friedensbewegung wurde vor Jahren maßgeblich von der DKP mitinitiiert. Aber längst sind Kommunisten nur noch ihr kleinster Teil, und niemand ist froher darüber als die DKP selbst. Sicher, da haben die »Schlägertrupps der DKP« auch die Bühne im Bochumer Stadion mit aufgebaut. Und wen lassen sie dann sprechen auf dem Festival »Künstler für den Frieden«? Einen antikommunistischen Scharfmacher wie den Bochumer Oberbürgermeister Heinz Eikelbeck (SPD) oder den FDP-Schönredner Christoph Strässer. Diese Friedensbewegung verdient, um ihrer selbst willen, durchaus Kritik. »Keine Massenbewegung in der letzten Zeit«, klagt Peter Paul Zahl, »in der soviel Naivität und Dummheit versammelt gewesen wären, soviel Unfähigkeit und Unwillen, Konflikte auszutragen.« Weil Zahl recht hat, weil etwa Erika Pluhars privater Frieden längst jede Überlegung über den Zusammenhang von Krieg und Geschäft zugesülzt hat, ist schon erfüllt, was Biermann fordert: daß nämlich die »zynischen Kaderpolitiker... möglichst bald überspült« werden. Aber es geht ja nicht um überspülen, es geht um wegspülen, um ein Friedensverbot für Kommunisten. Und für die, die mit Kommunisten ernsthaft reden. Bernt Engelmann ist da der Stellvertreter, der allen Haß auf sich zieht. Dieser Engelmann muß weg, und vielleicht sogar gleich der ganze Verband, dem er vorsteht: »Ist er überhaupt erhaltenswert?« fragt die »FAZ«.

Ein knappes Dutzend Schriftsteller, die früher in der DDR lebten, läßt sich zum Prügel machen, mit dem die Reaktion auf die größte Widerstandsregung der letzten Jahrzehnte einschlägt und auf eine gewerkschaftliche Organisation.

Gerade zehn Jahre alt ist der Schriftstellerverband als Gliederung der IG Druck und Papier, mühsam lernten die Einzelgänger Einigkeit. Aber selbst verglichen mit der Artistenloge (auch eine DGB-Organisation, in der Gewerkschaft Kunst) ist der VS natürlich längst noch kein Hort gewerkschaftlicher Prinzipien und Kampfkraft. Und dennoch ist er unbequem. Nicht nur wegen seiner Friedens-, sondern vor allem auch wegen seiner Sozialpolitik. So hat der VS gut daran getan, auf seiner traditionellen Pressekonferenz zur Buchmesse solch ein Langweilerthema wie die Künstlersozialversicherung ins Zentrum seiner Tagesordnung zu setzen.

Fällt das denn niemandem auf: in dem Moment, wo per Verfassungsbeschwerde dieser Kampferfolg Sozialversicherung zunichte gemacht werden soll, wo durch die Etatkürzungen für Schulen und Bibliotheken auch die Buchhonorare mitgekürzt werden, wo die Titelproduktion um zwölf Prozent sinkt, wo große Verlage wie Rowohlt und Suhrkamp »verschlanken« und kleine wie Rogner und Bernhard kein Geld mehr für einen Buchmessestand haben oder wie Syndikat/EVA vor der Pleite stehen - in einer solchen Situation wird die Interessenvertretung der Schriftsteller in Frage gestellt. Wieviele Augen muß man haben, um diese Zusammenhänge zu erkennen? Wieviele Beine, um sich hier noch Bewegungsspielraum zu erhalten?

Trotz aller Existenz-Probleme gab der VS einen ganzen Buchmessen-Nachmittag an die Aussprache mit den ausgetretenen Autoren. Schon vorher hatte man brieflich um Wiedereintritt gebeten und um eine offene solidarische Diskussion. Aber dem VS-Vorstand schlug nur Haß entgegen. Gerhard Zwerenz, der nach Reiner Kunze den meisten Wirbel um seinen Austritt entfacht hatte und dessen »habituelle Unfähigkeit«, die Verlautbarungen des VS zu lesen, kaum ein Blatt unerwähnt ließ, - Zwerenz sagte während, dieser ganzen Aussprache nichts. Aber plötzlich polterte er los, er lasse sich von einem kriminellen Vorstand nicht als Krimineller beschimpfen - und verließ den Saal. (Engelmann hatte lediglich noch einmal die Weigerung des Ostberliner Schriftstellers Stefan Hermlin erwähnt, sich mit Kriminellen an einen Tisch zu setzen.)

»Krimineller Vorstand« - woher kommt dieser Haß? Sie fühlen sich »ausgegrenzt« und grenzen sich doch nur selber aus. Sie beklagen sich, daß sie zu diesem oder jenem Friedensereignis nicht eingeladen wurden - und hätten doch nur hinzufahren brauchen.

So ein doppelter Film führt eben manchmal auch zur Unterbelichtung.

Es ist ja gar nicht zu bestreiten, daß jemand, der lange in der DDR gelebt hat, eine neue Umwelt anders wahrnimmt. Wer sozialistische Schulen und Hochschulen besucht hat, hat auch anders denken gelernt. Möglicherweise hat sich der dann aber auch im Widerstand so eingerichtet, daß die Abkapselung zur notwendigen Lebensart wurde. Wer die DDR verlassen hat, freiwillig oder unfreiwillig, leidet lange an ihr; vor allem, wenn er eine Sensibilität für Sprache hat. Bundesdeutschen Tagestouristen kommt doch diese Deutsche Demokratische Republik auch wie ein einziges riesiges Heimatmuseum vor.

Die »exilierten« (ihr eigenes Wort!) DDR-Schriftsteller leiden also am Heimatverlust, der hiesige McDonalds-Staat kann diese Lücke kaum füllen. So bestätigen sie permanent, was sie doch widerlegen wollen: daß die eine deutsche Nation dahin ist, samt ihrer einen deutschen Kultur (oder, für die Leninisten: ihrer beiden deutschen Kulturen). Sie bestätigen, wogegen sie wüten: Engelmanns deutschlandpolitische Positionen.

Sollen sie sich doch erst einmal selbst. klar werden über ihre Widersprüche! In Marburg haben sie sich Anfang Oktober zum ersten Mal in größerem Kreis zusammengesetzt. Vielleicht sollten sie das öfter tun und regelmäßig, so wie es auch Jürgen Fuchs vorschlägt (»In 'Gruppenbildung' sind wir doch geübt, sogar in 'staatsfeindlicher'«). Vielleicht schwächt sich dann die Hysterie ein wenig ab, diese verkrampfte Hysterie, die sogar eine so kluge Schriftstellerin wie Helga M. Novak befallen hat. »Hier sitzen hundert Jahre Gefängnis auf der Bühne! « rief sie beim Marburger Treffen aus. Ja, und? Wem ist mit solchem Satz geholfen?

Helga Novak, die schon lange in der Bundesrepublik lebt, wurde vor Jahren, auf dem Höhepunkt der Terroristen-Hetze, selbst Opfer von Denunziationen. Der Deutsche Herbst ist noch nicht so lange her, daß er sich nicht wiederholen könnte, und die Voraussetzungen dafür sind wieder recht gut geworden. Auch darüber könnte ja mal in den Zirkeln mit dem doppelten Film diskutiert werden.

Konkret 11/82, S. 90

Friedrich Knilli, Siegfried Zielinski

Holocaust ist kein Geschäft mehr

Diesen Monat wird die US-Fernsehserie »Holocaust« wiederholt. Nicht wiederholen wird sich jedoch das Medienereignis, das bei der Erstsendung die Nation in Wallung brachte.

Holocaust, die amerikanische Fernsehserie zum deutschen Massenmord an sechs Millionen europäischer Juden, wird wiederholt: im Ersten Programm, zu den besten Sendezeiten und eingebaut in die christliche Feiertagsmystik: am Volkstrauertag der erste Teil (»Die hereinbrechende Dunkelheit<K). Am 16. November der zweite Teil (»Die Straße nach Babi Yar«). Am Buß- und Bettag der dritte Teil (»Die Endlösung«). Am Totensonntag der vierte und letzte Teil (»Die Überlebenden«),

»Holocaust wird wiederholt«, erklärt Heinz Werner Hübner, Programmdirektor des Westdeutschen Fernsehens, »weil es der Wunsch vieler Zuschauer ist. Die einen wollen sich erinnern, die anderen Versäumtes nachholen. Der Film wird wiederholt, weil er bei allen Mängeln ein Jahrzehnt deutscher Vergangenheit anschaubar macht... Holocaust wird wiederholt, weil es ein deutsches Thema ist. Und deshalb wird der Film - im Gegensatz zur Erstausstrahlung - im Gemeinschaftsprogramm wiederholt.«

Als 1979 die Geschichte der beiden Berliner Familien zum ersten Mal über die zusammengeschalteten Dritten Programme lief, schien es, als sei Auschwitz zum ersten Mal inszeniert worden. Ein Stück US-amerikanischer Kitsch erreichte, was Hunderte von TV-Kunstwerken, Tausende von Buchseiten, Theaterstücke und Dokumentationen nicht geschafft hatten: heiße Diskussionen in Küchen und Klassenzimmern, in Büros und an den Werkbänken und natürlich auch in den privaten und öffentlich-rechtlichen Meinungsfabriken - 34 Jahre nach Auschwitz.

Zwei Faktoren waren für diese massenhafte Betroffenheit ausschlaggebend. Zum einen die Dramaturgie dieser Unterhaltungsware: Mit den beiden Familien-Stories der jüdischen Opfer auf der einen Seite und der arisch-nazistischen Täter auf der anderen wurde eine Vielfalt an Identifikationsfiguren angeboten. Bis in die einzelnen Kameraeinstellungen hinein präsentierte »Holocaust« den faschistischen Massenmord: mal aus der Sicht der Schlächter, mal aus der Sicht der Kälber. Der widerständige Priester fehlte ebensowenig wie die Mitläufer, passiven Beobachter oder kleinen Täter. Sogar Figuren waren enthalten, die andeuteten, daß es Opfer nicht nur auf der Seite der Juden gegeben hatte, sondern daß auch Politische, Schwule oder Zigeuner gequält und umgebracht wurden.

Zweiter Erfolgsfaktor war zweifellos das bis dahin einzigartige Marketing für eine Fernsehsendung. 'Von der Uraufführung in den USA bis zur Erstausstrahlung in der Bundesrepublik, neun Monate lang war Holocaust Thema Nummer Eins. Wobei die spektakulären Höhepunkte die jeweiligen Ausstrahlungen in England, in Belgien und vor allem in Israel waren, die der bundesdeutschen vorausgingen. Es gab Radio- und sogar eigens produzierte Fernsehsendungen, die auf das Ereignis vorbereiten sollten. Programmzeitschriften kündigten das Produkt als die »umstrittenste Fernsehserie aller Zeiten« an. Regierungs- und Oppositionspolitiker griffen in die veröffentlichte Diskussion ein. Sondernummern von Zeitschriften entstanden. In pädagogischen Einrichtungen wurde hektische Betriebsamkeit entfaltet. Und die Bombenanschläge neuer Nazis auf zwei Sendemasten der ARD einige Tage vor der Sendung taten ein übriges zur Promotion.

Das Ergebnis- Die dritten Programme erzielten einen großen Publikumserfolg. Zwar steht das Land, in dem das faschistische Erbe wesentlich verwaltet wird, mit seinen Einschaltquoten lediglich an siebzehnter Stelle aller 32 Nationen, die Holocaust bisher ausgestrahlt haben, und damit noch hinter Peru, Neuseeland oder Equador. Aber das Publikum entsprach so gar nicht dem sonst meist elitären der dritten Kanäle. Alte wie Junge sahen zu, Soldaten, Widerstandskämpfer oder Mitläufer, SS-Leute und auch viele Juden. Und sie gerieten über die Serie aneinander.

Zwar wurde Karl Carstens trotzdem zum Bundespräsidenten gewählt. Aber die Entscheidung des Bundestages gegen die Verjährung von Mord fiel deutlich unter dem Eindruck der Holocaust-Diskussion. Mit den Sinti und Schwulen meldeten sich auch andere geschundene Minderheiten zum ersten Mal zu Wort. In vielen Städten und Regionen wurde die Spurensicherung zum faschistischen Alltag verstärkt oder gar ganz neu aufgenommen. Das Defizit seiner mangelnden Aufarbeitung wurde durch Holocaust besonders deutlich. Schüler und Lehrer veranstalteten antifaschistische Tage und Wochen. Schulverwaltungen verordneten daraufhin als Reaktion antikommunistische Tage. Der Buchmarkt wurde überschwemmt mit Antworten auf viele Fragen, die im Umfeld des Medienereignisses gestellt wurden. Filme und TV-Stücke entstanden in großer Zahl. Zum Teil knüpften sie unmittelbar in ihren Vermittlungs-Strategien an die Holocaust-Erfahrungen an, zum Teil waren sie konsequent dagegen konstruiert.

Das war 1979 und danach. Und 1982 und danach? - Es ist jetzt schon absehbar, daß die zweite Ausstrahlung von Holocaust keine Wiederholung des Medienereignisses von 1979 sein wird, geschweige denn eine Vertiefung und Steigerung. Es gibt viele Gründe dafür, hier die Hauptschuldigen:

Die Schwätzer: Vor vier Jahren konnte kaum jemand das Wort Holocaust aussprechen. Heute ist es in aller Munde. Aber das Wort hat seinen Inhalt verloren. Die Kulturindustrie und der politische Alltag haben ihn aufgesogen. Seine Bedeutung ist beliebig geworden. Überall werden neue Holocausts kreiert und gefunden: Holocaust in Kambodscha und im chinesischen Meer, der Kannibalen-Holocaust und der atomare Holocaust, Holocaust in Nicaragua oder in Südafrika... Und natürlich gibt es inzwischen auch den Holocaust an den Deutschen, gemeint sind die Luftangriffe auf Hamburg und Dresden und die »Blutbäder« unter den Deutschen in Bromberg und im Baltikum.

Die Journalisten: Vor der Erstsendung im Jahre 1979 rührten sie neun Monate lang täglich mehrmals die Trommel für Holocaust. Seit Bekanntgabe des Wiederholungstermins tun sie nichts. Noch etwa sechs Wochen vor der Sendung der ersten Folge weiß kaum jemand außerhalb der professionellen Kulturbetriebe über die anstehende Wiederholung Bescheid. Das wird sich sicher noch unmittelbar vor dem 14. November ändern. Aber die Chance zur längerfristigen Vorbereitung des Ereignisses ist bereits verspielt. Mit einem müden Achselzucken reagierten die meisten Redakteure auf Vorschläge zur publizistischen Begleitung der zweiten Ausstrahlung.

Staatsdiener, Politiker und die Reichen: Vor drei Jahren haben sie sich noch mächtig moralisch ins Zeug gelegt. Die Betroffenheit reichte vom Kleinaktionär und Lokalpolitiker bis hinauf in die höchsten Höhen der Finanz- und Staatsbürokratie. Das Wort von Ex-Bundeskanzler Schmidt ist noch in guter Erinnerung: »Eine Nation ist betroffen! «Alle waren damals bereit, Holocaust-Aktivisten unbürokratisch zu. finanzieren. Nichts davon 1982. Im Frühjahr schnorrten wir um einen Druckkostenzuschuß zur Veröffentlichung unserer Anatomie des internationalen Bestsellers. Etwa 80 Briefe gingen raus. Sie wurden beantwortet. Aber 75 negativ. Bundes- und Landesministerien, das Kanzleramt und der Bundespräsident, Senatsstellen, öffentliche und private Stiftungen, Bankenkonsortien, Medienmultis, Einzelgewerkschaften und viele andere, die ausreichend über Gelder verfügen, bedauerten.

Die öffentlich-rechtlichen Programmplaner: Den Erfolg von Holocaust in den USA haben die amerikanischen Fernsehanstalten mit Genugtuung und Bewunderung konstatiert. Er hat diese kommerziellen Unternehmen aber nicht veranlaßt, ihr Publikum mit Sendungen zum Holocaust zu überschwemmen.

Der Erfolg von Holocaust in der Bundesrepublik hat die Programmeinkäufer des WDR sicher mit Genugtuung erfüllt. Aber im Gegensatz zu den Amerikanern hat er die öffentlich-rechtlichen Programmplaner angespornt, mehr über den Holocaust ins Programm zu nehmen. Mit zweifelhaftem Erfolg: Das Jahr 1982 bringt eine Inflation von Sendungen zum Thema. Serien, Dokumentationen, Fernsehspiele und Filme.

Holocaust füllt siebeneinhalb von insgesamt 150 Programmstunden aus, die ARD und ZDF zusammen allein zwischen dem Oktober dieses und Februar nächsten Jahres an »specials«, also an besonderen Einzelsendungen, im Programm haben. Zum Teil als Vorbereitung auf den 50. Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis, der im Januar 1983 zelebriert werden soll.

Der Kulturfahrplan ist offensichtlich das einzige Instrument, das öffentlich-rechtliche Programmplaner kennen.

Holocaust - so steht zu befürchten - wird innerhalb des audiovisuellen Faschismus-Marathon weitgehend untergehen. Damit wird das Medienereignis um eine wesentliche Komponente kastriert. Ohne öffentliche Auseinandersetzung im Um feld der Sendung - es ist nur eine einzige Diskussion vorgesehen - kommt die aufklärerische Dimension der Kulturware kaum zum Tragen. Daran ändert auch die hervorragende Programmplazierung der vier Folgen nichts: im ersten Kanal und gleich nach der Tagesschau.

Dabei täte es not, die Zweitausstrahlung zum Anlaß nicht nur rückwärtsgewandter Aufarbeit ung deutscher Geschichte zu nehmen. In den letzten Jahren nach dem Faschismus-Bäuerchen der Nation haben sich die aktuellen Probleme eher verschärft, die im Zusammenhang mit Holocaust zu diskutieren sind: Die Identitätskrise von Kreuzberger Punks und ihren Edelablegern aus den Villenvierteln des Berliner Bürgertums mit gelben Davidsternen oder der Aufschrift »Jude« auf SS-schwarzem Leder in Täter- und Opfer-Pose, die Renaissance der Alt- und Neu-Faschisten mit ihrer zunehmenden Militanz und mörderischen Brutalität, der wachsende Haß gegen alles Fremde. Die neue Koalition in Bonn ist mit Maßnahmen zu verstärkter »Heimführung der ausländischen Arbeitnehmer« angetreten.

Und endlich hat man hierzulande mit den Massakern in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila auch den von vielen lange erwünschten Holocaust der Israelis. Die einstigen Opfer wurden zu Tätern! Ihr moralisches Recht auf Wiedergutmachung und politische Rücksichtnahme scheint nun endgültig verwirkt. Wie schnell ist man da wieder mit Verallgemeinerungen zur Hand, wo Differenzierung dringend notwendig wäre. Aus den Begins und Sharons werden alle Israelis. Von da ist es nicht mehr weit zu den Juden. Die Überlebenden und die Erben von Auschwitz als Täter eines zwar kleineren - aber immerhin doch noch - Holocaust! Das geht vielen im Lande der Mörder und Mitläufer, in dem die Widerständigen immer noch wie Aussätzige oder bestenfalls als moralische Unfälle behandelt werden, wenn sie nicht aus kirchlichen und Armeekreisen stammen, runter wie Sahne. Und es lenkt ab, von den Leichen in unseren Kellern und den Braunstellen in unserer Landschaft.

All das wäre im Anschluß an die Wiederholung von Holocaust zu diskutieren. Die Fernsehdiskussionen waren bei der Erstausstrahlung mindestens ebenso wichtig wie der Film, 7,1 Prozent der Zuschauer, die an die Fernsehanstalten schrieben, gingen auf den Film ein, 33,6 Prozent aber auf die anschließenden Diskussionen.

Aber diesen Anstoß wird es nicht wieder geben. Nicht, weil nur eine einzige Diskussionsrunde am Schluß vorgesehen ist, sondern weil das Konzept der Wiederholung eine Enthistorisierung im Sinne hatte, eine Mythisierung des historischen Holocaust- an sechs Millionen europäischer Juden. Programmchef Heinz Werner Hübner liefert dafür die Stichworte. Er nennt die Wiederholung »Holocaust II«, was sehr makaber ist, und nennt als letzten und wichtigsten Grund für die Wiederholung: »Wer da meint, daß die Wiederholung, wie Holocaust überhaupt, eine Provokation sei, der sollte sich in seiner Meinung bestätigt fühlen, denn Holocaust ist in diesem Jahrhundert und darüber hinaus die immerwährende Erinnerung an das biblische Thema: Schuld und Sühne.«

Seit mehr als vier Jahren beschäftigen sich die beiden Medienwissenschaftler Knilli und Zielinski (TU Berlin) mit der »Holocaust«-Serie und ihrer Wirkung. In diesem Herbst veröffentlichen sie darüber zwei Bücher: »An den WDR. Betrifft: 'Holocaust'« (Verlag Volker Spieß) und »Holocaust zur Unterhaltung« (Elefanten Press Verlag)

Konkret 11/82, S. 94

Franca Magnani

Bücher: Was war nach Mussolini?

Erich Kubys Geschichtsreportage »Verrat auf deutsch« ist mehr als die Anatomie einer faschistischen Epoche

Erich Kuby füllt eine Lücke für den deutschen Leser: »Daß die Deutschen in Italien als Besatzungsmacht 1943 bis 1945 kaum anders als in Polen gehaust haben - wer weiß das.« Natürlich, die Italiener wissen es. Für sie bringt Kubys Buch kaum neue Erkenntnisse. Und doch enthält es auch für sie etwas Sensationelles: Zum ersten Mal ist es ein Deutscher, der öffentlich sagt, daß es die Deutschen waren, die die Italiener verraten haben, und nicht umgekehrt.

Am 25. Juli 1943 setzte der große faschistische Rat Mussolini ab. Das italienische Volk feierte in einem unbeschreiblichen Jubel das Ende der Diktatur. Der König Victor Emanuel, III ließ Mussolini verhaften, aber formal blieb Italien auch unter der neuen Regierung Bardoglio, die die militärische Führung nach Mussolinis Sturz übernommen hatte, im Bündnis mit dem D e u t s c h e n Reich. Am 8. September 1943 unterschrieb Italien den Waffenstillstand mit den Alliierten . Die deutschen Truppen besetzten schlagartig das gesamte Festland zur Sicherung der deutschen Herrschaft in Italien; der Plan dazu war seit langem vorbereitet. Als souveräner Staat hatte Italien das Recht, einen Krieg zu beenden, nachdem die Militärführung eingesehen hatte, daß er nurmehr verloren war. Für die Deutschen bedeutete dies aber »Verrat«. 600.000 Italiener wurden gefangengenommen und nach Deutschland transportiert; ein großer Teil davon sollte nie mehr zurückkehren. Alle Rechtsnormen der Kriegsgefangenen wurden verletzt. Die bewaffnete »Resistenza«, der Widerstand, dem sich 250.000 Kämpfer anschlossen, begann am 8. September. Die Verfolgungen, die Inhaftierungen, die Folterungen und Erschießungen nahmen an dem Tag des Waffenstillstands ihren Anfang.

»Was entfacht ab Herbst 1943 den unbändigen Haß auf die Italiener? Unterbewußte Rachsucht gegen ein Volk, von dem bereits zu erkennen war, daß es aus diesem Krieg nicht derart beschmutzt und besudelt auftauchen würde wie die eigene Nation? Gegen ein Volk, das nicht gewillt war, den verbrecherischen Krieg länger mitzumachen und deshalb als 'Verräter' beschimpft wurde, ganz so, wie die Mafia denjenigen 'Verräter' nennt, verfolgt und tötet, der aus dem kollektiven Verbrechen aussteigen will? Was wurde wirksam - Verachtung oder Neid?« fragt Kuby. Diese Frage faßt die ganze Problematik der Beziehungen zwischen den beiden Völkern zusammen.

Verachtung oder Neid auch für die innere Freiheit, mit der viele Italiener ihre Pflichtprobleme und ihre Gewissenskonflikte lösen? Zwei Beispiele aus dieser Zeit scheinen mir bezeichnend für die Unterschiede der beiden Kulturen - der deutschen und der italienischen.

Im Winter 1943 bombardierten die Amerikaner die norditalienische Stadt Reggio Emilia. Dabei traf eine Bombe auch das Gefängnis. Einige Häftlinge, die zum Tode verurteilt waren (sie gehörten zum bewaffneten Widerstand) konnten so ihrem Schicksal entgehen, flüchteten in die Berge und schlossen sich den Partisanen an. Zu ihnen gesellte sich auch ein junger deutscher Soldat, der im Kerker als Gefängniswärter gedient hatte. Er hatte sich dort als menschlich und freundlich erwiesen. Nachdem der junge deutsche Soldat drei Tage lang mit den Partisanen in den Bergen verbracht hatte, begann ihn sein Gewissen zu plagen. Er erklärte seinen neuen Freunden, daß er zurückkehren müsse. Er sei »davongelaufen«. Seine Soldatenehre ließe dies nicht zu. Vergeblich versuchten ihn die italienischen Partisanen davon abzuhalten, aber er stellte sich seinem Kommando und wurde im Hof der Militärkaserne Reggio Emila wegen Fahnenflucht erschossen. Ein solches Verhalten ist für einen Italiener unfaßbar und unverständlich. Umsomehr, als der deutsche Soldat keineswegs ein überzeugter Nazi war.

Ein *zweites Beispiel. In Italien hat es nur ein Vernichtungslager mit Krematorium gegeben: »La Risiera« bei Triest. Hunderte von Serben und Juden haben dort in den Verbrennungsöfen den Tod gefunden. Noch in den frühen 70er Jahren wurde ein gerichtliches Verfahren gegen die Verantwortlichen eingeleitet. Dem Untersuchungsrichter Sergio Serbo gelang die Identifizierung der Schuldigen dank der deutschen bürokratischen Gründlichkeit. Die Leitung des Vernichtungslagers hatte nämlich regelmäßig und gründlich die Formulare für die Sozialversicherung ausgefüllt und archiviert - auch für Menschen, deren Beruf aus Morden besteht.

Solche Episoden - es gäbe derer noch viele - offenbaren mehr als nur zwei Lebensauffassungen. Was nicht bedeutet, daß die Deutschen ewig dazu verurteilt sind, von den Italienern geschätzt, aber nicht geliebt und die Italiener von den Deutschen geliebt, aber nicht geschätzt zu werden. Gerade Erich Kuby trägt mit seinem Buch dazu bei, die beiden Völker einander näher zu bringen, »unvergleichlich besser, als es irgendein historisches Seminar oder ein kulturelles Abkommen tun würde«, wie die römische »Repubblica« schreibt.

Erich Kuby: »Verrat auf deutsch - Wie das Dritte Reich Italien ruinierte«, Hoffmann und Campe, 608 Seiten, 39,80 Mark

Konkret 11/82, S. 94

Tom Schimmeck

B□ cher: Ich ha□ □ ' einen Kameraden

Von Lo□ sen, F□ hrm□ nnern □ nd Kleebl□ □ □ ern □ Kla□ s B□ lling beschreib□ , □ ar□ m die le□ □ □ en Tage im Kan□ lera sein m□ □ □ en

Klaus Bölling, Regierungssprecher a.D., wurde von der Zeitgeschichte übermannt. Für eine runde Viertelmillion schrieb er im »Spiegel« und für ein »Spiegel«-Taschenbuch eine Blitzhistorie über die letzten 33 Tage im Kanzleramt. Jetzt wissen wir, wer die Republik bis vor kurzem tatsächlich regiert hat: Des Kanzlers treuester Freund Klaus. (Eine Verfilmung steht noch aus.)

Nicht jeder, der sein Diktiergerät mit glänzendem Auge handhabt, ist deshalb gleich ein Dichter. Was Klaus Bölling uns an Schnellprosa in den »Spiegel« geschrieben hat, ist dennoch von unschätzbarem Wert. Der Dienstmann des Altbundeskanzlers hat das Sittenbild eines trutzigen Männerbundes gezeichnet, der in der nüchternen Architektur des Bundeskanzleramts tags wie nachts gewaltet hat. Die historische Dimension: Der Übergang vom schwungvollen Mittelalter in die nüchterne kapitalistische Neuzeit ist nicht so abrupt, wie wir bislang fürchten zu müssen glaubten.

Es ist Hofberichterstattung im ursprünglichen Sinne des Wortes. Obenan und vorneweg »der Kanzler« in seiner ganzen einsamen Markigkeit, dicht an seiner Seite unser Berichterstatter, der »Freund des Kanzlers« Klaus Bölling. »Der getreue Staatsminister« Wischnewski und der überaus »korrekte« Kanzleramtschef Konow umkreisen die beiden so unablässig wie der Mond die Mutter Erde. Zusammen sind sie »das Kleeblatt« - ein vierblättriges, wie poetisch, wie selten.

Bedroht wird das Gefüge von dem trickreichen »Hellseher«, dem verschlagenen Außenminister, der den bewährten Bund mit dem Kanzler hinter dessen breitem Rücken mit List und Tücke zu brechen trachtet.

Selbst der Mitstreiter des Hallensers, der kantige »Graf«, hält diesen »heillosen Advokaten« »nicht für einen Gentleman«. Der »Graf« hingegen ist einer. Trotz unerbitterlicher Gegnerschaft schätzt der Kanzler »dessen Sachverstand« und die »kantige Art« des »charakterstarken Balten«. »Der Aristokrat« ist »jeder Zoll ein Herr« und »auf seine Weise ehrlich«. Das hat zur Folge, daß Kanzler und »Graf« sich auch in stürmischen Wirren »unverändert respektieren«.

Umringt werden die Akteure von einer ganzen Reihe hochrangiger Statisten. Da sind zunächst die Minister, die sozialdemokratischen, die mit ihrem Kanzler beim morgendlichen Frühstück beratschlagen, wie die Tücken des Hallensers abzuwehren sind. Einige von ihnen schätzt der Kanzler sehr, zum Beispiel den »gerechten« und »klugen« Jürgen Schmude; oder auch den Minister Apel, mit dem er allwöchentlich aus der nördlichen Heimat herbeigeflogen kommt.

Dann sind da noch der etwas dümmliche, aber mächtige »Pfälzer«, der den Kanzler gerne ablösen möchte, ein bürgerlicher Herr mit dem lustigen Namen Strauß, mit dem sich bei heimlichen Telefonaten (ein Tribut an die Moderne) in diesen trüben Tagen allerlei Gemeinsamkeiten ergeben und der »Onkel« (Herbert Wehner), der wie ein »eiserner Fuhrmann« das Fußvolk des Kanzlers zusammenhält.

Die Männer des Kanzlers sind alle in einem Verein, der uns mit dem geheimnisvollen Kürzel SPD vorgestellt wird. Was für ein Verein das ist, erfahren wir leider nicht so genau. Der Berichterstatter weiß nur zu berichten, daß sie alle klatschen, wenn der Kanzler reinkommt, und daß das einige wohl nicht immer getan haben. In den Geschichtsbüchern steht, die SPD sei eine alte Arbeiterpartei, die vor einem guten Jahrhundert entstanden ist und ganz umstürzlerische Ideen hatte. Aber das kann doch eigentlich nicht sein.

Wir sehen: Für unseren Berichterstatter begann die Geschichte der Arbeiterbewegung mit einer Hamburger Flutkatastrophe. Die SPD ist ganz gewiß keine »Schönwetterpartei« - wie könnte sie auch, wo doch der Aufstieg ihres Kanzlers bei so miserablem Wetter erst richtig begonnen hat.

Jetzt steht der Kanzler in seinem Zenit und droht zu sinken. Hat er das verdient? Alte Bundesgenossen begehen »Fahnenflucht«, nur wenige - vor allem die Frauen - fechten noch »mannhaft gegen Genscher«, den tückischen Hallenser. Die Lage ist bedrückend. Überall sieht man höfische Intrigen, schon sind die Getreuen des Kanzlers »zu schwach, um auf solche Unanständigkeiten mit der verdienten Härte zu reagieren«. Der Kanzler versucht, »Gelände beim Bürger« (wer ist das?) zurückzugewinnen. Man sucht nach der »saubersten und ehrlichsten Lösung«.

Doch in dieser dunklen Stunde erleuchtet sich das Antlitz des scheidenden Kanzlers ein letztes Mal. Aus aller Welt wird er angerufen: Von einem Herrn Kissinger aus Peking, der ihm freundschaftlich versichert: »Ihr Platz in der Geschichte steht fest«; auch von einer Dame aus England, die - sonst so hart - »mit etwas weiblicher *Weichheit in der Stimme« von dem »berechenbaren Partner« Abschied nimmt. Und selbst im Volk rührt sich noch einmal ein Gefühl: »Es überträgt sich irgendwie, was die Menschen draußen für ihn empfinden, daß sie irgendwie Angst davor haben, daß der Mann mit der Lotsenmütze weggeht.«

Da geht es selbst mit dem eisernen Kanzler, der »bis zum letzten Augenblick seine Pflicht erfüllen und nicht davonlaufen« will, durch: »Der Kanzler sagt: 'Jetzt bin ich richtig lustig'. Natürlich«, so erzählt unser Berichterstatter, »verstehe was er meint, und trotzdem mißfällt mir der Satz. 'Ist es nicht richtiger zu sagen, daß Sie jetzt leichter atmen?' Ja das hat er ausdrücken wollen.«

Zum Schluß muß der Kanzler dann doch gehen. Zusammen mit dem Berichterstatter zieht er im ausgeräumten Arbeitszimmer Bilanz. Die ist stattlich: Die Republik hat er »durch die beinahe lebensgefährlichen Strudel der Weltwirtschaftskrise hindurchbugsiert«, den liberalen Rechtsstaat in der Schleyer-Krise bewahrt. Und 1980 hat der Kanzler in Moskau seine ganz individuelle historische Kontinuität gefunden: »Da hatte der Oberleutnant der Großdeutschen Wehrmacht, der 1941 kurz vor Moskau stand, ein höchst erfolgreiches Spähtruppenunternehmen für den Westen vollbracht.« 1941 hatte der Späher bei seiner ersten Mission weniger Erfolg. Aber da war ja auch Klaus Bölling noch nicht dabei.

Mit diesem großen Bogen findet unsere Geschichte ihr Ende. Ganz am Schluß finden wir eine plattdeutsche Redensart, die wir gerne auch auf unseren Berichterstatter beziehen wollen: »Wenn de Mensch dohn deit, wat he kann, denn kann he nich mehr dohn, as he deit.«

Klaus Bölling: »Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmid«, »Spiegel«-Buch (Rowohlt), 190 Seiten, 12 Mark

Konkret 11/82, S. 96

Hark Bohm

Bücher: Apropos Tauben

Im Zickzack-Flug durch »das Taubenbuch« des Kulturpolitikers Hilmar Hoffmann

Tauben sind nützliche Vögel, auch bei ungewöhnlichen Aufgaben und an unvermuteten Orten.

In Kalifornien, von wo aus zur Zeit bekanntlich die Welt regiert werden soll, herrscht zuviel Fortschritt und Freiheit im Verkehr. Davon sind die Straßen so verstopft, daß der Rüstungskonzern Lockheed die informationstragenden Computerausdrucke nicht mehr rechtzeitig vom Rechenzentrum auf die Santa-Cruz-Berge zum Testgelände schicken konnte. Die Weiterentwicklung der ultraschallschnellen (da hört man den Tod nicht mehr kommen) Waffen war in Gefahr. Unter dem Druck der verheerenden Aufträge besann sich Lockheed jüngst auf die Brieftaube. Sie wurde der Postillon seiner todesnotwendigen Informationen.

Wie heute dem Kalifornier war die Taube schon vor ca. 4.700 Jahren dem Pharao Dosjer nützlich. Sie flog ihm kriegswichtige Nachrichten von den Grenzen herbei.

Das erinnert an den alten Oswald Spengler, der nach der deutschen Niederlage den ersten Weltkrieg als ersten Schritt zum »Untergang des Abendlandes« gerechtfertigt hatte. Der »Untergang des Abendlandes« sei unabänderlicher Wille der Geschichte. Den Willen der Geschichte wollte der fatale Zeichendeuter in der parallelen Entwicklung aller Hoch-Kulturen (inclusive Technologie) erkannt haben, Anfang, Höhepunkt, Untergang. Die erste war die ägyptische, die achte und letzte ist unsere Kultur, das christliche Abendland.

Ein Wächter der achten Kultur, des Abendlandes, der kalifornische Rüstungskonzern Lockheed, greift zurück auf die Taube, die Kriegsbotin des Pharao, des Inhabers der ersten Kultur. Welch eindrucksvolle Parallele, meine Herren, wie sich in den Konzernen der Wille der Geschichte vollzieht. Welch eindrucksvoller Blödsinn, der da den Herren erlaubt, ihre mörderischen Macht- und Gewinninteressen zum Willen der Geschichte zu stilisieren.

Denn Kultur (inclusive Technologie) besitzen für Spengler und seine Jünger ohnehin nur die Herren. Die übrigen Leute sind kulturlos. Vom Untergang bedroht werden nur die Herren. Alles was sie zu ihrer Rettung, ihrem Gewinn tun, ist Notwehr. Spengler erteilt die Absolution aus dem Willen der Geschichte. La Páloma, ohe.

Ironie der Gleichzeitigkeit: Wie jeder weiß, ist die Taube das Symbol der Hoffnung aller, die mit der Vernunft den Notwendigkeitswahn, die große Paranoia auflösen wollen, aus der Lockheed und Konsorten die weltbewegenden Gewinne schlagen. Symbol der Friedensbewegung.

Ein beziehungsreicher Vogel also. Hilmar Hoffmann, Kulturpolitiker, Sozialdemokrat, hat ein Buch über ihn gemacht, »Das Taubenbuch«. Ein schönes Buch. Eine vielleicht unbewußte, aber überraschend klare Geste in der gegenwärtigen Verwirrung. In der von Sozialdemokraten gestifteten Verwirrung! In einer Verwirrung, die auch der Kulturpolitiker Hoffmann in meinem Kopf angerichtet hatte.

Zum Beispiel so: Der Sozialdemokrat verbringt entscheidende Jahre im Ruhrgebiet. Der offene junge Mann wird infiziert von der Faszination der Bergarbeiter für die schnellen Vögel, die Brieftauben. Er erlebt als Nachbar, wie Bergarbeiter eine von eigenen Werten geprägte Kultur verteidigen. Als Volkshochschuldirektor und Gründer der Kurzfilmtage Oberhausen - (Oberhausen wurde damals ein Mekka der Cineasten) - betreibt er die kulturelle Enteignung seiner arbeitenden Nachbarn. Denen gehörte früher mal das Kino, sie bezahlten dafür mit ihren Eintrittsgeldern. Vielleicht war das ein schlechtes Kino, man hätte ihnen ein besseres Kino anbieten müssen. Stattdessen machten die von Hilmar Hoffmann protegierten Cineasten, die sich die Oberhausener nennen (früher nannten sich Veteranen nach den Standorten ihrer Regimenter) aus dem schlechten deutschen Kino den neuen deutschen Film, ein Aushängeschild unserer Elitekultur. Das war gut für mich, aber schlecht für die Nachbarn.

Schlecht für mich war wahrscheinlich, was der Sozialdemokrat Hoffmann als Kulturdezernent der Stadt Frankfurt tat. Dort regiert mit absoluter Mehrheit schon längst die CDU. Weshalb bleibt da ein Sozialdemokrat Kulturreferent? Weshalb hält sich die mit absoluter Mehrheit in München regierende CSU auch einen Fremden, den liberalen Jürgen Kolbe, als Kulturreferenten? Dahinter steckt eine Strategie. Aber wessen? Verwirrung.

Schlecht wurde mir, als ich beobachtete, wie der Kulturdezernent Hoffmann dem Ernst Jünger half, in Frankfurt 50.000 Mark und einen Goethepreis abholen zu können. Hilmar Hoffmann hatte zuvor mit einem Buch »Kultur für alle« gefordert und eine Demokratisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur verlangt. Ernst Jünger wirbt noch heute für Deutsches Reich und Ständestaat. Er hat das ihm auch von Sozialdemokraten bereitete Forum geschickt benutzt, sich mit bescheiden-geschmeidigen Worten zu einem Propagandisten Oswald Spenglers zu machen. Spengler war nie nur ein blinder Seher. In befehlender, auf Verwirklichung drängender Prophezeihung hatte er eine Ideologie geliefert, mit der man aus pünktlichen,

sauberen Bürgern pünktliche, saubere Mörder gemacht hat (»Sich als Material für große Führer erziehen in stolzer Entsagung, zu unpersönlicher Aufopferung bereit, das ist auch eine deutsche Tugend«).

Ich sehe am Beispiel des Frankfurter Kulturdezernenten, wie die Sozialdemokraten eine letzte Aufgabe erfüllen. Sie schieben als Kulturträger getarnte Magier der Dreiviertel-Wahrheiten in den Kampf um die Wähler. Seit die Grünen mit einer neuen Qualität, nennen wir sie Naivität oder Vernunft, Partei ergriffen haben, suchen die Lockheeds einen starken Zauber. Für die dem Apokalyptischen zuneigenden no-future kids taugen die Sozialdemokraten nicht mehr als Prellböcke.

Daß sie das nie sein wollten, bringt Hilmar Hoffmanns Buch wieder ins Gedächtnis. Was er in Erinnerung an seine früheren Nachbarn im Ruhrgebiet schreibt, erinnert auch an das, was mal im Zentrum sozialdemokratischen Denkens und Handelns stehen sollte: Die Solidarität. Sie zu verwirklichen hätte eine Haltung vorausgesetzt, die in sozialdemokratischer Politik mehr sieht als eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts. Sozialdemokratische Politik hatte kategorisch und immer die Arbeiter und Angestellten als gleichwertige, sich aus eigenen Kulturtraditionen entwickelnde Menschen bestätigen müssen: Brüderlichkeit. - Ein von den Vorurteilen des Oben-Unten-Denkens befreites Gefühl und einen Begriff davon, daß alles, was Menschen tun, Kultur ist, haben sich die Sozialdemokraten indes als Programm nie erarbeitet.

»Kultur für alle« hatte Hilmar Hoffmann als Sozialdemokrat an der Macht sein Programm genannt. Nicht: durch alle. Nicht: von allen. Für alle. Von wem? Jeder Empfindliche versteht: Von Oben für Unten. Ob das gemeint war oder nicht: Oben ist Kultur, unten ist keine, hatte Hoffmann mit dem Titel auch gesagt und damit die Solidarität denunziert. Sozialdemokraten, erst einmal oben, scheinen sich ihrer früheren Nachbarn zu schämen, sich aber auch vor ihren früheren Nachbarn zu schämen. Deshalb wollen sie das verteilen, was sie oben vorfinden, aber es den neuen, den besseren Nachbarn gegenüber keineswegs in Frage stellen. Wenn ich die Neuen da oben nicht mehr richtig von den Alten da oben unterscheiden kann, wähl ich lieber gleich die Alten, sagt sich der kluge Klaus.

Bewußt oder unbewußt, das Taubenbuch beschreibt auch die Wiederentdeckung der Solidarität, der Brüderlichkeit.

Als wäre er schon wieder ein machtloser Nachbar, so wirkt Hilmar Hoffmann mit seinem Buch. Als hätte er ein zartes Vergnügen mitteilen wollen: Die Taube liegt in der Hand, das warme Gefieder, das Herz klopft ruhig gegen den Handteller, die dunklen Augen ohne Bewegung.

Ein Liebhaber schreibt und vollbringt eine kulturpolitisch erstmalige Leistung. Weil er schreiben kann, muß Hilmar Hoffmann kein einziges Mal belehrend darauf hinweisen, und doch weiß der Leser: Der Bergarbeiter steht in seinem Taubenschlag aktiv in einer viel komplexeren Kultur-Tradition als etwa der passive Theater-Abonnent, dessen einzige Aktivität im Theater darin besteht, sich in seinen Sessel zu setzen.

Oder will jemand behaupten, der Germanistik-Student, der unter dem Titel »Die Unvernünftigen sterben aus« (gemeint sind Lockheed und Konsorten), sich anhört, welche Assoziationen der Dichter hatte, als er sich vorstellte, wie eine Straßenbahn die Kurve kratzt, befände sich in einer bedeutenderen kulturellen Selbst-Erfahrung als der von Hilmar Hoffmann voll dezentem Respekt portraitierte Bergarbeiter, der in der Dachlucke liegend die ersten zuckenden Flügelschläge seiner siegreich heimjagenden Taube am Himmel über der Ruhr erkennt.

Seine Preisflieger hat er vom Vater übernommen. Wieviele Arbeit, wieviel Phantasie, wieviel Kenntnis und Opfer stecken in seinen schnellen schönen Vögeln. Wie gut kennt er auch die Vögel der Kollegen im Verein. Und wie gut kennt er dort die Kollegen selbst. Alle persönlichen und sozialen Funktionen, sinnstiftend, gemeinschaftsstiftend, das Selbstwertgefühl stabilisierend, könnte die Taubenkultur erfüllen. Tut sie aber nicht!

Weil die Leute oben die sind, die allein die Kultur haben. Denn die anderen sind unten, weil sie keine Kultur haben. So wenigstens wollen es bei uns die Leute oben sehen (Man ist nicht oben, weil man brutaler ist oder was geerbt hat). Die Leute oben in den westlichen Kulturstaaten züchten keine Tauben. Daher sind Taubenzüchter eben kulturlos. In Indien wie in Persien, kann man bei Hoffmann lesen, war das vor Zeiten andersrum. Da züchteten die Herrscher und Höflinge Tauben. Da war kulturlos, wer keine Tauben hatte.

Wenn man (wie ich als Junge in den Fünfzigern) Tauben züchtet, weiß man, was die Atmosphäre im Verein so muffig, so manipulierbar aggressiv zu machen droht: die Wagenburg-Situation. Im Verein achtet man den Kollegen, wird man von ihm geachtet.

Aber das Bewußtsein, von der umgebenden Öffentlichkeit als kulturlos verachtet zu werden, arbeitet im Verdrängten wie die Fäulnisbakterien im schlecht gelagerten Heu. Plötzlich steht alles in Flammen und keiner weiß wieso. Aus solcher Fäulnis gärt die braune Apokalypse.

Früher haben Sozialdemokraten in Laubenpieperkolonien, Spielmannszügen und Arbeitergesangsvereinen das Selbstbewußtsein ihrer Genossen und Wähler gegen den machterhaltenden, alle anderen diffamierenden Kultur-Anspruch von oben gefördert. Heute passiert das nur aus Versehen, wenn ein Mensch wie Hilmar Hoffmann seiner Liebhaberei nachgeht.

Hilmar Hoffmann: »Das Taubenbuch«, Krüger Verlag, 172 Seiten, 56 Mark

Konkret 11/82, S. 99

Ingrid Klein

Bücher: Die neue Väterlichkeit

»Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr«: Die Softie-Bewegung hat eine Biertisch-Weisheit zur Sammlung von Bekenntnistexten und Diskursen ausgewalzt

Man trägt wieder Kind. Wobei das »man« ziemlich wörtlich zu nehmen ist: Bis auf das Stillen können die neuen linken Väter alles. Das Wie und Warum wurde in der Männergruppe ganz genau aus- und durchdiskutiert, in der Geburtsvorbereitungsgruppe geübt, in der Schwangerschaftsgymnastik generalgeprobt - und bei der gemeinsamen Geburt ist der zukünftige Vater dann perfekt: »Ich bin kein bißchen ängstlich, spüre ungläubig noch die Freude in der Tiefe ... « begeistert sich Wolfgang Hätscher. Nachdem er endlich seinen Sohn Florian zur Welt gebracht hat - »dabei habe ich gar nicht mitbekommen, daß der Damm eingerissen ist« -, kann er sich bedingungslos den Stillproblemen wegen der Schadstoffe in der Muttermilch und den Fragen der richtigen Windel, der alternativen Ernährung und des gesunden Schlafrhythmus' hingeben.

Alles was recht ist, wo diese neuen Väter zupacken, wird nichts dem Zufall überlassen, da bringen sie sich voll ein. Daß nicht sie, sondern immer noch die Frauen die Kinder bekommen, ist ihrer Freude über die Schwangerschaft ein wenig abträglich, wird aber mannhaft durchgestanden und der drei Monate alten Tochter Marie in einem Brief erklärt: »Schwangerschaft ist mehr als ein biologischer Prozeß, und deshalb, Marie, waren wir schwanger mit dir.«

Vor der Lektüre dieser gesammelten Vaterschaftserklärungen war ich überzeugt, daß meine Freundin übertreibt, wenn sie von den Männern bei der Schwangerschaftsgymnastik erzählt, denen bei der Preßübung, genannt der 'hechelnde Hund', vor Eifer fast die engen Gymnastikhosen platzen. Jetzt weiß ich es besser. Nachdem das selbstgebackene Brot nur sehr unvollkommen die »Angst vor dem Krieg, mit dem man uns bedroht« bewältigen konnte, ist nun das selbstangebaute Kind die neue »Hoffnung als Lebensprinzip - konkrete Utopie des besseren, des freien, friedlichen, brüderlich-schwesterlichen Lebens.«

Früher hieß der Erziehungsterror: Du sollt es mal besser haben als wir. Heute klingt es so: »Wir haben dich viel gestreichelt - du wirst bestimmt mal ein sinnlicher Mensch.« Selbstlos werden die Erfahrungen, die sich die Eltern mühsam über die Jahre eintherapiert haben, an das Baby weitergegeben. Und man ist damit ja nicht allein: Krabbelgruppen, Babygruppen, Elterngruppen, die neue sinnliche Kleinfamilie ist hochbeschäftigt. Vor allem die Väter haben mit der Doppelbelastung zu kämpfen, nicht nur Vater, sondern der richtige Vater zu sein. Und sie knien sich exhibitionistisch in ihre Rolle als Vater hinein, werden mit schwanger durch »wachsende Fettpölsterchen«, legen sich »vor der Geburt krank... ins 'Wochenbett'« und denken, damit wären sie aus dem Schneider.

Weil der Beruf dem Sohn zuviel Vatergefühl nimmt, weil »mann« seiner . neuen Vateridentität nicht gerecht wird und der Frau nicht alle Lust am Kind gönnt, wird probeweise gekündigt und für ein halbes Jahr die Hausmannrolle gespielt- »Tatsache aber war, daß ich viel am Schreibtisch saß und mir meine Zeit relativ eigenständig einteilen konnte. Das war für meine Frau teilweise nicht leicht zu akzeptieren. Schließlich konnte sie den Tag nicht so sehr nach ihren. Bedürfnissen einrichten.« Inzwischen ist in diesem Bereich eine »Entkrampfung« eingetreten: Der Vater arbeitet wieder. Damit hat die Frau zwar immer noch den Scheiß am Hals, muß sich aber wenigstens nicht noch mit ihrem Mann absabbeln.

»Offenheit ist das Gebot der Stunde« für die neuen Väter. Überreflektiert, authentisch, selbstkritisch und ehrlich kommen sie zu dem Schluß, besondere Väter zu sein. Sie experimentieren mit sich, ihrer Frau und dem Baby. Egal ob Tochter oder Sohn, ob behindert oder gesund. Auf die Idee, einfach gute Väter zu sein, statt darüber zu reden, kommt keiner. Das Buch ist eine unappetitliche Mischung aus aufgesetzter Gefühligkeit einerseits und Banalitäten andererseits. Zum Thema Sexualität während der Schwangerschaft lernen wir, daß man es so, aber auch anders machen kann. Zum Verhalten des Kleinkindes werden wir belehrt, daß es sich nicht jeden Tag gleich verhält. Und natürlich fehlt in dieser Sammlung auch nicht der rationale Diskurs eines bekennenden sterilisierten Nichtvaters.

Die Frage ist, was wird aus diesen Kindern? Und haben sie überhaupt eine Chance, sich auf irgendeinen Weg zu machen, wenn sie erst einmal versackt sind in diesem Sumpf von Gefühl, Sinnlichkeit und Reflexion?

Manfred Gerspach und Benno Hafeneger (Hrsg): »Das Väterbuch«, Verlag Jugend und Politik, 198 Seiten, 19,80 Mark

Konkret 11/82, S. 100

Michael Rutschky

Bücher: Gar nicht selbstlos

»Ein Buch, das jeder mal geschrieben haben muß« (Verlagswerbung) ist Robert Gernhardts Roman »Ich Ich Ich«

Viele Abende mit Gästen sind so verlaufen. Nach dem Essen und einiger Unterhaltung entstand die Frage: »Was? Ihr kennt Robert Gernhardts Gedichte noch nicht?« Gleich holte man die »Besternte Ernte«, »Die Blusen des Böhmen« oder »Wörtersee« aus dem Bücherschrank und begann vorzulesen - und über kurz oder lang entstand ein schrilles Gelächter unter Tränenströmen.

»Dein Leben ist dir nur geliehn,/ du sollst nicht daraus Vorteil ziehn./ Du sollst es ganz dem andern weihn,/ und der kannst du nicht selber sein.// Der andre, das bin ich, mein Lieber,/ nun komm schon mit den Kohlen rüber.« Das war lange geschrieben, bevor die neue Bundesregierung unter Birnes geistisch-moralischer Führung ihre Sozialpolitik verkündete.

Jetzt können wir also einen Roman von Robert Gernhardt lesen. Er ruft nicht jenes schrille, tränenüberströmte Gelächter hervor, eher ein stilles, beglücktes Grienen, wie man in Berlin sagt; kurze, einverständige Auflacher mögen es hin und wieder unterbrechen; am Ende ist man ungemein erfrischt.

Genügen sie ihm nicht mehr, die herrlichen Gedichte, Zeichnungen und Artikel für die »Titanic« ?

So ist es. Eigentlich möchte Robert Gernhardt - oder Norbert Gamsbart, wie er sich manchmal albernerweise nennt - weder diese Gedichte noch diese Zeichnungen machen, er möchte auch diesen Roman nicht schreiben, er möchte malen, ja, malen, »das wäre die einzige Tätigkeit, die mich jetzt noch retten könnte«. Robert - oder Norbert - sehnt sich nach etwas, das ich »die eigentliche Arbeit« nennen will; bei ihm ist es die Malerei, wahrend es bei seinen Lesern wohl tatsächlich ein Roman ist; oder Parteiarbeit, die endlich die Grünen oder die SPD oder was weiß ich auf den richtigen Kurs brächte; oder sie wollen endlich ihren Lehrerjob hinschmeißen, um antipädagogisch mit Kindern für eine bessere Zukunft zu arbeiten.

Für Robert - oder Norbert - ist es also das Malen, und es besteht kein Zweifel, daß sich in Frankfurt, wo er lebt, alles verschworen hat, ihn davon abzuhalten. Immer wieder diese Abende bei Canneloni-Karl! Diese Kunststudenten, die ihre Beziehungen problematisieren, diese Redakteure, die gerade zum x-ten Mal den »Tod in Venedig« in der Spätvorstellung gesehen haben, sich aber eigentlich ausschließlich für den Chemiearbeiterstreik zu interessieren vorgeben, kurzum, »ich rede von jenem Allerweltsdreck und Einheitsschlamm, der tagtäglich über jeden von uns ausgeleert und in jeden von uns hineingepumpt wird - angefangen von ganz realen Alltagsbeleidigungen bis hin zu so irrealen Scheußlichkeiten wie Diskontsatzerhöhungen, Neuverschuldungen des Bundes und Bewegungen auf dem Petrodollarmarkt«.

Robert flieht aus Frankfurt. Natürlich in die Toskana, wo er seit langem anteilig eines dieser aufgelassenen Bauernhäuser besitzt, hier herrscht endlich Ruhe, gleich am nächsten Tag wird er sich an das Bild »Ateliertür mit Landschaft« machen, das sich ihm geradezu aufdrängt...

Aber haben wir denn nicht langsam genug von dieser Selbstbespiegelung, diesem Narzißmus? Sollte man ihn nicht endlich hinter sich lassen, um die wirklich handfesten Probleme, von denen ja genug herumliegen, anzugreifen?

Ich habe noch nie ein Buch gelesen, aus dem so deutlich zu lernen war, daß es sich bei dem allwaltenden Narzißmus um ein äußerst handfestes Problem unserer gegenwärtigen Lebensbedingungen handelt. Die pädagogische Ermahnung, sich gefälligst um die Welt zu kümmern und nicht immer bloß um das Ich, diese pädagogische Ermahnung kann, wie oft auch wiederholt, nichts fruchten. Robert Gernhardt - oder Norbert Gamsbart - würde ja nichts lieber tun, als endlich die Dinge zu malen und mit dem »Ich Ich Ich« aufzuhören. Er hätte nichts lieber getan, als auf diesen Roman zu verzichten.

Trotzdem: Robert Gernhardts Buch ist weit mehr als ein neuerliches Exempel dieser narzißtischen, der Ich-Ich-Ich Literatur. Es überschreitet sie in einem wesentlichen Punkt: Das beglückte Grienen, das die Lektüre begleitet, die einverständigen Auflacher lehren, daß Gernhardt mit diesem Roman den Bannkreis literar- oder kulturkritischer Grübeleien gesprengt hat. Der Narzißmus, die Selbstbespiegelung und -befangenheit: hier sind sie Anlässe der Unterhaltung, des ausgiebigen Amüsements. Das nenne ich mir einen Fortschritt!

Robert Gernhardt: »Ich Ich Ich«, Haffmanns Verlag, 256 Seiten, 30 Mark

Konkret 11/82, S. 102

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Was soll bloß aus den Söhnen werden, deren Väter an der Hand des Leitartiklers von der »Zeit« durchs Leben tollen? Masern, Scharlach und Herpes simplex bringt jeder hinter sich. Aber kann man einen Vater überleben, der mit Theo durch das Blut der Bonner Revolution gewatet ist und dabei ans Grand National gedacht hat?

Neubeginn mit Hindernissen/ Kohls Fallbeil klemmt

Und neu beginnt ein Sturm auf die Bastille (des Rennquintetts), mit Ça ira und allons enfants über Pulvermanns Grab:

Die Guillotine klemmt; die neue Epoche läßt auf sich warten.

Helmut XVI. und Loki Antoinette hocken verängstigt in Versailles-Langenhorn. Man sieht sie noch nicht, der Vorhang hakt.

Das Bonner Krisenspiel zieht sich hin, wenngleich nun unter der Regie der Unionsparteien .

Wenn wir schon bei den Mysterien des Jedermann sind: Wo bleibt Robespierre? Da isser schon:

Die Schuld trägt zum Teil Franz Josef Strauß. Ein weiteres Mal - das letzte Mal? -

bis auch er, wie man weiß, unters Fallbeil (der Überschrift) oder die Guillotine (des Lauftexts) kommt

ist er vorgeprescht ... Dies nur erklärt, warum er Kohl noch auf der Schwelle zum Kanzleramt ein Bein zu stellen versuchte. Dabei hatte nicht nur das Schrägstrich-Bündnis CDU/CSU auseinandergesprengt werden können.

Doch auch das sprengende Bein des Vorgepreschten klemmt, denn

Kohl muß sich nicht allein aus Gründen der Selbstachtung widersetzen. Auch kühle Rechnerei zwingt ihn..., wenn man bedenkt, welche Roßkur die nächste Regierung dem Volk verordnen will.

Was ist mit Genscher-Danton? Ihm hat

Strauß einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Der bayerische Jakobiner mit der Eins in Reli scheint was gegen Mathe zu haben, und die FDP etwas gegen Physik:

Bei den Freien Demokraten regt sich mancher Widerstand gegen die Tatsache des Umpolens.

Umpolen entstand bei der vierten polnischen Teilung und wurde Chopin zugesprochen. Ganz langsam nun setzt sich der gelbe Karren von der Bastille Richtung Tuillerien in Bewegung - eine Roßkur, da niemand weiß,

wie das Verfahren nach Artikel 68 des Grundgesetzes ins Rollen gebracht werden kann.

Das ist die Zeit des Pöbels und der Demagogen:

Vieles von dem, was jetzt an donnernden Worten

Liberté, égalité, Partnerwechsel!

von der Bonner Bühne ins Publikum geschleudert wird, fällt nicht in die Kategorie der ewigen Wahrheiten, sondern ist nichts anderes als vorgezogener Wahlkampf - man könnte auch sagen:

Tu's nicht, Theo!

präventive Brunnenvergiftung.

Wie schon Theos Freund Helmut Seize bemerkte: Vive l'empoisonnement préventif de Lafontaine. Macht aber nichts, denn in Bonn

wird nichts so heiß gegessen werden, wie es Graf Lambsdorff gekocht hat.

Les aristocrates à la lanterne! Schon darum wäre es

unverantwortlich, der nächsten Regierung in den Arm zufallen,

der das Fallbeil bedient, und ist

Schwarzmalerei nicht angebracht.

Nur eines ist erlaubt:

Fragezeichen sind erlaubt,

weil sie einen so eindringlich ans eigene Rückgrat erinnern. Ach, Theo, nicht jeder, dem man die Hosen abgesägt hat, ist ein Sansculotte.

In der Bonsai-Republik Deutschland geht's schnuckelig zu. Zum Kapital sagt man »das große Geld«, der Klassenkampf heißt »Bemühung um soziale Ausgewogenheit«, die kapitalistische Ausbeutung wird »Ellbogengesellschaft« genannt, und was sie mit dem Proletariat machen, ist nicht zu sagen, bloß zu zitieren:

Der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve sprach sich für »ein rotgrünes Sozialbündnis – gemeinsam für die kleinen Leute« aus.

Freimut (statt Sozialismus) wird demnächst in der Reihe rororoaktuell eine Neufassung des Hauptwerkes von Karl Marx herausgeben: »Die Caritas«.

Wer immer nur polnische Ökologie versteht, wenn jemand politische Ökonomie sagt, ist leicht zu überraschen. Der »Spiegel«, beispielsweise, war mal wieder ganz baff:

Als wichtigstes Motiv für ihre Investitionsentscheidungen nannten die Manager dem Deutschen Industrie- und Handelstag die »mittel- und langfristigen Absatz- und Ertragserwartungen«,

und keineswegs, wie man als Leser und Redakteur gedacht hatte, die Liebe zur Belegschaft und die Hoffnung auf Verluste. Vielleicht hätten die Manager die Ertragserwartungen auch beim Namen: Profitrate genannt, wenn die Chefredaktion des »Spiegel« ihren Redakteuren nicht schon 1971 den Gebrauch dieses Wortes ausdrücklich verboten und damit die »Spiegel«lesenden Manager gezwungen hätte, die Glühbirne nochmal zu erfinden.

Relativ sind viele auf der Welt, relativ und einsam wie der Redakteur Peter Gillies, der bei Springers das Bonner Morgenrot besingt:

Bisher rechnet die neue Bundesregierung mit »Nullwachstum« im nächsten Jahr und 2,2 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt ... Das heißt: Selbst wenn der Aufschwung einsetzt, wäre die Stagnation schon ein Erfolg.

Ein relativer Erfolg. Wenn es um so viel besser wird, daß es gleich mies bleibt, können die 2,2 Millionen die Korken knallen lassen.

Immer wenn das politische Feuilleton die weite Perspektive sucht, wird das Publikum naß. Es geht hinaus auf die große grüne See, wo Kapitän und Steuermann den Gewalten des Elements trotzen oder ein feuchtes Grab finden, sag Mutter, 's ist noch zehn Minuten bis Buffalo. Klaus Bölling in Stormgebruus:

Um 9. 00 Uhr Kabinettssitzung. Keine Titanic-Stimmung. Keines der gängigen Klischees ist brauchbar.

Da kennt er aber meinen Theo schlecht:

Für eine Galionsfigur an der Andrea Doria ist Helmut Schmidt zu schade.

Ganz schöner Verkehr auf dem Brahmsee.

Überschrift aus dem »Hamburger Abendblatt«:

Kohl möchte auch nach drüben

Weil es ihm hier nicht paßt?

Was täten bloß unsere Journalisten mit dem Platz zwischen den Anzeigen, wenn sich nicht wöchentlich oder doch monatlich der fünfzigste, hundertste, hundertfünfzigste, zweihundertste

Geburts- oder Todestag eines Großen jährte? Das »Zeit«Magazin hat dies wie die Frage nach der schmackhaftesten Zubereitung älteren Wirsingkohls endlich beantwortet- Wir feiern den 81. Geburtstag von Hermann Josef Abs. Ein langes honoriges Leben ist in vielen honorierten Zeilen zu beschreiben, fangen wir vorne an:

Bei Kriegsende war er aus dem Vorstand der Deutschen Bank ausgeschieden.

Da war er 44. Was war vorher?

»Im September 1949«, erzählt er...

Nein, vorher?

Im Frühling 1951 beginnend...

Das war am Vorabend seines 50. Geburtstags. Aber da muß doch...

In einem Brief an Adenauer beklagte er sich im August 1952 darüber..

Daß ihm keiner die Windeln wechselt?

Er hatte recht. 1958 war...

... er 13 oder 57 Jahre alt?

1957 wieder... So richtete sich die Lex Abs von 1965... Es war im Frühjahr 1967.. Aber er kämpfte 1969...

Goethe mußte bis zum 150. Todestag warten. Abs wird für ein Leben gefeiert, das nach der »Zeit«-Messung gerade 37 Jahre alt ist. Und nächstes Jahr wird Uwe Barschel 38.